

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Gewerkschaften und Frieden

Am 1. September gedenkt vor allem die fortschrittliche Menschheit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Faschismus. In diesem Jahr zeichnet sich ab, daß es an diesem Tag in der Bundesrepublik Kundgebungen von sich als politisch links verstehenden Gruppen und Organisationen geben wird, die angeben, für Frieden zu sein und das mit der Forderung nach Waffenlieferungen für die in Kiew Re-

Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführungen haben einen großen Anteil daran, daß in der BRD immer wieder Ruhe an der Heimatfront hergestellt werden konnte.

Dennoch: Gewerkschafter und viele Gliederungen engagierten sich auch im Widerstand gegen die „Nachrüstung“ in den 80er Jahren. Bis 1989 hatten sie dabei stets die DDR und den FDGB an ihrer Seite und nicht wenige wollten das – trotz des auch den



„Für Frieden und soziale Gerechtigkeit“:
Hanau, 17. November 2022

gierenden verbinden. Darunter sind führende Politiker der Partei Die Linke, aber auch Spitzen von DGB-Gewerkschaften. Das ist selbst für das Kriegsbollwerk BRD eine neue Erfahrung. Trotz der Burgfriedenspolitik ihrer Führungen stellten die Branchengewerkschaften des DGB, genauer: ihre Mitglieder und viele Gliederungen, in den 74 Jahren der Existenz dieses Staates, der für Revanche gegründet wurde, immer wieder einen großen Teil der Friedensbewegung. Das war so im Kampf gegen die Wiederaufrüstung und die atomare Aufrüstung der BRD in den 50er Jahren. Auch wenn die SPD damals letztlich einknickte und sich wenig später zur NATO bekannte: Ohne engagierte Gewerkschafter, ohne tatkräftige Unterstützung durch einzelne DGB-Organisationen hätte es die Ostermärsche oder die Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die stets auch eine Bewegung gegen den US-Völkermord in Vietnam war, bald nicht mehr gegeben. Auch hier kam das Ende durch die SPD, die 1968 die Verfassungsänderung für diese Repressionsinstrumente sicherte. Sie sind bis heute gültig und mit ihnen soll jede Opposition gegen Kriegstreiberei und Krieg schon im Spannungsfall unterdrückt werden.

DGB beherrschenden Antikommunismus. Zusammenfassend läßt sich sagen: Die westdeutschen Gewerkschaften erklären zwar in ihren grundlegenden Dokumenten seit ihrer Gründung, sich für Frieden und Abrüstung einzusetzen, gegen die Aufrüstung selbst unternahmen sie als Institutionen aber stets zu wenig und folgten der SPD.

Seit dem imperialistischen Anschluß der DDR hat sich das Bild auch auf

diesem Gebiet noch einmal gründlich zum Schlechten geändert. Bereits der erste deutsche Angriffskrieg seit 1945 im Jahr 1999 gegen Jugoslawien stieß auf wenig Protest im DGB, der zweite gegen Afghanistan noch weniger. Zu der Tatsache, daß deutsche Soldaten dort 20 Jahre lang daran mitwirkten, wahrscheinlich 800 000 Menschen direkt oder indirekt umzubringen, schweigen die Gewerkschaften – vom Elend, das die 2021 flüchtenden NATO-Söldner hinterlassen haben, ganz zu schweigen. Solidarität sieht anders aus.

Das Nein Gerhard Schröders zum US-Abenteurer im Irak, das er im Wahlkampf 2002 einsetzte, trugen die Gewerkschaften zwar mit. Gegen die faktische Unterstützung dieses Krieges durch die Bundesregierung wandten sie sich aber nicht. Dasselbe gilt für den Bundeswehreinmarsch in Mali.

Gegenwärtig erleben engagierte Friedenskämpfer in diesem Land einen neuen Tiefpunkt. Bereits der DGB-Bundeskongreß im Mai 2022 hatte sich für Waffenlieferungen an Kiew ausgesprochen. Dem ver.di-Kongreß vom 17. bis zum 22. September in Berlin legte die ver.di-Führung einen

programmwidrig Waffenlieferungen befürwortet. Das geschieht zu einem Zeitpunkt, in dem völkerrechtlich geächtete US-Streumunition in der Ukraine zum Einsatz kommt – mit dem Segen von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Zugleich wird die Lieferung deutscher „Taurus“-Marschflugkörper, die weit ins russische Hinterland fliegen können, vorbereitet. Das erhöht die Atomkriegsgefahr unmittelbar, der Wille zum Krieg in dieser Bundesregierung ist maßlos.

Am 30. Juli starteten mehrere ver.di-Mitglieder eine Petition an die Delegierten des Kongresses mit dem Aufruf, Nein zu diesem Leitantrag zu sagen. Mehr als 3700 Menschen unterzeichneten bis Mitte August.

Ist es illusionär, Hoffnung auf die Gewerkschaften in der Friedensfrage zu setzen? Heißt das, Illusionen verbreiten? Das Gegenteil ist der Fall. Nichts ist leichter, als politische Aufklärung und Arbeit einzustellen, nichts scheint heute schwieriger, als die größte Organisation der Arbeiterklasse mit ihren 5,6 Millionen Mitgliedern in diesem Land an die Friedensbewegung heranzuführen. Ein anderer Weg zur deren dringend nötiger Stärkung gibt es aber nicht. Die Beschäftigten dieses Landes bezahlen den Krieg längst mit Sozialabbau, Inflation und Reallohnverlust. Dem werden sich die Gewerkschaften stellen müssen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Neue „Nationale Sicherheitsstrategie“	2
Zu Ursachen des Krieges in der Ukraine	6
Kein Ende im Ukraine-Konflikt	8
Wie weit wollen USA gehen?	11
Paramilitärische Streitkräfte in der Ukraine	14
Zur Lage in Polen	16
Chile heute	18
Nicaragua auf der internationalen Bühne	19
Septemberaufstand in Bulgarien	20
Thailand: Verrat bei kalter Minzschokolade	21
Geschichte der Ukraine (4)	22
Novemberrevolution in Deutschland (WWA)	25
Der Rußland-Ausschuß	26
Finanzielle Machtprojektion	28
Globale Probleme (3)	29
Streikrecht in Deutschland	30
Die Trommel ruft gegen Unruhestifter	31
Die Bildhauerin Christiane Rößler	34
Leserbriefe	37

Von NS-Kriegspropaganda, „regelbasierter Ordnung“ und neuer „Nationaler Sicherheitsstrategie“

Die Verurteilung Rußlands wegen des Einmarschs in die Ukraine stützt sich im wesentlichen auf drei Argumente: 1. Er sei durch nichts zu rechtfertigen. 2. Es sei ein nichtprovozierter brutaler Angriffskrieg. 3. Rußland habe damit die international geltende Friedensordnung zerstört.

Diese drei Argumente sind miteinander so verschränkt, daß es nicht sinnvoll wäre, sie thematisch getrennt zu untersuchen. Wir beginnen mit dem dritten Argument: Wie kann man etwas zerstören, was es noch nie gab und was es aus Sicht des Imperialismus auch nicht geben durfte? Vor 44 Jahren er-

die bereits am 9. März 1918 in Murmansk ... gelandet waren. Mit der Niederlage der alliierten Kräfte 1921 verwandelte sich dieser Krieg dann in einen ‚kalten‘, der in den ersten zwei, drei Jahren von sämtlichen Alliierten geführt wurde, schließlich aber nur noch von den Vereinigten Staaten. ... Man darf also mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß der Kalte Krieg 1918 bzw. 1921 begonnen hat ...“

Gerhard Kade fährt fort: „Daß die Alliierten im historischen Kontext der Interventionskriege eine bestimmte Variante der Bedrohungsthese von der ‚Gefahr aus dem

Unterstützung der USA. Die Bundesrepublik wurde letztlich gegründet, um die Niederlage von 1945 rückgängig zu machen. Der totalitäre Antikommunismus der Faschisten blieb unter Weglassen des Antisemitismus erhalten. 13 000 Offiziere der Naziwehrmacht und der Waffen-SS wurden in die Bundeswehr übernommen. Mitglieder des vor 80 Jahre gegründeten „Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD)“ und des „Bundes Deutscher Offiziere“ (BDO), denen von der Londoner „Times“ schon im Oktober 1944 bescheinigt wurde, daß sie sich als effizienteste Organisationen des deutschen Widerstands erwiesen haben, trugen in der jungen Bundesrepublik den Makel des Verrats (siehe hierzu: Michael Polster/Arnold Schölzel in „Marxistische Blätter“ 4/2023). In dieser Traditionslinie auch eines Franz Josef Strauß agiert nunmehr sein bayerischer Landsmann, Anton Hofreiter, der mit Frau Strack-Zimmermann auf Kuschelkurs in die Ukraine fahren durfte. Das Mantra der westlichen Informationsdiktatur lautet, Rußland würde in der Ukraine morden, vergewaltigen und brandschatzen. Über diese Sprachregelung kann die weichgespülte Rhetorik der Transatlantiker nicht hinwegtäuschen, die sich mit neu kreiertem Vokabular – regelbasiert, resilient, nachhaltig, systemische Rivalität usw. – modisch eingekleidet hat. Im Kern bestätigen sie nur die Analyse des oben zitierten amerikanischen Publizisten und die von Haß geprägten Beschwörungen des ebenfalls oben zitierten britischen Gesandten.

Neue „Nationale Sicherheitsstrategie“

Am 14. Juni dieses Jahres hat die Bundesregierung ihre neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ verabschiedet. Dort heißt es, Rußland sei „auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum“. Und weiter: „Wir leben in einem Zeitalter wachsender Multipolarität.“ Dem möchte man gern zustimmen, wenn nicht dieser Erkenntnis der Satz folgen würde: „Einige Staaten versuchen, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung entsprechend ihrer Auffassung von systemischer Rivalität umzugestalten.“ Und flugs sind wir nach einer baerbockschen 360-Grad-Drehung wieder dort angelangt und sollen belehrt werden, wie man das Credo der westlichen Wertegemeinschaft zu verstehen hat, nämlich als Anspruch auf eine unipolare Weltordnung unter dem alleinigen Diktat der USA. Anstelle der allein maßgeblichen Völkerrechtsordnung hat das transatlantische Bündnis den ideologisch geformten Begriff der „regelbasierten Ordnung“ gesetzt. Wer sich dieser zum „Gesetz“ erhobenen Ordnung widersetzt, steht im Fadenkreuz der Regime-change- und Menschenrechts-Ideologen. Aber genau das hat mit Multipolarität nichts zu tun. Vermutlich will und kann die im (Wild)-Wertewesten



Werbung für den Frieden, Singen-Htwtl., Juli 2023

Foto: Wolfgang Metzger

schien im Kölner Pahl-Rugenstein-Verlag ein Buch unter dem Titel „Die Bedrohungslüge“. Der Autor, Gerhard Kade, leider allzu früh verstorben, befaßte sich in diesem Werk quellengesichert mit der Legende von der „Gefahr aus dem Osten“. Weil seit seiner Veröffentlichung zwar bald ein halbes Jahrhundert vergangen, der Text aber über weite Strecken dennoch hochaktuell ist, möchte ich einige Passagen wiedergeben. Kade zitiert zu Beginn den amerikanischen Publizisten und Politikwissenschaftler L. L. Matthias (aus dessen Buch „Die Kehrseite der USA“): „... die paradoxe Situation eines Krieges, der nicht mit Pulver geführt wird, hatte es bereits seit langem gegeben. Die Vereinigten Staaten hatten den Kalten Krieg gegen Rußland schon kurz nach der Oktoberrevolution begonnen. Dieser Krieg hatte sogar mit einem blutigen Feldzug begonnen: englische, französische, italienische, griechische, rumänische, serbische, japanische und amerikanische Truppen hatten eine Invasion in russisches Territorium vorgenommen, dem Beispiel der Engländer folgend,

Osten‘ entwickelten, die sich im Laufe der weiteren Entwicklung – Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, Nachkriegszeit (Kalter Krieg) bis in die Jahre der Entspannungspolitik – als besonders wirksam erwies, kommt kaum deutlicher zum Ausdruck als in dem Text eines Telegramms, das der Gesandte seiner britischen Majestät in Moskau am 6. September 1918 an die britische Regierung sandte und das auf Befehl des Königs dem Parlament unterbreitet wurde: „... Die ganze Sowjetregierung ist auf das Niveau einer Verbrecherorganisation herabgesunken. Bolschewiken haben eine Karriere verbrecherischen Wahnsinns begonnen. Wenn nicht unverzüglich dem Bolschewismus in Rußland ein Ende bereitet wird, ist die Zivilisation der ganzen Welt bedroht.“ Kade schreibt: „Die nationalsozialistische Kriegspropaganda konnte dann auch unmittelbar hieran anknüpfen ...“ Das tat sie auch. Die Rechtsnachfolgerin des faschistischen Staats fand nach dem aus ihrer Sicht desaströsen Ende am 8. Mai 1945 geeignetes Personal – auch mit wohlwollender

eingekapselte Elite in ihrer Klassenborniertheit gar nicht begreifen, was wirklich unter Völkerrechtsordnung zu verstehen ist. Deshalb sei hier an die zwei 1966 vom Westen nur zähneknirschend unterzeichneten Konventionen der UNO erinnert. In diesen beiden Dokumenten wurden die bürgerlichen und politischen Menschenrechte einerseits mit den sozialen und kulturellen Menschenrechten andererseits gleichberechtigt auf eine Stufe gestellt (siehe auch „RotFuchs“ Nr. 278, März 2021).

Gegen die Gleichstellung der Texte beider Abkommen haben sich die westlichen Staaten mit Churchill an der Spitze mit Händen und Füßen gewehrt, weil ihnen die Festschreibung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte nicht paßte und weil „sie sich weigerten, ihre wirtschaftliche Ordnung den Erfordernissen der sozialen Rechte anzupassen bzw. sich ihnen unterzuordnen“ (Norman Paech). Folgerichtig findet auch die Gleichberechtigung beider Konventionen in der Auslegung der angeblich international gültigen regelbasierten Ordnung des Wertewestens keinen Niederschlag. Deshalb blieb eine verbindliche, auf Gleichberechtigung basierende internationale Friedens-, Wirtschafts- und Sozialordnung bis heute eine Schimäre. Vielmehr ist sie ein imperialistisches Dogma. Ihre Hofprediger, ideologisch aufgepumpt, fordern die politische Bereitschaft aller Länder, den Hegemonialanspruch der USA zu akzeptieren und sich dem Diktat ihrer Vorherrschaft zu unterwerfen. In kolonialer Überheblichkeit und Bevormundung ziehen sie auch nach eineinhalb Jahrhunderten gegen jene zu Felde, die sich nicht von einem Text verabschieden wollen, der mit den Worten beginnt: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“

In einem kürzlich veröffentlichten Dokument hat die Bundesregierung ihre Beziehungen zu Peking definiert und ihre Rivalität hervorgehoben. China wird darin vorgeworfen, sich immer mehr „von den Normen und Regeln der regelbasierten internationalen Ordnung zu entfernen“. China nutze sein „gewachsenes politisches Gewicht, um auf allen Kontinenten und in internationalen Organisationen seine Interessen zu verfolgen und die bestehende regelbasierte internationale Ordnung nach chinesischen Vorstellungen zu verändern“. („Berliner Zeitung“, 14. Juli) Man stelle sich vor, die „Berliner Zeitung“ hätte ihren Text leicht verändert so publiziert: „In ihrem kürzlich veröffentlichten Dokument hat die Bundesregierung ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten definiert und ihre Rivalität hervorgehoben. Den USA wird darin vorgeworfen, sich immer mehr von den Normen und Regeln der Völkerrechtsordnung zu entfernen“. Die USA nutzen ihre ohnehin bestehende Weltgeltung und ihr politisches Gewicht, um auf allen Kontinenten und in internationalen Organisationen ihre Interessen noch hemmungsloser zu verfolgen und aus der von ihnen definierten regelbasierten internationalen Ordnung einen Alleinvertragsanspruch für sich und ihre Hörigen zu formen.“ Das Rollen von Redaktions-Köpfen wäre danach wohl unvermeidlich!

Vom Überschreiten roter Linien und erzwungenen Antworten

Vom dritten Argument zum zweiten ist es nicht weit. Lesen wir dazu einige Sätze aus einem Gespräch, das der russische Präsident mit Kriegsberichterstatern geführt hat. Auf die Frage eines Gesprächsteilnehmers, ob wegen des Überschreitens eigener (russischer) roter Linien der Westen nicht eine härtere Antwort verdient hätte, antwortete Wladimir Putin – also der Mann, dessen Mission es nach A. Baerbock angeblich ist, ukrainische „Menschen ... Mütter, Väter, Kinder täglich zu bombardieren, zu verschleppen und vergewaltigen“ – so: „Ist nicht der militärische Spezialeinsatz selbst die Antwort auf die Überschreitung dieser Linien? Das ist der erste und wichtigste Punkt. Wir haben viele Male gesagt: Macht das nicht, laßt uns das erörtern, wir sind stets zu Gesprächen bereit. Am Ende brachten sie uns dazu, durch Einsatz von Gewalt zu versuchen, den Krieg zu beenden, den sie 2014 begonnen haben. Der Krieg wäre vermeidbar gewesen, wenn der Westen die Sicherheitsinteressen Rußlands ebenso respektiert hätte, wie er es für die eigenen erwartet. Besonders der Anspruch auf globale Dominanz und die daraus folgende Ignoranz gegenüber den Interessen anderer Völker und Staaten waren seit Ende des Zweiten Weltkriegs die Ursachen der meisten Kriege gewesen. Diese hätten größtenteils verhindert werden können, hätte auf westlicher Seite die Bereitschaft zum ehrlichen Dialog bestanden und weniger Feindseligkeit.“ Wie hat der Westen reagiert? Er forderte eine Carte blanche, eine uneingeschränkte Handlungsvollmacht ohne jedwedes Mitspracherecht. Wer sich mit diesem Anspruch identifiziert, kann vorläufig ungestraft davonkommen. Deshalb darf Frau Baerbock unwidersprochen ihre regelbasierten Lügen verbreiten und behaupten, daß es gerade die Bundesrepublik gewesen sei, die sich „bis zur letzten Minute für Minsk II eingesetzt hat“, um angeblich das zu verhindern, was sie nun in Endlosschleife einen gegen die Ukraine gerichteten „brutalen russischen Vernichtungskrieg“ nennt. Freilich, wer Rußland besiegen will, muß auf Schritt und Tritt tief in die propagandistischen Tasten greifen. Vielleicht hat einer ihrer Redenschreiber ihr die drei folgenden Sätze in ihre Manuskriptmappe gelegt: „Im übrigen ist es ja so, daß in Brüssel genauso wie in Frankfurt, genauso wie in Bonn, aber anders als in Ostberlin (!) die Journalisten Gott sei Dank schreiben dürfen, was sie für richtig halten, auch wenn es falsch ist. Sie dürfen sogar etwas schreiben, von dem sie wissen, daß es nicht richtig ist. Das soll auch so bleiben.“ („Bulletin des Presse- und Informationsamtes“, Bonn, vom 21. 1. 1977). Wer hat das gesagt? Es war der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD). Würde sich Schmidt im Grabe umdrehen, wenn er erführe, daß sich Staatsanwälte heute auf Spurensuche begeben, um kritische oder auch nur differenzierende Stimmen zum mit westlicher Handschrift geführten Krieg in der Ukraine per „kurzem Prozeß“ zu Geldstrafen zu verurteilen?

Zur Sache: Es war die völkerrechtlich bindende Vereinbarung Minsk II, die einen Fahrplan zur Beendigung des ukrainischen Bürgerkriegs enthielt. Die Ukraine sollte ein föderaler Staat werden, der u. a. vorsah, daß die Donbass-Republiken einen autonomen Status erhalten, aber Teil der Ukraine bleiben sollten. Inzwischen wissen wir (nicht zuletzt durch die freimütige Aussage von Angela Merkel), daß nach dem Vorbild der Omerta (dem Schweigegelöbnis der Mafia) die wahren Absichten der Minsker Vereinbarung verschleiert wurden. Wieder einmal zeigten die NATO-Staaten, was sie unter Vertrauen verstehen. Es ging schlicht und einfach darum, Zeit zu schinden, in der die Ukraine mit westlichen Waffen gemästet wurde, um sie auf einen Krieg mit Rußland vorzubereiten.

Deshalb noch einmal: Seit 1945 bis heute ist der in Endlosschleife erhobene Vorwurf, daß Rußland „die internationale Friedensordnung“ zerstört habe, eherner Bestandteil der transatlantischen Bewußtseins- bzw. geschichtspolitischen Desinformationspflege. Auf der Agenda des Wertewestens stand mal mehr, mal weniger offensichtlich immer das, was A. Baerbock ausgeplaudert hat: „Wir müssen Rußland ruinieren.“ Im „RotFuchs“ Nr. 306 (Juli/August) haben wir Jeffrey D. Sachs, Universitätsprofessor und Direktor des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University, zitiert und in einem eigenen Beitrag zu Wort kommen lassen. Er hat dargelegt, daß der Krieg „von den USA auf eine Art und Weise provoziert wurde, die führende US-Diplomaten im Vorfeld des Krieges jahrzehntelang vorausgesehen hatten“. Freilich, man sollte sich nicht wegen irgendwelcher Streitigkeiten gleich provozieren lassen. Aber hier geht es ja nicht um Meinungsverschiedenheiten, die das Bemühen um einen Dialog voraussetzen. Hier geht es ums Ganze, wie der neue Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, erklärt hat. Hier geht es um einen Krieg, der auf das Konto des Westens geht, für dessen Beginn und Verlauf Rußland verantwortlich gemacht werden soll (siehe auch den angeblichen polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz, den die Nazis als Rechtfertigung für den Angriff auf Polen selbst inszeniert hatten). Deshalb soll der Satz Nicolò Machiavellis wiederholt werden: „Nicht, wer zuerst die Waffen ergreift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.“ Kommen wir auf das erste Argument, „der Krieg sei durch nichts zu rechtfertigen“, zurück. Es fällt uns schwer, einen Krieg zu rechtfertigen. Aber als Marxisten müssen wir uns mit Ursachen, Interessen, Alternativen zu militärischen „Auswegen“ beschäftigen und humanitäre alternative Lösungen in Stellung bringen. Und genau das tut der „RotFuchs“. Der Ukraine-Krieg wurde von der NATO geplant und herausgefordert. Er ist ein Glied in der Kette „humanitär“ verkleideter (Regime-change)-Kriege, die ihr Wesen mehrfach haben anpassen müssen, aber nichtsdestotrotz seit 1917 auf der To-do-Liste des Imperialismus stehen.

Hans Schoenefeldt

„Rußland dekolonisieren“

Die USA und die westliche Wertegemeinschaft unternehmen alles, um Rußland als Konkurrenten und geopolitischen Faktor auszuschalten. Der ehemalige US-Verteidigungsminister Dick Cheney brachte es auf den Punkt: Um zu verhindern, daß Rußland jemals wieder die US-Hegemonie bedrohe, sollten sich die Vereinigten Staaten „nicht nur mit der Zerschlagung der Sowjetunion zufriedengeben, sondern auch Rußland selbst zerschlagen“. Daß dies 1991 nicht geschah, war nach Ansicht des US-amerikanischen Journalisten und Buchautors Casey Michel „ein Fehler“. Der Westen müsse „das 1991 begonnene Projekt zu Ende führen und versuchen, Rußland vollständig zu dekolonisieren“. Der frühere Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter und Berater am Zentrum für Strategische und Internationale Studien Zbigniew Brzezinski erklärte: „In Anbetracht der Größe und Vielfalt (Rußlands) würden ein dezentralisiertes politisches System und die freie Marktwirtschaft am ehesten das kreative Potential des russischen Volkes und Rußlands enorme natürliche Ressourcen freisetzen. Ein locker konföderiertes Rußland – bestehend aus einem europäischen Rußland, einer sibirischen Republik und einer fernöstlichen Republik – würde es auch leichter haben, engere Wirtschaftsbeziehungen mit seinen Nachbarn zu pflegen. Jeder der konföderierten Staaten wäre in der Lage, sein lokales kreatives Potential zu nutzen, das jahrhundertlang durch Moskaus schwere bürokratische Hand unterdrückt wurde. Im Gegenzug wäre ein dezentralisiertes Rußland weniger anfällig für eine imperiale Mobilisierung.“

Das macht die Gier der vereinigten Staaten nach Bodenschätzen, Gas, Öl, Reichtum, Profit und Einfluß, nach ungehindertem militärischem Einmarsch in ein zersplittertes, ehemals großes Land überdeutlich. Das Ziel der USA und des Westens besteht nach wie vor in der Zerschlagung und Aufteilung des flächenmäßig größten Landes der Erde. Wäre es Anfang der 90er Jahre nach dem Ende des Warschauer Vertrages auch zur Auflösung der NATO gekommen, hätte der Westen die sich anbahnenden lukrativen strategischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten in Richtung Osten gänzlich verspielt. So aber war unter der Flagge der „Menschenrechte“ und der Verteidigung „westlicher Werte und Freiheiten“ der Weg frei für einen ungehemmten Vormarsch gegen alle, die sich dem Diktat Washingtons nicht beugten. Und dieser Weg wurde schon lange vor 1990 geebnet.

1999 war Jugoslawien das erste Opfer auf europäischem Boden. Hier bot es sich an, die unter Führung von Josip Broz Tito vollzogene Einigung der Völker Jugoslawiens wieder rückgängig zu machen und nach dem Prinzip teile und herrsche in die „liberale Weltordnung“ des Westens zu integrieren. 2008 machte sich der damals nominierte Vizepräsident Joe Biden dafür stark, die mit USA-Unterstützung kämpfenden Konfliktparteien im Irak durch Aufteilung des Landes in einen schiitischen, einen sunnitischen und einen kurdischen Teilstaat zu beruhigen. Grundlage

hierfür bildete eine Entscheidung des USA-Kongresses. Offiziell zogen sich die Truppen 2011 aus dem Irak zurück. Geblieben sind tausende militärische und zivile „Berater“. Die innerstaatlichen Konflikte halten an. Das Ziel der USA war jedoch erreicht. Der Irak spielt keine für Washington gefährliche machtpolitische Rolle mehr und die USA haben im Prinzip ungehinderten Zugriff vor allem auf die Ölvorkommen des Landes.



Rußlands Rohstoffreichtum weckt Begehrlichkeiten im Westen: Tagebau in Sibirien

Auch im Zusammenhang mit dem Krieg in Syrien 2011 wurden Pläne bekannt, das Land entlang ethnischer und religiöser Zonen aufzuspalten. Deutschland wollte hier offensichtlich nicht zurückbleiben. So hatte die Bundesregierung der Stiftung für Wissenschaft und Politik ein Projekt über die „Fragmentierung Syriens“ in Auftrag gegeben. Eine eigenständige Entwicklung Syriens unter Präsident Assad wird von den USA und der „westlichen Gemeinschaft“ abgelehnt. Deren massive Sanktionen werden als Druckmittel genutzt, um die Menschen des weitgehend zerstörten Landes unter Nutzung regionaler, vor allem religiöser Interessenskonflikte in weiteres Elend zu führen und fortlaufenden Druck auf die rechtmäßige Regierung des Landes auszuüben. In diesem Zusammenhang erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell bereits 2021 im EU Parlament: Es werde „kein Ende für die Sanktionen, keine Normalisierung, keine Unterstützung für den Wiederaufbau geben, solange es in Syrien keinen „politischen Wandel“ gebe. Grundlage hierfür bildet u.a. das sogenannte Caesar-Gesetz, welches den Wiederaufbau der zivilen Infrastruktur Syriens verhindert und ebenfalls als politisches Druckmittel gegen Assad genutzt wird.

Diese wenigen Fakten belegen, wer der Urheber für eine solche Entwicklung ist. Nach Aussage des ehemaligen NATO-Oberbefehlshabers US-General Wesley Clark standen Ende 2001 nach Beginn des Überfalls auf Afghanistan, auch Irak, Libanon, Libyen, Somalia und Sudan auf einer Liste mit Ländern, gegen die in den folgenden Jahren Krieg geführt wurde. Gelungen, kann man da nur sagen, wenn man die Ereignisse in diesen Staaten betrachtet.

Die verbrecherische Kriegführung von USA, NATO und EU gegen andere Staaten führte und führt zu gewaltigen Zerstörungen an Infrastruktur und Wirtschaft. Mit sogenannten „Geberkonferenzen“ zur Finanzierung des Wiederaufbaus dieser Länder sollten dann „Zeichen für Wiedergutmachung“ gesetzt werden, die allerdings nichts anderes waren als „Zeichen“ für die führenden Konzerne und Ölmultis der westlichen Welt, sich in diesen Ländern mit dem Ziel zu etablieren, maximalste Profite aus ihnen herauszupressen und dieses mit ihren militärischen Mitteln abzusichern. Letztlich heißt das, nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Denn die Menschen werden sich in den betroffenen Ländern wohl kaum mit der neuen Situation so ohne weiteres abfinden.

Der führende deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall plant mit Hilfe der von der Bundesregierung bereitgestellten Milliardensummen bereits für die Rüstungsproduktion in der Ukraine nach dem Krieg. Und wieder wird es dann gegen Rußland gehen. Die Geschichte hat bewiesen, Deutschlands Eliten haben aus dem 1. und 2. Weltkrieg mit Millionen von Toten nichts gelernt. Profit regiert und nicht der gesunde Menschenverstand. Mordwerkzeuge aller Kaliber und Typen bleiben auch weiterhin Exportschlager der BRD. Es sind die führenden Rüstungskonzerne, die dafür sorgen, daß der Tod ein Meister aus Deutschland bleibt. Um so mehr ist zu fragen, was tut die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, um diesem Treiben ein Ende zu setzen?

Dietmar Hänel
Flöha

Anspruch auf die Führungsrolle

Wir hatten den Braten bereits gerochen, bald waren Wahlversprechen gebrochen. Die Ampel verfängt sich im eigenen Netz, inzwischen wird das Kriegsbeil gewetzt!

Die Politik auf westlichen Werten basiert, die Regierung sich selbst karikiert. Jetzt geht's um die effektivste Vernichtung. Das Narrativ Frieden entzaubert als Dichtung.

Geächtete Streubomben als Kampfmittel erkoren,
keine Donuts, die mal soeben am Himmel verloren.
Der deutsche Michel schweigt!
Darin sich der Anspruch auf die Führungsrolle zeigt.

Deutschland ist nun mal der Macher -
Inflation, Infrastruktur, Bildung sind die Kracher!
Wie ist das alles zu ertragen?
hör ich die Löwin das Wildschwein fragen.

RABER
Berlin, Juli 2023

Sicht aus Indien: Berlin geht es im Krieg gegen Rußland um eine Revanche für 1945

Eine Rüstungsfabrik von Rheinmetall in der Westukraine und eine deutsche Brigade in Litauen? Alles auf Anweisung der USA und nur für die NATO und zum Schutz der Ukraine? Ein ehemaliger indischer Diplomat sieht dahinter völlig andere Motive.

Quelle: www.globallookpress.com © Ulf

Nicht überall auf der Welt wird die deutsche Beteiligung am Ukraine-Krieg so unschuldig gesehen, wie sie sich darzustellen versucht. Ein Beispiel dafür lieferte jüngst der ehemalige indische Diplomat M. K. Bhadrakumar, der während seiner diplomatischen Karriere in der Sowjetunion, aber auch unter anderem in Deutschland tätig war. Bhadrakumar betreibt einen eigenen geopolitischen Blog, ist aber auch häufig Autor von indischen und internationalen Veröffentlichungen.

Bhadrakumar scheidt: „Die Hypothese, daß der Stellvertreterkrieg in der Ukraine vor allem durch die angelsächsische Achse betrieben wird, ist nur teilweise wahr. Deutschland ist tatsächlich nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine.“ Er zitiert mehrere deutsche Politiker, den Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius (SPD) ebenso wie den CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter, um das deutsche Engagement zu unterstreichen, vermutet die Motive aber eher tief in der Vergangenheit: „Die deutsche Motivation läßt sich im Grunde auf die vernichtende Niederlage gegen die Rote Armee zurückführen und hat mit der Ukraine selbst wenig zu tun. Die Ukraine-Krise hat den Vorwand geliefert, um Deutschland schneller zu militarisieren. Währenddessen erheben revanchistische Gefühle das Haupt, und es gibt in dieser Hinsicht einen ‚überparteilichen Konsens‘ zwischen den führenden Parteien der Mitte in Deutschland – CDU, SPD und Grünen.“

Bhadrakumar beruft sich auf ein Interview, in dem Kiesewetter vorschlug, „Kaliningrad von den russischen Versorgungslinien abzuschneiden“. Sein Schluß daraus lautet: „Berlin leidet noch immer unter der Übergabe der alten preußischen Stadt Königsberg im April 1945. (...) Kiesewetters Bemerkungen zeigen offenkundig, daß in Berlin selbst nach acht Jahrzehnten nichts vergeben oder vergessen ist.“ Interessant ist seine Bewertung der Pläne von Rheinmetall, in der Ukraine nicht nur eine Fabrik für die Produktion des Schützenpanzers Fuchs, sondern noch weitere Rüstungsbetriebe zu errichten: „Geht es bei dem allem um Rußland? Deutschland muß sich darüber im klaren sein, daß die Ukraine keinerlei Hoffnung hat, Rußland militärisch zu besiegen. Deutschland spielt auf lange Zeit. Es schafft Besitz in der Westukraine, wo nicht Rußland, sondern Polen sein Mitbewerber ist.“

Die deutschen Ostgebiete hätten einst Polen für den Verlust Wolhyniens und Galiziens an die sowjetische Ukraine entschädigt. Jetzt wirkten in Polen Kräfte, die danach streben,

diese beiden Gebiete wieder polnisch zu machen. Ein riskantes Spiel, meint Bhadrakumar: „Eine solche Wendung der Ereignisse wird mit Sicherheit auch die Frage der deutschen Gebiete wieder aufwerfen, die heute Teil Polens sind.“ Die polnischen Reparationsforderungen an Deutschland könnten gewissermaßen im Vorgriff auf diese Entwicklung erfolgt sein: „Da ist immer etwas Unberechenbares bei ‚eingeschränkten‘ großen Mächten, wenn eine völlig neue Intensität der politischen, wirtschaftlichen und historischen Umstände auftaucht, die jene, die an der Macht sind, dazu bringt, Ideen zu verwirklichen, und imperialistische Diskurse, die still, aber stetig unter der Oberfläche der sorgfältig abgewogenen diplomatischen Bemühungen flossen, fangen an, eine pan-nationalistische Ausdehnung auszutesten.“

Man dürfe die „diabolische Rolle“ nicht vergessen, die der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier dabei gespielt habe, Deutschland an die Seite der Neonazi-Elemente in Kiew zu bringen, ebenso wenig wie die Perfidie Merkels bei den Minsker Vereinbarungen. Der Krieg in der Ukraine sei da nur Mittel zum Zweck. So, wie die Rüstungsfabrik von Rheinmetall sich vor allem um ein Gegengewicht zu den polnischen Ansprüchen bemühe, wäre die deutsche Brigade in Litauen, die der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius jüngst zugesagt hat, vor allem ein Schritt, um eine Kontrolle über das Baltikum zu erzielen: „Es hat, historisch gesprochen, bereits Versuche gegeben, im Baltikum eine deutsche Herrschaft zu errichten, beruhend auf revisionistischen Ansprüchen gegen die neuen Staaten Estland, Lettland und Litauen, wo sich bereits im 12. und 13. Jahrhundert deutsche Siedler niederließen.“



Der indische Diplomat M. K. Bhadrakumar

Die Berliner Regierungspolitik tut gerne so, als spielten die Jahrhunderte deutscher Geschichte im gegenwärtigen Konflikt keine Rolle. Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, daß der Rest auf dem Globus diesen Schritt in eine ahistorische Weltsicht nachvollzieht. Nicht nur in Indien dürften Beobachter zu finden sein, bei denen deutsche Bewegungen gen Osten, gleich unter welcher offiziellen Begründung, eine Reihe von Warnleuchten zum Glühen bringen.

Gäbe es eine ernstzunehmende deutsche Außenpolitik, so müßte sie sich, statt nach Gewogenheit der westlichen Medien zu heischen, Gedanken darüber machen, wie das deutsche Handeln auf den globalen Süden wirkt. Bhadrakumar liefert dafür ein exzellentes Beispiel.

Dagmar Henn

Quelle: RTDE, 23.7.23



„Aufstand für den Frieden“

3. Oktober 2023

10.00-12.00 Uhr

„Alternative Einheitsfeier 2023“

Veranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

Es sprechen: Dr. Matthias Werner | Dr. Arnold Schölzel | Dr. Lothar Schröter

Tino Eisbrenner, Rockpoet, Sänger, Schauspieler, gestaltet ein Programm mit Prominenten.

Die Veranstaltung wird unterstützt von der Tageszeitung „junge Welt“.

Ort: Münzenbergsaal, Franz-Mehrung-Platz 1, Berlin

Einlaß ab 9.00

Karten-Erwerb über die im OKV organisierten Vereine, Freundeskreise und sozialen Bündnisse. Am FMP1 bei GRH und ISOR.

Einige wenige Karten sind am Tag der Veranstaltung beim Einlaß erhältlich.

Wie in jedem Jahr beträgt der Eintrittspreis **pro Karte 5 €**.



Zu Ursachen des Krieges in der Ukraine

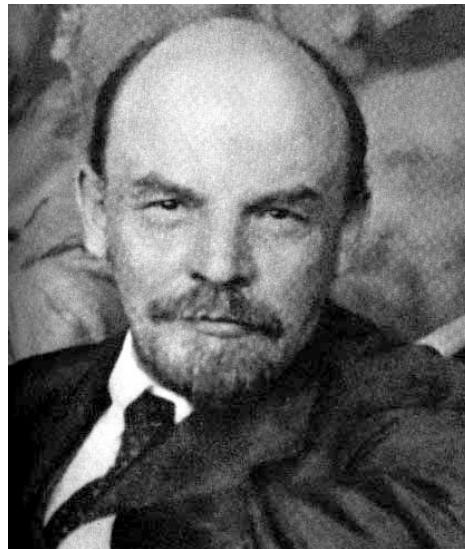
RF veröffentlicht einen Auszug des Beitrags unseres Mitglieds des „RotFuchs-Autorenkollektivs, Prof. Dr. habil. Zbigniew Wiktor, emeritierter ordentlicher Professor der Universität Wrocław, den er im April 2023 verfaßte. Die Langfassung des Textes ist auf der Website des RF nachzulesen.

In den Medienkommentaren und in den Äußerungen führender polnischer Politiker wird trotz der aktuellen Aufregung und politischen Auseinandersetzungen überwiegend von einem brutalen Überfall und einer Aggression Rußlands gegen die Ukraine gesprochen, aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Krieg der USA und der NATO (mit Unterstützung der EU) gegen Rußland, der auf ukrainischem Territorium von nicht nur ukrainischen Kämpfern geführt wird, die sowohl wirtschaftlich und finanziell als auch politisch und propagandistisch umfassend unterstützt und mit modernsten, nicht nur defensiven Waffen ausgerüstet werden. (...)

Die Hauptursache für den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine ist der Wunsch der Kräfte, die seit 2014 in der Ukraine an der Macht sind (und die den Staatsstreich vorbereitet und den rechtmäßig vom Volk gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch gestürzt haben), der NATO beizutreten, was als unmittelbare Folge eine Bedrohung der internationalen Sicherheit Rußlands bedeuten würde. Ein NATO-Beitritt der Ukraine hätte zur Folge, daß es bald US-Militärstützpunkte in der Ukraine geben würde, unter anderem auf der Krim, aber auch fast vor den Toren von Kursk und Moskau, was Rußlands minimale Sicherheitsbedürfnisse sprengen und das noch sehr fragile Gleichgewicht der Bedrohungspotentiale zwischen den beiden Ländern stören würde. Und das ist der wahre Grund für diesen schrecklichen Krieg zwischen zwei brüderlichen slawischen Völkern, die viele gemeinsame historische, sprachliche, kulturelle und religiöse Wurzeln haben – der wahre Grund, um reaktionäre Nationalismen zu fördern und das große Erbe des politischen Fortschritts der Sowjetunion und vor allem der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (...) zu annullieren. (...)

Heute herrschen in der Ukraine, nicht zuletzt wegen des Krieges, Armut und Hoffnungslosigkeit für Millionen Menschen und großer Reichtum für die Oligarchen (die neue Kompradorenbourgeoisie), die das Schicksal der armen Bevölkerungsmehrheit nicht teilen müssen. Sie verschwenden ihren gestohlenen Reichtum im Ausland und in einem arroganten, exzessiven Konsum. Es ist die neue Klasse der Oligarchen, der Müßiggänger und Plünderer gigantischer Volksvermögen vom Typ Kolomojskyj und vieler anderer, die nicht nur einen korrupten Staatsapparat zu ihren Diensten haben, sondern auch über eigene große oligarchische Privatarmeen verfügen. Sie sind es, die die wichtigsten Staatsorgane und ihre obersten Marionetten ernennen, die für einen Judaslohn die noch im Land verbliebenen jungen Männer in den Kampf schicken,

oft im Namen von Bandera-Parolen, die auf den rot-schwarzen Bannern der Swoboda-Partei, der Bataillone und Regimenter vom Typ TRYZUB, ASOW, AJDAR, Rechter Sektor, SS Galizien und vieler anderer prangen, deren Vorfahren während der Okkupation für ihre Kollaboration mit den Deutschen „berühmt“ wurden, die „Heil Hitler“ brüllten und „Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden“ riefen, als sie sich 1943 über den Leichen bestialisch ermordeter Polen in der Region Wolhynien fotografieren ließen. Ähnliche Fotos kursieren heute im Internet und verherrlichen die barba-



„Den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg verwandeln.“, Lenin 1921

rischen Taten der Neobanderisten. Natürlich genießen diese Kräfte die volle Unterstützung der reaktionärsten imperialistischen Zentren Westeuropas, der USA und Kanadas. Sie handeln nach dem bewährten Prinzip: Wer ihnen im Kampf gegen Rußland hilft, ist ihr Freund. Die Ukraine gibt etwa 6 % ihres mageren BIP für Rüstung und Militär aus, nicht eingerechnet die massive Hilfe der USA und anderer NATO-Staaten, die sich bisher auf etwa 100 Milliarden Dollar beläuft. (...)

Kapitalismus und Imperialismus können ohne Krieg nicht existieren. Es ist noch nicht lange her, daß die Welt mit großer Erleichterung den Rückzug der USA aus dem blutigen, fast 20 Jahre währenden Krieg in Afghanistan begrüßte, einem Krieg, der Milliarden, wenn nicht Billionen Dollar verschlungen und dem afghanischen Volk große materielle und menschliche Verluste zugefügt hat. Es stellte sich heraus, daß diese Periode des Friedens nur ein kurzes Intermezzo bis zum nächsten Krieg war, den der US-Imperialismus auf einen sensibleren Kriegsschauplatz verlegte, direkt gegen den strategischen Gegner Rußland. Der Sturz Rußlands nach seiner vermeintlichen Niederlage in der Ukraine wird das Vorspiel für den endgültigen Angriff auf China sein, das der US-Imperialismus als größte strategische Bedrohung und Bollwerk für seine Weltherrschaft betrachtet. (...)

Der Schlüssel zur Beendigung des Krieges liegt in Washington. Solange die Demokraten mit Biden als Präsident an der Macht sind, wird der Krieg weitergehen, aber die Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür (2024), die US-Wirtschaft schwächelt, der Krieg ist bei der arbeitenden Bevölkerung unpopulär, Unruhen und Proteste nehmen zu. Das Großkapital und die Rüstungskonzerne mästen sich am Krieg. Der ehemalige Präsident D. Trump hat bereits seinen Wahlkampf begonnen und ein schnelles Ende dieses Krieges und sogar die „Auflösung der NATO“ angekündigt. Ob dies nur ein Wahlkampfeslogan oder echte Politik ist, wird die Zukunft zeigen. (...)

Frieden ist ein hohes Gut, man sagt sogar, ein schlechter Frieden sei besser als ein guter Krieg. Es gibt jedoch auch Stimmen, die behaupten, daß Frieden in der Geschichte der Menschheit nie von Dauer gewesen sei, daß er als Zwischenkrieg (si vis pacem, para bellum) bezeichnet wurde und daß Kriege daher die Norm seien. Diese Behauptung spiegelt sich auch in den Widersprüchen der modernen Welt wider, wie die ständigen Kriege der USA und anderer imperialistischer Staaten zeigen, um nur Korea, Vietnam, den Nahen Osten, Jugoslawien, Libyen und Afghanistan zu nennen. Auch im aktuellen Krieg in der Ukraine sind die USA und die NATO strategisch involviert. Die berechtigte Frage ist, ob sie ihre imperialistischen, egoistischen Interessen, Bestrebungen und ihre Vorherrschaft aufgeben werden, was zu bezweifeln ist. Deshalb müssen sich die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt neu organisieren, um den militanten Imperialismus, der den Krieg zu seinem großen Geschäft gemacht hat, nicht nur zu stoppen, sondern ihn in die Defensive zu zwingen und sogar seine historische Schwächung und schließlich seine Überwindung anzustreben. Lenin hat in der Zeit des Ersten Weltkrieges (in Anlehnung an die Jakobiner) die Losung ausgegeben, den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Krieg umzuwandeln („Friede den Hütten, Krieg den Palästen“), der zwar auch schrecklich ist, aber die Verheißung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit in sich trägt, der ein gerechter Krieg nicht für die Kapitalisten und Ausbeuter, sondern für das Proletariat ist. Zu dieser Losung und diesem Programm sollten die kommunistischen und sozialistischen Parteien und andere fortschrittliche gesellschaftliche Kräfte jetzt zurückkehren. Ohne sozialistische Revolution und Sozialismus sieht die Zukunft der Ukraine, Rußlands und der ganzen Welt sehr düster aus, wenn nicht gar eine nukleare Katastrophe droht. (...)

Ein wirklicher Kampf für einen dauerhaften Frieden ist möglich und kann siegreich sein und die erwarteten guten Ergebnisse für die Völker und die Werktätigen bringen, wenn er mit einer neuen sozialistischen und demokratischen Revolution verbunden wird, mit dem Kampf zum Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Macht, der Ausbeuter, mit dem Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Völker durch die Kräfte des

internationalen Kapitals und ihrer nationalen Vasallen. Die Losung des Strebens und des Kampfes des ausgebeuteten und unterdrückten Proletariats muss einmal mehr die Losung der „Internationale“ sein: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! ...“ (...)

Die Analyse der langjährigen amerikanisch-russischen Beziehungen zeigt, daß die USA und die NATO nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Auflösung des Warschauer Vertrages systematisch gegen ihre Verpflichtung verstoßen haben, die NATO nicht nach Osten auszuweiten. Diese Politik wurde von den damaligen Regierungen der Russischen Föderation unter Jelzin und den Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder, die den Weg der Integration in die NATO- und EU-Strukturen eingeschlagen hatten, geduldet und sogar gefördert. Die antikapitalistischen Kräfte in diesen Ländern, insbesondere die kommunistischen und sozialistischen Parteien, waren zersplittert und geschwächt und verfügten über keinen wirklichen Einfluß, um sich diesen Prozessen zu widersetzen. Auch die internationale Lage war nicht günstig. Seit 1989/91 gab es eine 20jährige Periode der sogenannten Pax Americana, d. h. der größten Erfolge der USA und ihrer dominierenden Weltherrschaft. Diese Periode dauerte etwa bis 2007/10, als die Welt von der großen Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst wurde, die 2008/09 ihren Höhepunkt erreichte, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, vor allem in den USA, erschütterte und tiefe Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Staaten offenbarte. Es gab Differenzen zwischen den USA und der Europäischen Union, aber auch zwischen Russland, China und Japan. Vor allem aber hat sich die Volksrepublik China an die Spitze der wirtschaftlichen Prozesse gesetzt. Sie hat von Anfang an die politische und militärische Vorherrschaft der USA nicht anerkannt und gleichzeitig für sich günstige Formen der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden, die es ihr ermöglichten, in die erste Reihe der Weltwirtschaft aufzusteigen. (...)

Gestützt auf das Bündnis mit China gelang es Rußland, wichtige Teile seiner Wirtschaft wieder aufzubauen und – auch durch den Ausbau seiner Rohstoffindustrie – sein sozioökonomisches und militärisches Potenzial erheblich zu steigern. Dies bildete die Grundlage für außenpolitische Veränderungen, die darauf abzielten, sich einer weiteren Osterweiterung der NATO und insbesondere einem NATO-Beitritt der Ukraine zu widersetzen. Die Situation spitzte sich Ende 2021 zu, als der Präsident der Russischen Föderation die USA und die NATO kategorisch aufforderte, die Politik der weiteren NATO-Erweiterung und die Bestrebungen der Ukraine nach einer NATO-Mitgliedschaft aufzugeben und die Länder, die dem Pakt nach 1997 beigetreten waren, aus der NATO auszuschließen. Die USA und die NATO, unterstützt von der

Europäischen Union, lehnten dies ab, was zur unmittelbaren Ursache des Krieges zwischen Rußland und der Ukraine wurde, der am 24. Februar 2022 begann und bis heute andauert. Nach mehr als einem Jahr ist mangels eines eindeutigen Sieges Rußlands und aufgrund des Widerstands der ukrainischen Armee, die von den USA mit moderner Bewaffnung und Satellitenaufklärung unterstützt wird, eine Pattsituation zwischen den beiden Konfliktparteien entstanden, die beide Seiten zu einer Kompromisslösung zwingt. (...)



Demonstration vor der Rheinmetall-Hauptversammlung 2022 in Düsseldorf

Dieser Krieg wird vor allem von Amerika gebraucht, er wird vom US-Imperialismus als Vorspiel für einen größeren Krieg gegen Rußland behandelt, und es liegt im Interesse der USA, daß er so lange wie möglich dauert, auch um den Preis weiterer großer Opfer und Verluste, nicht nur in der Ukraine. Heute, nach mehr als einem Jahr Krieg, werden diese Verluste auf beiden Seiten auf über 100 000 Tote und noch viel mehr Verwundete geschätzt, ebenso wie die enormen materiellen Schäden, die nicht in Milliarden, sondern auf bis zu einer Billion Dollar beziffert werden. Die Ukraine entvölkert sich, ihr droht ein weiterer wirtschaftlicher Zusammenbruch, und wir dürfen nicht vergessen, dass sie riesige Mengen an Nahrungsmitteln nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für den Export produziert hat. Diese Engpässe sind bereits in vielen Teilen der Welt spürbar. (...)

Der gegenwärtige Krieg in der Ukraine fügt sich logisch in die imperialistische Politik der USA und der NATO ein, die auf die Eroberung Rußlands und die Aneignung seines riesigen Territoriums und seiner enormen Bodenschätze, insbesondere in Sibirien und im Fernen Osten, abzielt, um in einem nächsten Schritt die Volksrepublik China zu vernichten, die nicht mehr nur ein Handels- und Wirtschaftskonkurrent, sondern der Hauptklassenfeind ist und von der Kommunistischen Partei Chinas regiert wird. Ob diese imperialistischen Hoffnungen und Pläne in Erfüllung gehen, wird die Zukunft zeigen. (...) Diese gefährlichen Tendenzen setzen sich auch in der Europäischen Union fort, die versucht, eine eigene (von der NATO unabhängige) Militärstruktur aufzubauen. Die weitreichendsten Veränderungen in der

Militarisierung finden in Deutschland statt, das seine Militärdoktrin nach dem Krieg in der Ukraine radikal geändert hat. Am 27. Februar 2022 beschloß Bundeskanzler Olaf Scholz eine radikale Aufstockung des Bundeswehretats um ca. 100 Milliarden Euro als „Sondervermögen“, was ähnlich hohe jährliche Ausgaben (über 2 % des BIP) für die Bundeswehr und in Kürze die Schaffung der stärksten Armee in Europa, gestützt auf die am besten entwickelte Rüstungsindustrie bedeutet. Der deutsche Bundeskanzler erklärte,

dass Deutschland entschlossen sei, einen Teil der Verantwortung der NATO zu übernehmen und „jeden Zentimeter des NATO-Territoriums verteidigen“ werde. (...)

Der Krieg in der Ukraine hat die fortschrittliche Öffentlichkeit nicht nur in Europa auf die große Gefahr eines Krieges aufmerksam gemacht, der auf einem Kontinent ausgebrochen ist, der seit dem Zweiten Weltkrieg keinen Krieg mehr erlebt hat. In der Tat hatte es in Europa seit 1945 keinen Krieg mehr gegeben, wenn man von dem kurzen Krieg in Jugoslawien am Ende des 20. Jahrhunderts absieht.

(...)

Die (eskalierenden) Kämpfe in der Ukraine zeigen, dass Krieg auch einen Kontinent treffen kann, der

jahrzehntlang relativen Frieden genossen hat, während der gegenwärtige Krieg mit modernsten Zerstörungsmitteln geführt wird, die nicht nur auf die personellen Kräfte des Gegners zielen, sondern auch lebenswichtige Elemente der wirtschaftlichen Infrastruktur, Wohnhäuser, das Stromnetz (einschließlich der realen Bedrohung von Kernkraftwerken), Wasser- und Abwassersysteme, Straßen, Häfen usw. perfekt zerstören. Politiker auf beiden Seiten warnen (bisher) vor der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen. Es ist daher verständlich, daß die fortschrittliche Weltöffentlichkeit über die Verschärfung und Ausweitung des Konflikts besorgt ist, wie die massiven Antikriegsproteste vor allem in westeuropäischen Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und seit kurzem auch Bulgarien, zeigen. Diese Proteste sind nicht nur pazifistisch geprägt, sondern werden zunehmend von ökonomischen Parolen und Forderungen nach einem Systemwechsel begleitet. „Nieder mit dem Krieg, es lebe der Frieden!“, „Statt neuer Rüstung Mittel für Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit“, „Lösung der sozialen Probleme der Werktätigen, Abbau der Arbeitslosigkeit“, „Nieder mit der NATO“ etc. Proteste aus liberal-demokratischen Wissenschafts- und Kulturkreisen werden laut, z.B. fand in Polen auf Initiative von Frau Prof. M. Szyszkowska Anfang März 2023 in Warschau eine Konferenz unter dem Titel „Friedenskongreß“ statt, auf der verschiedene Bedrohungen und Kriegsgefahren diskutiert und ein Appell zur Verteidigung des Friedens formuliert wurden. (...)

Aus dem Polnischen von Jörg Eisenträger

Im Ukraine-Konflikt ist kein Ende abzusehen

Bereits 18 Monate dauert der zerstörerische Stellvertreterkrieg in der Ukraine zwischen den USA und der Russischen Föderation (RF). Hunderttausende in der Ukraine, aber auch in Neu-rußland haben bereits ihr Leben, ihre Gesundheit und Lebensgrundlagen verloren. Millionen mußten flüchten, weil ihre Heimat verwüstet und die Wirtschaft am Boden liegt. Das vor der Spezialoperation (SO) vorhandene personelle und materielle Potential der Ukraine-Streitkräfte (ukr. SK) wurde nun schon zum dritten Mal vernichtet. Ohne die Unterstützung des Westens hätte die Ukraine bereits mehrmals kapitulieren müssen. Sie hat 20 % ihres Territoriums verloren und konnte dieses auch mit ihrer Gegenoffensive nicht zurückerobern. Die Ukraine hat sich durch die Verbote aller demokratischen Kräfte zu einem faschistoiden Staat entwickelt.

Die USA, die NATO, die EU sind es, die den Konflikt, der das Ziel hat, die RF als Konkurrenten in einer neuen Weltordnung auszuschalten, initiierten sowie politisch, militärisch, wirtschaftlich und finanziell aufrechterhalten. Hunderte Milliarden Dollar hat der kollektive Westen sich das kosten lassen, womit den Ländern die Mittel zur Finanzierung sozialer Projekte und zur Lösung der globalen Probleme entzogen wurden. Um der Aufrüstung der Ukraine zu widerstehen, werden auch die Bürger Rußlands merklich zur Kasse gebeten.

Dieser Konflikt mit seinen verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung der Ukraine, der EU und auch Rußlands ist nicht etwa im Abklingen, sondern wird ununterbrochen mit immer wirkungsvolleren Waffen durch den Westen vorgerüstet und durch die russische Seite nachgerüstet, was seine weitere Eskalation zur Folge hat. Ein Ende des Konflikts ist derzeit nicht abzusehen, und außerdem trägt er noch das Potential für einen europäischen- oder gar weltweiten Kernwaffenkrieg in sich.

Es ist höchste Zeit, daß alle Friedenswilligen einheitlich auftreten und von ihren Regierungen die Beendigung dieses Konflikts sowie die Schaffung eines stabilen Friedens einfordern.

Es ist notwendig, daß wir der verfälschten und haßtriefenden Berichterstattung der westlichen Mainstreammedien zum Ukraine-Konflikt ein alternatives und realistisches Meinungsbild von Politikern, Publizisten und Militärexperten aus Rußland, den BRICS- und anderen Staaten (auch westlichen) entgegensetzen.

Es gilt, mehr Menschen gegen das massenhafte Sterben von meist jungen Europäern zu mobilisieren und gezielt gegen die Lieferung westlicher Waffen, die Durchführung von Ausbildungsmissionen und militärische Dienst- und Finanzleistungen sowie für die Beendigung des Konflikts aufzutreten.

Zur aktuellen Lage (8.8.23) im NATO-RF-Krieg

Ukrainische Streitkräfte und Unterstützungskräfte:

- Reste der ukr. SK mit integrierten ehemaligen polnischen und rumänischen NATO-Soldaten
- Nationalgarde (ASOW-Führung und ähnliche ausländische Nazis)
- ukrainische territoriale Verbände
- internationale Fremdenlegion und Vertragssöldner
- Gruppierungen in- und ausländischer Diversions- und Terrorgruppen sowie Spezialtruppen der USA und GB
- ausländisches Bedienungs- und Instandsetzungspersonal

Unterstützungskräfte:

- Biolabore
- Kommunikationssatelliten der USA „Starlink“
- Luftaufklärungs- und Flottenkräfte der NATO

Die Waffen kommen fast ausschließlich aus den USA und anderen NATO-Ländern, die auch ein Großteil der Ausbildung der ukrainischen Soldaten und deren medizinische Rehabilitation gewährleisten, wofür der Westen bisher um die 200 Milliarden US-Dollar ausgegeben hat.

Laut dem US-Militärexperten Scott Ritter soll die Ukraine in ihrer besten Zeit über 1 200 000 Soldaten verfügt haben, die durch die SK der RF auf ca. 250 000 reduziert wurden.

Der durch die gewaltigen Verluste aufgetretene personelle Bedarf soll mit einer totalen Mobilmachung, mit mehr ausländischen Söldnern und mit dem noch tieferen Hereinziehen der NATO in diesen Konflikt gedeckt werden.

RF-Streitkräfte (RF-SK) und Unterstützungskräfte:

- russische Landstreitkräfte
- luftkosmische und Marinekräfte
- Milizen der LVR und DVR
- tschetschenische Gruppierung
- vertraglich gebundene Wagner-Söldner
- integrierte Freiwillige der ehemaligen Sowjetrepubliken

Die RF-SK zählte zu Beginn der Spezialoperation (SO) 190 000 Mann. Nach der Teilmobilmachung sollen es laut dem langjährigen Berater des Pentagon Douglas MacGregor ca. 500 000 Kämpfer sein. Um auf einen möglichen vollen Eintritt der NATO in diesen Konflikt vorbereitet zu sein, debattiert die Duma über eine Mobilmachung von weiteren 500 000 und über die Verstärkung der RF-SK an der Nord- und Westgrenze.

Die Bewaffnung kommt hauptsächlich aus dem eigenen militärisch-industriellen Komplex (MIK), dazu aus Belarus, dem Iran, der KVDR und aus China. Rußland hat beim Besuch von Verteidigungsminister Schoigu in der KVDR im August erfahren, daß Nordkorea nicht nur über von Rußland benötigte moderne Waffen, Munition und militärische Ausrüstung in Größenordnung verfügt, sondern

auch bereit sei, so Präsident Kim, an der Seite der RF gegen die USA und deren Vasallen zu kämpfen.

Zur Gegenoffensive von Ukraine und NATO

Für die Gegenoffensive (GO) soll die Ukraine mit Hilfe der NATO ca. 60 000 Mann mit neuer Bewaffnung bereitgestellt haben, die aber überstürzt eingesetzt wurden.

Bei der GO von Ukraine und NATO wurden, wie der Militäranalyst Rainer Rupp feststellte, bis heute keine nennenswerten Geländegewinne erzielt, weil den ukrainischen SK zu wenig Personal und Material zur Verfügung stand, wodurch es zu extrem hohen Verlusten kam. Entlang der etwa 1000 Kilometer langen Front sind die ukrainischen Einheiten bisher nicht bis zu den tiefengestaffelten Verteidigungslinien der russischen Streitkräfte vorgeedrungen.

Zum Ablauf der ukrainischen GO

Die ukrainische Armee begann ihre Angriffe in der *ersten Phase* der Operation stets mit einem massierten Einsatz von Personal und Militärtechnik auf die stark verminten und befestigten russischen Stellungen. Bei einem solchen Angriff ziehen sich die Verteidiger in ihre vorbereiteten Ausweichstellungen zurück und bekämpfen den Gegner intensiv mit Artillerie und verschiedenen Flugkörpern. Nachdem die angreifenden ukrainischen Panzer und gepanzerten Fahrzeuge sowie die sie begleitende Infanterie zum Rückzug gezwungen wurden, rücken die russischen Einheiten wieder in ihre Ausgangsstellungen vor. Oftmals werden die zurückflutenden gegnerischen Truppen auch verfolgt und weiter bekämpft, wodurch die SK der RF nicht selten zu Geländegewinnen kommen.

In der *zweiten Phase* der Offensive ging die Ukraine dann zur „Moskitotaktik“ – kleinere Angriffsgruppen mit wenig Militärtechnik – über, was aber auch nicht mehr Geländegewinne brachte. Die hohen Verluste erklärten sich auch dadurch, daß die Ukraine ihre Taktik zu spät den militärischen Gegebenheiten anpaßte. Während die Ukraine um Cherson, Nikolajew und Bakhmut oftmals nur zeitweilige taktische Geländegewinne erzielten, hat die RF im Norden (Charkow, Kupjansk) taktische und operative Landgewinne erzielt und bereit dort eine Gegenoffensive vor. Die RF hält vor Ort 100 000 gut ausgebildete und ausgerüstete Soldaten bereit. Größere Truppenkontingente soll die RF auch in den Gebieten Cherson und Süd-Donetsk in Reserve halten.

In der *dritten Phase* der GO verläßt sich die Ukraine aber nicht nur auf ihre verschleierte Reserven im In- und NATO-Ausland, sondern ist dabei, die logistische Versorgung der SK der RF über die vier Krimbrücken sowie aus Basen und Lagern mit Raketen (Storm Shadow, Taurus und umgebauten S-200) sowie mit See-drohnen unmöglich zu machen, um ihre GO zukünftig erfolgreicher zu gestalten. Diese Herangehensweise von Ukraine und NATO stellt für die geplante russische Gegenoffensive, besonders im Südosten, ein großes Problem dar.

Zu den angelsächsisch-ukrainischen Terroranschlägen

Wie der in der RF-Politik gut vernetzte russische Publizist Gilbert Doctorow feststellte, werden diese Anschläge auf politische und wirtschaftliche Zentren (Moskau), die militärische Infrastruktur Rußlands sowie auf Wohngebiete (in Neurußland) aber wegen der russischen Gegenwirkung bisher nur mit geringem Erfolg verübt. Es ist den Mißerfolgen bei der Gegenoffensive geschuldet, daß diese Anschläge gerade jetzt verstärkt stattfinden, denn die Ukraine braucht, um die Sponsoren bei der Stange zu halten und ihre Bevölkerung von den „Siegsmöglichkeiten“ gegen Rußland zu überzeugen, Erfolge, die propagandistisch verwertbar sind. Mit diesen Terroranschlägen sollen Krieg und Chaos nach Rußland getragen werden. Doch Krieg und Chaos blieben dort aus. Nach Umfragen unterstützen 75 % der Russen die Politik ihres Präsidenten, der ihre Existenz und ihre Heimat verteidigt.

Während die brutalen Terroranschläge der Ukraine oftmals zivile Einrichtungen der RF zum Ziel haben, konzentrieren sich die Vergeltungsschläge der RF hauptsächlich auf die militärische Infrastruktur des Gegners. Die im russischen Kernland stark kritisierte Luft-Kosmische Verteidigung der RF schießt zwar die meisten Drohnen und Raketen, darunter Storm Shadow-, Himars und umgebaute S-200-Raketen ab, kann aber Kollateralschäden herunterfallender gegnerischer und eigener Flugkörper Teile nicht vermeiden. In der Ukraine kommt das auch oft vor, aber meist deshalb, weil die ASOW-Nazis ihre Abwehrwaffen bevorzugt in Wohngebieten basieren.

Verluste der Seiten

Nach Schätzungen von D. MacGregor und S. Ritter hat die Ukraine im ersten Monat ihrer GO bereits insgesamt 43 000 – meist kriegserfahrene Soldaten – und dazu noch über 1800 gepanzerte Kampffahrzeuge verloren, darunter viele westliche. MacGregor geht davon aus, daß die Ukraine-NATO-SK ca. 300 000 Gefallene und das Mehrfache davon an Verwundeten und Gefangenen zu beklagen haben. Die Gefallenen der RF bezifferte er mit 50 000 Mann, wozu ebenfalls ein Vielfaches an Verwundeten und Gefangenen kommt.

Ausrüstungsverluste der ukrainischen NATO-SK während der gesamten SO der RF

(Verteidigungsministerium der RF):

	19.6.22	19.8.23
Flugzeuge / Hubschrauber	339	707
Drohnen	1249	5831
Flugabwehrraketensysteme	344	431
Panzer u. gepanz. Fahrzeuge	3683	11366
Reaktive Geschobwerfer	562	1144
Feldartillerie, Granatwerfer	2043	5928
Spezialfahrzeuge	3715	12307

Aktuelle Ziele der Spezialoperation der RF in der Ukraine

Diese Ziele bestehen, nach Auffassung des deutschen Publizisten Peter Haisenko, darin, den Schutz der in die RF eingegliederten Territorien sowie die Befreiung von weiteren Gebieten mit unterdrückter russischsprachiger Bevölkerung (Odessa, Saporoshje, Nikolajew, Charkow u.a.) zu gewährleisten, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine zu erreichen sowie die Aufnahme der Ukraine in die NATO nicht zuzulassen. Um dies zu erreichen, beabsichtigt die RF eine Gegenoffensive. Sie soll aber vollumfänglich erst dann beginnen, wenn die meisten militärischen Ressourcen des Gegners in dem derzeitigen Zermübungskrieg verschlissen sind. So können die eigenen Soldaten geschont werden.

Wunderwaffen sollen der Ukraine den Sieg bringen

Der ehemalige Schweizer Geheimdienstoberst Jacques Baud hob hervor, daß die oftmals von der Politik, statt vom Militär bestimmte Taktik der Ukraine zu einem großen Mangel an Artilleriemunition führte, den die USA, wegen angeblich fehlender Reserven nur mit der Lieferung von weithin geächteter Streumunition (123 Länder) ausgeglichen haben. Die Ukraine, die sich mit deren Einsatz entscheidende Vorteile versprach, mußte zur Kenntnis nehmen, daß die RF ebenfalls solche Waffen besitzt, die in der Ukraine die Erde auf lange Jahre verseuchen und für Menschen und Tiere lebensgefährlich sind. Während die Ukraine nur über bodengestützte Streumunition verfügt, besitzt die RF zusätzlich auch luftgestützte, die ihr bedeutende Vorteile auf dem Gefechtsfeld bringen kann. Nach dem mehrfachen Einsatz dieser Streuwaffen durch die ukrainischen NATO-SK, sah sich Präsident Putin am 5.8.23 gezwungen, ab sofort den spiegelgleichen Einsatz von Streuwaffen (russisch Kassettenwaffen) anzuweisen. Hierbei handelt es sich um eine furchtbare Eskalation des Konflikts, wofür die USA die Verantwortung tragen. Nach der bisher erfolglosen Offensive forderte der Oberkommandierende der ukrainischen Armee Walerij Saluschnyj, der dem Westen wegen der verzögerten Waffenlieferungen eine Teilschuld zuweist, von USA und NATO die sofortige Lieferung von F-16-Flugzeugen (wobei 10 Stück 2 Milliarden US-Dollar kosten), moderne Luftverteidigungsmittel, Drohnen sowie Langstreckenraketen vom Typ ATACMC (300 km), Taurus (500 km) und Abrams-Panzer.

Auch diese, von der Ukraine als „siegbringende Wunderwaffen“ angesehen, werden, wie die bisherige westliche Militärtechnik Leopard-Panzer, die LV-Komplexe Patriot und andere, von den russischen Streitkräften neutralisiert werden.

Zu Lösungen des Ukraine-Konflikts

Um die Beendigung dieses für den Frieden in Europa und der Welt sowie für die Weltwirtschaft gefährlichen militärischen Konflikts, bemühen sich offiziell und inoffiziell alle Großmächte, Ländergruppen des

Globalen Südens, arabische und asiatische Länder, auch der Papst und viele sich dem Frieden verpflichtete fühlenden Kräfte aus allen Lagern. Der österreichische Oberst Markus Reisner, der eine realistische Position vertritt, sieht mehrere Möglichkeiten für einen Friedensschluß: einerseits die totale Niederlage der Ukraine, aber auch eine Lösung, die bei revolutionären Veränderungen in der RF zu einem Kompromißfrieden führen könnte. Bleibt die Ukraine beim Erhalt ihrer territorialen Integrität, bietet sich nur das ungewollte Koreaszenarium an, welches ein zeitlich unbegrenztes Spannungsverhältnis zur Folge hätte. Derzeit sind beide Kriegsparteien noch davon überzeugt, daß sie siegen können. Der Friedensplan der RF sieht laut Reisner die Besetzung der Ost-Ukraine bis zum Dnepr vor, bei gleichzeitiger Besetzung der Westukraine durch den Westen. Selenskyj hingegen will sein Problem mit mehr modernen Waffen und NATO-Soldaten lösen. Zur Zeit erleben wir eine so aufgeheizte Stimmung der Kriegsparteien und deren Unterstützer, daß selbst Verhandlungen zur Suche nach Kompromissen es schwer haben.

Saudi-Arabien startete Anfang August dazu einen Versuch, der aber schon deshalb zum Mißerfolg verdammt war, weil die RF nicht dazu eingeladen wurde. Dort trafen sich meist Länder aus dem Globalen Süden. Die Anwesenden sollten dem 10-Punkte-Plan Selenskyjs zustimmen, und der Westen wollte diese Länder auf seine Seite ziehen. Der Plan sieht vor, daß die RF ihre Truppen aus der Ukraine und der Krim abzieht, daß ein Sondertribunal zur Verurteilung russischer Kriegsverbrechen einzurichten ist und daß die RF zu Reparationszahlungen verpflichtet wird, was praktisch die bedingungslose Kapitulation Rußlands bedeuten würde. Die Teilnehmer hingegen blieben bei ihren vorgefaßten Meinungen. Während der Westen Rußland zum alleinigen Schuldigen erklärte, sehen die Länder des Globalen Südens den Konflikt als Stellvertreterkrieg der USA und der NATO an, der in der Ukraine ausgetragen wird. Sie geben den USA, der NATO, der EU und der Ukraine eine Mitschuld, die bei den zukünftigen Verhandlungen zur Beendigung des Konfliktes berücksichtigt werden müßte. China, welches – laut seines Außenministers – weiter zu Rußland hält, verwies auf Möglichkeiten zur Deeskalation. Die Länder des Globalen Südens forderten von der EU die Aufhebung des Sanktionsregimes, vor allem den Zugang zu russischem Getreide und Dünger.

Es kam zu keiner gemeinsamen Erklärung, aber es wurden weitere Treffen vereinbart, was einen vorsichtigen Optimismus gestattet.

Der Ukraine Konflikt hätte schon im Frühjahr 2022, ohne die gewaltigen personellen Opfer und materiellen Zerstörungen, beigelegt sein können, wenn die weit gediehenen Friedensverhandlungen zwischen der RF und der Ukraine nicht von den angelsächsischen Mächten unterbrochen worden wären.

Rußlands Politik im Verhältnis zur Weltmehrheit

Die direkte Konfrontation mit dem Westen hat das außenpolitische Feld Rußlands in zwei Hälften geteilt. Auf der einen Seite, im Westen und möglicherweise auch im Norden, steht eine feindliche Koalition von bis zu 50 Ländern, angeführt und gelenkt von den USA. Dies ist das „Kriegsfeld“ – „heiß“ in der Ukraine und „hybrid“ in der ganzen Welt. Seitens Rußlands ist es ein Krieg um die Möglichkeit einer unabhängigen, freien Entwicklung und einer gerechten Weltordnung. Von Seiten der USA geht es um die Aufrechterhaltung ihrer Welthegemonie. Die Konfrontation ist prinzipieller Natur und Teil des Prozesses der Veränderung der Weltordnung. Sie wird noch lange andauern, möglicherweise 15 bis 20 Jahre.

Die andere, große Hälfte der russischen Außenpolitik ist jedoch dem Frieden und der Zusammenarbeit gewidmet. Hier interagiert Rußland mit Ländern, die ihre Souveränität und ihre Identität verteidigen wollen und sich deshalb geweigert haben, der US-Sanktionskoalition beizutreten.

Sie kommunizieren weiterhin mit Rußland, treiben Handel und entwickeln unterschiedliche Beziehungen zu ihm. Globale Akteure – die Großmächte China und Indien; die Schwergewichte des Nahen Ostens Iran, Türkei und Saudi-Arabien; die größten Länder der islamischen Zivilisation Ägypten, Pakistan und Indonesien; die führenden Staaten Afrikas und Lateinamerikas Nigeria, Äthiopien und Südafrika sowie Argentinien, Brasilien und Mexiko – sind in diesem Bereich aktiv. In Rußland werden diese Länder, welche die Mehrheit der Menschheit repräsentieren, seit kurzem als „Weltmehrheit“ bezeichnet. Rußland selbst ist Teil dieser Mehrheit und ihre wichtigste geopolitische, militärische und geistige Ressource.

Gerechte Weltordnung ohne Hegemonie

Das am 31. März 2023 verabschiedete neue außenpolitische Konzept Rußlands stellt erstmals in der russischen Geschichte die Beziehungen zur Weltmehrheit an die erste Stelle der Prioritätenliste – direkt nach den Ländern des nahen Auslands, die im Grunde ebenfalls zur Weltmehrheit gehören. Die Idee, die der russischen Politik gegenüber den Ländern des Globalen Ostens und Südens zugrunde liegt, ist die der Befreiung vom Neokolonialismus, die mit der allgemeinen antihegemonialen Ausrichtung der Moskauer Außenpolitik verbunden ist. Diese Politik zielt nicht darauf ab, den Westen als solchen, seine Werte u.a. zu bekämpfen, sondern richtet sich gegen die Hegemonie eines Zentrums, gegen die Auferlegung einer Reihe von Werten, gegen Ungerechtigkeiten im Handel, bei der Verbreitung von Technologie, in Fragen des geistigen Eigentums usw. Der Hauptinhalt der russischen Politik gegenüber den Ländern der Mehrheit besteht darin, bereits jetzt die Elemente und Institutionen einer neuen, gerechten Weltordnung aufzubauen, in der es keinen Platz für die Hegemonie eines einzelnen Staates oder die Vorherrschaft einer Gruppe von Staaten,

eines aufgezwungenen Wertesystems usw. gegeben wird.

Dieses kreative Motiv steht im Mittelpunkt des russischen Ansatzes. Es geht nicht darum, eine antiamerikanische Koalition zu schaffen, Militärböcke und Bündnisse gegen die NATO zu bilden, sondern ein polyzentrisches Modell, in dem die Interaktion einzelner Staaten und zivilisatorischer Plattformen eine Hegemonie ausschließt.



Vom 22. bis zum 24. August fand der 15. BRICS-Gipfel in Südafrika statt

In einer Zeit, in der universelle Organisationen, einschließlich der UNO, immer weniger funktionieren und zu Plattformen für offene Polemik geworden sind, hinter deren Kulissen westliche Länder unehrliche Manipulationen betreiben, muß ein neuer Typus von Foren und Institutionen entwickelt werden, der offen ist, frei von der Vorherrschaft selbst der größten Mächte und in der Lage, internationale Bemühungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten zu vereinen.

BRICS von morgen – UN von übermorgen

Auf globaler Ebene könnten die BRICS die zentrale Plattform für den Aufbau der Elemente einer neuen Weltordnung sein. Die mögliche Erweiterung der Gruppe sollte mit einer Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern einhergehen. Die weitere Institutionalisierung der BRICS würde sich auf die Zusammenarbeit in Bereichen wie globale Finanzen, Handels- und Investitionsbeziehungen, technologische Standards, Logistik, Informationsressourcen und Informationssicherheit, Energie und Ernährungssicherheit konzentrieren. Von besonderer Bedeutung ist eine engere finanzielle Zusammenarbeit – sowohl als praktische Antwort auf die wachsende Unsicherheit des US-Dollars als Weltgeld, als auch als Suche nach einer grundlegend neuen Form eines globalen Äquivalents (internationale digitale Währung). Unsere Vision könnte in einem Satz formuliert werden: Die BRICS von morgen ist die UN von übermorgen.

Shanghaier Organisation

Auf der kontinentalen – eurasischen – Ebene ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) der zentrale

Baustein. Moskau betrachtete die Konferenz und nachfolgend die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/OSZE) seit langem als Modell für die Gewährleistung von Sicherheit und die Entwicklung einer multidimensionalen Zusammenarbeit zwischen Staaten und hat deshalb die Schaffung einer asiatischen Version vorgeschlagen. Die heutige OSZE ist leider zu einem Anhängsel des euroatlantischen Systems geworden, ist degeneriert und hat ihre Funktion praktisch verloren. Die SOZ hingegen wird zu einem attraktiveren Forum und gewinnt an Bedeutung. Unter den heutigen Bedingungen kann die SOZ, zu deren Mitgliedern Vertreter der großen Weltzivilisationen – Indiens, des Islams, Chinas und Rußlands – gehören, zu einem Sammelpunkt eines neuen Modells der internationalen Sicherheit in der Größenordnung eines riesigen Kontinents werden. In wirtschaftlicher Hinsicht besteht die wichtigste Aufgabe der SOZ darin, die interne Konnektivität des Großraums Eurasien zu entwickeln, der nach wie vor weitgehend von den Seewegen abhängig ist. Eine sehr wichtige Aufgabe ist schließlich die Entwicklung des kulturellen, wissenschaftlichen, technischen und humanitären Austauschs zwischen den Völkern des Kontinents, die oft mehr mit entfernten Partnern als mit ihren unmittelbaren Nachbarn kommunizieren.

Die Aussichten für die Zusammenarbeit im Bereich der Information sind besonders bemerkenswert. Informationen waren noch nie so mächtig wie heute. Dies macht es notwendig, die Ressourcen der führenden Länder der Weltmehrheit zu bündeln, um ihre eigene Weltagenda, ihre Narrative, ihre Vision einer globalen Zukunft und den Schutz traditioneller Werte zu fördern. Ein internationales multimediales Informationskonsortium mit einem einheitlichen Redaktionsausschuß, an dem die führenden global ausgerichteten Medien der BRICS- und SOZ-Länder beteiligt sind, wäre am besten geeignet, diese Ziele zu verwirklichen. (...)

Dabei sollten unterschiedliche Formate von Begegnungen und Konferenzen geschaffen werden, die eine freiere Kommunikation zwischen führenden Vertretern der politischen, wirtschaftlichen, geschäftlichen und intellektuellen Eliten Rußlands und dieser Länder zu ermöglichen und nicht in sich geschlossen sind. (...)

Die Welt befindet sich in einer Phase grundlegenden Wandels. In einer solchen Zeit können wir nicht passiv bleiben, sondern müssen gezielt und koordiniert handeln.

Dmitri Trenin

Der Autor ist Forschungsprofessor an der Higher School of Economics und führender Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Redaktionell gekürzt

Wie weit wollen die USA und ihre Vasallen gehen?

Die „Neue Züricher Zeitung“, Kampfblatt des Monopolkapitals, bereitet ideologisch einen Weg vor, der den Einsatz von Kernwaffen im Ukraine-Konflikt als möglich betrachtet. „Sollte es zu einem Atomkrieg kommen und die Bodenkommunikation des amerikanischen Militärs zerstört werden, gibt es als Back-up ein „fliegendes Pentagon“, meinte die Zeitung am 4.7.2023 in einem Artikel. Sie geht von der Unterstellung aus, daß Rußland einen solchen Krieg in das militärische Kalkül einbezogen hätte. „In den USA sind vier Boeing 747 E-4B als Advanced Airborne Command Post (AACP) im Einsatz. Wäre im Fall eines Atomkriegs die komplette Bodenkommunikation des amerikanischen Militärs zerstört, wären die E-4B ein „hochgradig überlebensfähiges Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentrum“, wie die Airforce auf ihrer Website schreibt. „Unmittelbar nach einer Explosion wären der Präsident, der Verteidigungsminister und die Generalstabschefs an Bord und in Sicherheit. Von dort könnten sie einen nuklearen Gegenschlag anordnen.“¹ Das ist der zynische Trost, den man den Völkern für einen Atomkrieg anbietet.

Tatsächlich hat in der bisherigen Geschichte nur ein Staat bzw. nur ein Präsident den Einsatz von Kernwaffen befohlen: Am 6. und 9. August 1945, am Ende des Zweiten Weltkrieges, erfolgten auf Befehl von Harry S. Truman zwei Atomwaffenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki mit weit über 300 000 Toten. Truman war übrigens ein Politiker und Präsident der Demokratischen Partei, genauso wie der heutige Präsident Joe Biden.

„Statista“ meint, daß Rußland 5889 Kernwaffen besitzt. Die USA verfügen über 5244 Kernwaffen. Zu den legalen Atomwaffenmächten gehören weiterhin China (410 Kernwaffen), Frankreich (290) und das Vereinigte Königreich (225). Zu den illegalen Atomwaffenländern zählen Pakistan (170), Indien (164), Israel (90), Koreanische Volksrepublik (30).² Insgesamt gibt es laut Statista 12 512 Atomsprengköpfe, die die Erde mehrfach auslöschen können.

In einem Interview Mitte der 60er Jahre wies Fidel Castro auf eine Besonderheit seiner persönlichen Macht im Vergleich mit der Macht eines USA-Präsidenten hin: „Die Wahrheit ist, daß ich zwar bestimmte Funktionen ausübe, die zu meinen Ämtern im Staat und in der Partei gehören, daß meine Entscheidungsbefugnis aber tatsächlich geringer ist als die des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Wenn wir über persönliche Macht sprechen: In keinem Land der Welt, nicht einmal in absoluten Monarchien, hatte je eine Person so viel Macht wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Der Amtsinhaber, den Sie Präsident nennen, kann das Land sogar in einen thermonuklearen Krieg führen, ohne den Kongreß zu konsultieren. Das ist in

der Geschichte einmalig. Es war seine Entscheidung, in Vietnam zu intervenieren ... Folglich verkörpert der Funktionär, den Sie Präsident nennen, den umfassendsten Ausdruck einer Klassendiktatur, die gelegentlich deutlich wird, wenn sie einem einzelnen Mann die absolute Macht überläßt.“³ In den USA entscheidet immer der Präsident über das Führen von Kriegen. Er entscheidet auch über die Tötung bzw. Beseitigung von vermeintlichen und tatsächlichen Gegnern. So ist seit der Präsidentschaft des „Demokraten“ Obama (2009–2017) allgemein bekannt, daß er Drohnen zur Tötung von „Terroristen“ einsetzte, die hundertenden unschuldigen Menschen z.B. in Afghanistan und in Pakistan das Leben kostete.

George Friedman, ein politischer Falke, äußerte sich bereits am 2.4.2015 in einer Rede vor dem „Chicago Council on Global Affairs“ zu den außenpolitischen Interessen der USA. „Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse war sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt.“⁴ „Die Urangst der USA ist, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbünden. Eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben.“⁵ In seinen weiteren Ausführungen machte Friedman deutlich, daß ein militärischer Stellvertreterkrieg in der Ukraine bereits lange vor 2014 in Vorbereitung war, der sich einerseits gegen Rußland und andererseits gegen deutsche Interessen bzw. gegen Deutschland und somit gegen die Europäische Union richtet. Friedman bestätigte in seiner Rede, daß Rußland in einen Krieg in der Ukraine hineingezogen werden sollte. Dazu erfolgten die Ausbildung der ukrainischen Armee und entsprechende Waffenlieferungen. Die USA agierten außerhalb der NATO. Sie verfolgten und verfolgen die Absicht, einen „Sicherheitsgürtel“ um Rußland herum aufzubauen. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß entsprechende militärische Vorbereitung ebenfalls in Rumänien, Bulgarien, Polen und den baltischen Staaten liefen bzw. laufen. Friedman bezeichnete die USA als ein Imperium, das seine alleinige Vormacht sichern muß. „Die Frage, die sich jetzt für die Russen stellt, werden sie die Ukraine wenigstens als eine neutrale Pufferzone erhalten, oder wird der Westen so weit in die Ukraine vordringen, daß er nur noch 100 Kilometer von Stalingrad und 500 Kilometer von Moskau entfernt ist. Für Rußland ist der Status der Ukraine eine existenzielle Bedrohung und die Russen können das nicht ignorieren.“

Schauen wir auf den tatsächlichen Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, so scheint ein US-Plan zu bestehen, auf dessen Grundlage durch immer neue Eskalationsstufen der Weg zu einem möglichen dritten Weltkrieg mit Atomwaffeneinsatz bereitet wird.

In einer ersten Stufe lieferten das Imperium und seine NATO-Vasallen vermeintlich nicht-letale Waffen, Abwehrwaffen und militärische Beratung (Söldner, Berater). Dann folgte die Bereitstellung von letalen Waffen, Drohnen und Raketen. Ein nächster Schritt war die Lieferung von Panzern und weitreichenden Waffen wie Raketen und Drohnen. Nun stellt die USA der Ukraine weltweit geächtete Streumunition zur Verfügung. Mit der Lieferung von US-F16-Kampfflugzeugen ist eine weitere Eskalation in Vorbereitung. Diese Flugzeuge sind in der Lage, Kernwaffen zu tragen. US-Kernwaffen befinden sich in den NATO-Staaten Belgien, Niederlande, Italien, Türkei und Deutschland („Fliegerhorst Büchel“ in der Eifel). Mit großer Wahrscheinlichkeit könnten diese Flugzeuge nur von polnischen oder rumänischen Territorien starten, da die Ukraine weder über fachliche noch technische Voraussetzungen für Einsatz und Wartung dieser Flugzeuge verfügt. In diesem Fall wären nicht nur die F16-Kampfflugzeuge ein Ziel, sondern auch Flugplätze, Kernwaffenlager und Bereitstellungsräume, zumal Polen von den USA eine atomare Teilhabe fordert. Joe Biden entschied am 13.7.2023, bis zu 3000 Reservisten zusätzlich für Europa im Rahmen der Operation Atlantic Resolve zu aktivieren.⁶ Der US-Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy, Jr., sieht in dieser Entscheidung Joe Bidens eine USA-Vorbereitung auf einen direkten Krieg mit Rußland.^{7,8}

„Die Operation Atlantic Resolve (OAR) ist eine 2014 begonnene und von den Vereinigten Staaten durchgeführte Operation zur Unterstützung und Bestärkung der NATO-Alliierten in Europa im Rahmen der European Reassurance Initiative (ERI).“⁹ Mit ihr soll die Rückeroberung der Krim erreicht und auf den militärischen Konflikt in der Ukraine reagiert werden. „Sie stellt keine NATO-Operation dar, sondern wird von den USA bilateral im Rahmen der European Reassurance Initiative durchgeführt.“ Gleichzeitig erfolgt eine enge Koordinierung zur Unterstützung der Kriegsführung in der Ukraine im Rahmen der NATO, der EU und der G7-Staaten.

Dr. Ulrich Sommerfeld

1 https://www.nzz.ch/mobiltaet/doomsday-plane-das-fliegende-pentagon-kann-einem-atomschlag-standhalten-ld.1745094?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36401/umfrage/anzahl-der-atomsprengkoepfe-weltweit/>

3 Castros Kuba, Lee Lockwood, Taschen, S. 188

4 <https://www.sein.de/george-friedmans-rede-vor-dem-chicago-council-on-global-affairs-am-04-02-2015/>

5 <https://www.sein.de/george-friedmans-rede-vor-dem-chicago-council-on-global-affairs-am-04-02-2015/>

6 <https://www.fr.de/politik/nato-usa-operation-atlantic-resolve-biden-verlegt-tausende-soldaten-nach-europa-ostflanke-zr-92402919.html>

7 <https://www.merkur.de/politik/us-armee-kann-bis-zu-3000-reservisten-fuer-europa-aktivieren-zr-92401037.html>

8 <https://hoch2.tv/beitrag/usa-schickt-3000-reservisten-nach-europa-kriegsbeginn-oder-kriegsende/>

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Atlantic_Resolve

Air Defender 2023 und der NATO-grüne Himmel über Deutschland

Am Himmel über Deutschland spielte sich in der Zeit vom 12. bis 23. Juni 2023 bisher Einmaliges, also Erstmaliges ab. Noch nie schwirrten in der deutschen Geschichte so viele Militärflugzeuge über den Köpfen der Bevölkerung wie in dieser Zeit. Militärflugzeuge hat es schon im Ersten Weltkrieg gegeben, mit heute im Vergleich in wesentlich geringerer Zahl. Was die Jagdflieger betrifft, sei an die Namen Richthofen und Göring verwiesen. Vor allem muß man sich den Namen Noske einprägen. Er ließ nach dem Ersten Weltkrieg sozialdemokratische Bomben aus Flugzeugen auf spartakistische Aufständische in Berlin abwerfen, ein Unterfangen, vor dem selbst der damalige preußische Innenminister zurückschreckte. Eine Jagdstaffel im Zweiten Weltkrieg umfaßte maximal 25 Flugzeuge. Neben militärischen Zielen wurde auch bewußt die Zivilbevölkerung bombardiert und getötet, was zu den Kriegsverbrechen zu zählen ist, die sich Imperialisten auch untereinander herausnehmen. Nur die sowjetische Luftwaffe griff rein militärische Ziele an, so daß die Zivilbevölkerung nicht betroffen war. Nach diesem Krieg wurde es ruhig am Himmel über Deutschland. Der Teil des deutschen Volkes, der unter US-amerikanischer Okkupation geriet, versank nach den Schockwellen der Hitlerzeit in eine religiöse, fast mittelalterliche Züge tragende Einkehr, die das bigotte Adenauer-Regime hervorbrachte. Derweil die SPD am reaktionären Godesberger Programm herumbastelte und ihre Handlangerdienste für das Kapital als Volkspartei tarnte. Die Ruhe am Himmel endete, nachdem ein Kriegsminister namens Franz-Josef Strauß, 1958 unter dubioser Vermittlung durch Herrn

Hauser Verbindung zur US-amerikanischen Rüstungsfirma Lockheed aufnahm und der Bundesluftwaffe den Starfighter (Sternenkämpfer) bescherte, ein Kampfflugzeug, das bald den Namen „Witwenröster“ erhielt, weil es durch regelrechte Absturzserien 116 Piloten den Tod brachte.

2018, also vor dem 24. Februar 2022, entwarf die Bundesluftwaffe als Reaktion auf die Krimaffäre von 2014 ein Szenario einer Verleugung, von der wir jüngst Zeuge wurden. Jede Einsatzart der Luftstreitkräfte wurde zusammen mit Luftwaffen aus 24 kapitalistischen Ländern mit insgesamt 250 Flugzeugen unter deutschem Kommando durchgeübt. Der schon genannte Strauß hatte nach dem Zweiten Weltkrieg geäußert, dem Deutschen solle die Hand abfaulen, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nähme. Und nun das. Es zeigt, wie es imperialistischer Ideologie gelingt, die öffentliche Meinung zu brutalisieren, Kriegsgeschehen zur Alltäglichkeit werden zu lassen, auch als eine Faschisierung, so daß die Menschen mit dem Gemetzel leben können und nicht irre werden; während Dialektiker wissen, daß die Gegensätze ineinander umschlagen: Pazifismus in militärische Muskelprotzerei, die jederzeit in brutale Kriegspraxis münden kann.

Es war die bisher größte Luftverleugung in der Geschichte der NATO unter Teilnahme von fast 10 000 Soldatinnen und Soldaten. Die USA stellten 104 Flugzeuge, die Bundeswehr 64. Dieses Kriegsspektakel der gegenseitigen Unterstützung habe mit dem Krieg um die Ukraine nichts zu tun, es trage einen rein defensiven Charakter, log uns der

Luftwaffeninspekteur Gerhartz vor. Dabei sind im Zusammenhang mit der Erweiterung der östlichen Bündnisflanke der NATO, die nach NATO-Versprechen eigentlich bei Görlitz verlaufen müßte, Luftvorstöße bis Rumänien und Estland vorgenommen worden. Ein Spiel mit dem Feuer, ein Spiel mit Menschenleben, das Kriegsplanern und Kriegsbetreibern keinen Pfifferling wert ist.

Nach dem Sieg der Roten Armee am 8. Mai 1945 hat es die deutsche Reaktion verstanden, insbesondere eine durch Iwan den Schrecklichen bewirkte westeuropäische Russophobie am köcheln zu halten. Die Wahlplakate der CDU warnten nach 1945 vor Sowjetrußland, so Adenauers Lieblingsausdruck, und zeigten Mongolengesichter. Das war faschistische Kontinuität, die deutsche Wochenschau sprach nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 von Horden aus den Steppen Innerasiens, die es zu vernichten galt. Annalena Baerbocks Ziel ist es, Rußland zu ruinieren. Und da trifft es sich gut, daß die deutsche Luftwaffenführung in ihrem Szenario einen Angriff der russischen Marine und Luftwaffe auf Rostock vorgesehen hatte.

Die Ideologen des Imperialismus blenden die Menschen mit der naiven, angeblich weltweit gültigen Kriegskonstellation, mit der Schablone, es gehe um den Kampf zwischen Gut und Böse, bunte, frische Demokratie versus graue und eintönige Diktatur, Totalitarismus und Autoritarismus. Doch es geht nicht um Demokratie versus Diktatur, es geht um die Verhinderung eines dritten Weltkrieges!

Heinz Ahlreip
Hannover

ARMAGEDDON*

Was mit Simulationen
Per Computer funktioniert,
Wird per Schlachtfeldaktionen
Ad absurdum vorgeführt.

NATO brüstet sich und rüstet
Ukrainertruppen auf.
EU-Kornkammer wird verwüstet.
Washington meint: Pfeif darauf!

Dritter Weltkrieg vor den Türen?
Ein verrücktes Narrativ.
Wer will uns dazu verführen?
Der, der nach mehr Waffen rief?

Die von fern auf Moskau zielen,
Sozusagen fern vom Schuss,
Sollten sich nicht sicher fühlen,
Sonst wo gern ihr Mütchen kühlen,
Jedoch nie am

Weltverdruss. Lasst es niemals so
weit kommen, Disputieren, gern
divers, Sonst erwischt es auch die
Frommen:
Finger weg vom Endzeitvers!

Lutz Jahoda
28.6.23



*In der Theologie wird der Begriff auch unter Harmagedon geführt und bezeichnet in der Bibel die Offenbarung des Johannes (Kapitel 16, Vers 16) die Ausgießung von sieben Schalen Zorn durch sieben Engel.

Der Gipfel von Vilnius

NATO-Gipfel beschließt konkrete Operationspläne für etwaigen Krieg gegen Rußland. Um die Aufrüstung dafür zu ermöglichen, muß viel stärker gerüstet werden. Ukraine erhält keine NATO-Beitrittszusage, aber Sicherheitsgarantien.

Zusagen der Bundeswehr

Bekräftigt hat die NATO auf ihrem Gipfel in Vilnius ihr neues Streitkräftemodell (NATO Force Model), das bereits auf dem NATO-Gipfel vom 28. bis zum 30. Juni 2022 in Madrid beschlossen worden war. Demnach sollen 300 000 Soldaten aus NATO-Mitgliedstaaten stets in hoher Bereitschaft gehalten werden; 100 000 von ihnen sollen binnen zehn, 200 000 binnen 30 Tagen eingesetzt werden können. Die Bundesregierung hatte damals zugesagt, die Bundeswehr werde rund 30 000 Soldaten in hoher Bereitschaft halten, die über 85 Schiffe und Flugzeuge verfügten. Im Ernstfall könnten sogar mehr deutsche Soldaten zur Verfügung gestellt werden. Das Bundesverteidigungsministerium räumte im Juli 2022 ein: „Insgesamt umfaßt das New Force Model nahezu die gesamten deutschen Streitkräfte.“ Zentrale Elemente der Planung sind acht NATO-Battlegroups, die in einem weiten Bogen um Rußlands Westen liegen und deren Standorte von Estland, Lettland und Litauen über Polen, die Slowakei und Ungarn bis nach Rumänien und Bulgarien reichen. Sie können je nach strategischer Lage bis auf Brigadestärke aufgestockt werden. Die Bundeswehr wird künftig eine solche Brigade in Litauen stellen; dabei sollen die deutschen Soldaten nicht rotieren, sondern dauerhaft in dem Land stationiert sein.

„Wie wir kämpfen wollen“

In Vilnius hat die NATO zudem neue Verteidigungspläne beschlossen. Dabei handelt es sich laut einem NATO-Mitarbeiter um „operative [...] Kriegspläne, die beschreiben, wie wir kämpfen wollen“. Berichten zufolge umfassen die streng geheim gehaltenen Pläne gut 4 000 Seiten. Sie sind in zweifacher Hinsicht aufgliedert. Zum einen beziehen sie die fünf Dimensionen heutiger Kriegführung ein – Land, Luft, See, Welt- und Cyberraum. Zum anderen sind sie geografisch in drei riesige Regionen geteilt. Die erste von ihnen erstreckt sich demnach von Nordamerika über den Atlantik und Großbritannien bis in den Hohen Norden; ihr zuständiges Hauptquartier liegt in Norfolk

(US-Bundesstaat Virginia). Die zweite Region umfaßt Deutschland, das nördliche Europa und insbesondere die Ostsee und die an sie grenzenden Staaten; das zugehörige Hauptquartier befindet sich in Brunssum in den Niederlanden. Die dritte Region mit Hauptquartier in Neapel umfaßt Südeuropa vor allem mit dem Mittel- und dem Schwarzen Meer. Wie berichtet wird, begann die Erstellung der Pläne bereits im Jahr 2018, also lange vor Rußlands Angriff auf die Ukraine. Nach dem formellen Beschluß in Vilnius, die neuen Verteidigungspläne umzusetzen, wird ab sofort mit den praktischen Vorbereitungen begonnen.

Immer mehr rüsten

Das neue Streitkräftemodell und die neuen Verteidigungspläne erfordern, wie die NATO konstatiert, eine massive Aufrüstung. Deshalb haben sich die Bündnismitglieder in Vilnius verpflichtet, in Zukunft mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) in ihre Streitkräfte zu investieren, davon wiederum mindestens ein Fünftel in „größere Ausrüstung“. Zuweilen werde es erforderlich sein, mehr als zwei Prozent des BIP in den Militäretat zu stecken, heißt es in der Gipfelerklärung – nicht zuletzt deshalb, weil die NATO ihren „technologischen Vorsprung“ sichern müsse. Im laufenden Jahr haben aktuellen Angaben zufolge elf Bündnisstaaten die Zwei-Prozent-Schwelle bereits überschritten, darunter Griechenland (3,01 Prozent), die Vereinigten Staaten (3,49 Prozent) und Polen (3,9 Prozent). Die Bundesrepublik liegt bei 1,57 Prozent, muß schon jetzt bei der Kindergrundsicherung sparen, bekräftigt aber, den Wehretat um die erforderliche zweistellige Milliardensumme pro Jahr aufstocken zu wollen. Um die gewünschte Aufrüstung sicherzustellen und nach Möglichkeit zu koordinieren, hat die NATO einen Defence Production Action Plan erstellt, auf den die Gipfelerklärung erneut hinweist. Er soll insbesondere die notwendigen „verteidigungsindustriellen Kapazitäten“ zu schaffen helfen.

Kein NATO-Beitritt

Dominiert haben den NATO-Gipfel die erbitert geführten Auseinandersetzungen um die NATO-Perspektive der Ukraine. Durchgesetzt haben sich die USA und die Bundesrepublik, die sich gegen eine feste Beitrittszusage, vor

wie auch nach Kriegsende, positioniert hatten. In der Gipfelerklärung heißt es nun weitgehend unverbindlich, „die Zukunft“ der Ukraine liege „in der NATO“. Dazu wird auf die Erklärung des NATO-Gipfels vom April 2008 verwiesen, auf dem der Ukraine und Georgien grundsätzlich die NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, aber nichts konkretisiert worden war; in den 15 Jahren seither ist die Ukraine einem Beitritt nicht wirklich nähergekommen. Um jeden Anschein eines etwaigen Beitrittsautomatismus zu meiden, heißt es in der Gipfelerklärung, man werde der Ukraine „eine Einladung“ zukommen lassen, „wenn die Verbündeten zustimmen“. Der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, hat öffentlich mit heftigem Unmut reagiert und der NATO „Unschlüssigkeit“ und „Schwäche“ vorgeworfen. Gestern haben die G7-Staaten Kiew als Ersatz für die ausgebliebene NATO-Beitrittszusage Sicherheitsgarantien zugesagt, die jeweils noch bilateral verbindlich festgezurrt werden sollen. Die Bundesrepublik ist in vollem Umfang an den Maßnahmen beteiligt.

Sicherheitsgarantien

Im Detail sehen die Sicherheitsgarantien dreierlei vor. Zum einen soll die Ukraine mit aller Macht hochgerüstet werden. Dazu zählt die Lieferung von Panzern und Flugabwehr, von Artillerie „und anderen Schlüsselfähigkeiten“. Dies ist mit einer massiven Ausweitung der Rüstungsproduktion auch in Deutschland verbunden. Zudem soll die rüstungsindustrielle Basis der Ukraine ausgebaut werden. Damit ist unter anderem der deutsche Rheinmetall-Konzern befaßt. Auch Militärausbildung und gemeinsame Manöver sollen intensiviert werden. Zum zweiten soll die Ukraine ökonomisch stabilisiert und widerstandsfähig gemacht werden. Dazu gehört besonders der Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes. Weiterhin wird dafür eine wohl dreistellige Milliardensumme veranschlagt. Zum dritten stellen die G7 Kiew unmittelbare Unterstützung technischer wie auch finanzieller Art in Aussicht. Letzten Endes soll die Ukraine so in die Lage versetzt werden, sich gegen einen künftigen erneuten Angriff selbst zu verteidigen – als ein ausgeblutetes und verarmtes, aber waffenstarrtes Land.

Quelle: *german-foreign-policy.com*, 13.7.23

Als erste im Krieg

Die Bundeswehr bildet zur Zeit über Island deutsche Piloten aus, um im Kriegsfall an vorderster Front fliegen zu können. Anfang August wurden deutsche Kampffjets dazu mehrmals täglich von der geostrategisch bedeutenden Insel zwischen arktischen Ressourcen und atlantischen Verbindungslinien eingesetzt. Berlin demonstrierte mit der Übung („Rapid Viking 2023“) seine sogenannten First Responder-Fähigkeiten.

Das deutsche Manöver hat im Vergleich zu multinationalen Übungen der NATO einen vergleichsweise geringen Umfang: Statt tausenden oder gar zehntausenden Soldaten mit hunderten Flugzeugen nehmen lediglich 30 Soldaten mit sechs Eurofightern teil. Dies allerdings ergibt sich aus dem Ziel der Übung: mit wenig Waffen und Soldaten so schnell wie möglich zu verlegen und vor Ort eine größtmögliche Wirkung zu erzielen;

„First Responder“ sind diejenigen, die im Konfliktfall als allererste vor Ort sind und eingreifen. Der Aufmarsch hunderttausender Soldaten mit schwerem Gerät folgt erst danach. Mit Übungen wie Rapid Viking positioniert sich Berlin in den NATO-Kriegsplänen an vorderster Front.

Aus: *german-foreign-policy.com*, 9.8.23

Die paramilitärischen Streitkräfte der Ukraine

Seit Beginn der Kampfhandlungen am 24. Februar 2022 betonte die russische Seite immer wieder, daß eines der Hauptziele der militärischen Spezialoperation die Entnazifizierung der Ukraine sei. Gleichzeitig begann in den Köpfen westlicher Politiker und Medienvertreter eine seltsame Art von partieller Amnesie zu grassieren: Dieselben Medien, die noch 2016 und 2018 über die weiße Verbreitung rechtsradikaler Symbolik und Denkweisen in paramilitärischen Einheiten der Ukraine berichteten, bagatellisierten nun den Einfluß rechtsradikaler Kräfte oder bestritten die Existenz rechten Gedankenguts sogar vollständig. Einheiten, die, wie z.B. das Asow-Regiment, bereits durch den intensiven Gebrauch von NS-Symbolik aus ihrer Gesinnung keinen Hehl machten, wurden nun in der Propaganda des Westens zu heroischen Freiheitskämpfern gegen die „bösen Invasoren“ stilisiert.

Die Geschichte der paramilitärischen Streitkräfte beginnt bereits 1991 mit der Gründung einer dem Innenministerium unterstehenden Nationalgarde mit einer Sollstärke von ca. 30 000 Mann. Diese erste Nationalgarde bestand bis zum Jahr 2000 und wurde dann in die 1992 gegründeten Truppen des Innenministeriums integriert. Ihre Wiedergeburt verdankt sie dem Maidan-Putsch und dem von ukrainischer Seite als „Annexion“ bezeichneten russischen Eingreifen auf der Krim. Als Reaktion darauf wurde mit dem Parlamentsbeschuß vom 12. März 2014 und dem einen Tag später publizierten Gesetz „Über die Nationalgarde der Ukraine 76876-VII“ eine neue Nationalgarde gegründet, die von Anfang an stark von rechtsnationalem, faschistoidem Gedankengut durchdrungen war. Asow-Regiment, Donbass-Bataillon ... die Liste der Einheiten der Nationalgarde liest sich wie ein „Who is who“ von Truppen, deren Mitglieder es durch brutale Kriegsverbrechen u.a. während des Donbass-Krieges zu trauriger Berühmtheit gebracht haben. Bestraft wurden sie dafür nie.

Beginnen wir unseren Überblick mit jenem Regiment, dessen Mitglieder eine bekannte deutsche Tageszeitung mit vier großen Buchstaben auf ihrer Titelseite als „Die Kämpfer von Asowstahl“ bejubelte.

Asow-Regiment

Die selbst im Westen (bis vor kurzem) als klar faschistisch bezeichnete Einheit wurde im Mai 2014 durch den fanatische Rechtsnationalisten Andriy Biletsky als Asow-Bataillon gegründet und am 11. November desselben Jahres in die Nationalgarde integriert. Die Tatsache, daß diese und ähnlich gesonnene Einheiten dem Innenministerium unterstanden, sollte selbst dem überzeugtesten Putin-Kritiker im Westen Beweis genug sein, daß die von russischer Seite immer wieder betonte Dominanz rechtsnationaler Kräfte in der Kiewer Führungsriege mehr als nur leeres Gerede ist. Sollte ...

In der von charismatischen rechtsnationalen „Rattenfängern“ geschürten, national-patriotischen Atmosphäre des Jahres 2014 fühlten

sich viele zum Kampf gegen alles Russische berufen. Es war die Zeit der Menschenjagden und brutaler Gewalt. Nicht alle Freiwilligen, die sich jenen Monaten einer der wie Pilze aus dem Boden schießenden, neu entstehenden paramilitärischen Einheiten angeschlossen, gehörten tatsächlich dem rechten Lager an. Viele hatten sich lediglich von der allgemeinen antirussischen Hysterie mitreißen lassen (gruppenspezifischer Effekt). Auf das Asow-Bataillon (später: Asow-Regiment) trifft das allerdings nicht zu. Das Regiment, dessen Basis in Mariupol lokalisiert war, galt



Michael Colborne: Aus den Feuern des Krieges. Die Asow-Bewegung der Ukraine und die globale extreme Rechte

von Anfang an als rechtsradikal. Der in seinen Reihen übliche exzessive Gebrauch von Nazisymbolik wurde selbst in westlichen Medien mehrfach thematisiert, ebenso die massive Beteiligung der Asow-Kämpfer an Folter und Kriegsverbrechen während des Donbass-Krieges. Genaue Zahlen über die Stärke des Regiments fehlen indes – Schätzungen gehen für die Jahre 2017 bis 2022 von 900 bis 2500 Kämpfern aus, die meisten davon aus der Ukraine.

Zwar wurde die rechtsradikale Ausrichtung des Asow-Regiments in den ersten Jahren seiner Existenz in den westlichen Medien mehrfach thematisiert, doch im selben Maße, in dem die Ukraine von der Vorkriegspropaganda regelrecht zum „Mustergarten der Demokratie“ aufgebaut wurde, verschwanden sämtliche Erwähnungen faschistischer Gruppierungen aus den Nachrichten. Umso bemerkenswerter ist das im März 2022 erschienene Buch „From the Fires of War: Ukraine's Azov Movement and the Global Far Right“ des kanadischen Journalisten Michael Colbourne. Diese wohl gründlichste Analyse des Phänomens Asows zeigt, daß Asow weit mehr als „nur“ eine paramilitärische Einheit ist – es ist eine Bewegung, die sich wie ein Krake ausbreitet und nationalistisches, rechtsradikales Gedankengut „salonfähig“ macht. Die Ziele der Asow-Bewegung faßt Colbourne wie folgt zusammen: „Sie wollen nicht nur die ukrainische, sondern auch die europäische Politik und Gesellschaft von Grund auf verändern. Olena Semenyaka, ehemalige internationale Hauptrepräsentantin der Bewegung, sagte mir in einem Interview: ‚Asow‘ müsse diesen psychologischen Widerstand gegen

nationalistische, rechtsextreme Ideen‘ in der ukrainischen Gesellschaft überwinden und dem entgegenwirken, was sie als ‚dämonisiertes Bild der extremen Rechten‘ bezeichnete. Auch wenn dieses Ziel nur eine Illusion ist, ist es ihnen gelungen, die Nadel so weit wie möglich nach rechts zu schieben. Ihre Rhetorik ist zunehmend akzeptabel geworden.“

Im Frühjahr 2022 verschanzte sich das Regiment unter Denys Prokopenko im Asow-Stahlwerk und verteidigte es mit verbissenem Fanatismus, ehe es am 29. Mai 2022 kapitulierte. Indes: Genau wie die siebenköpfige Hydra der griechischen Mythologie ist auch das Asow-Regiment äußerst zählebzig – noch am Tag der Kapitulation wurde in Charkiw ein neues Asow-Regiment gegründet, zunächst unter Anatolij Sidorenko, seit Juni diesen Jahres unter dem Kommando von Nikita Nadtochiiy. Das Regiment, vielmehr aber noch die Bewegung, lebt (leider) weiter – glorifiziert und hofiert vom Westen!

Donbass-Bataillon

Wie das Asow-Regiment untersteht auch das in Severodonetsk stationierte Donbass-Bataillon dem Innenministerium. Es handelt sich um eine der vielen Freiwilligeneinheiten, die in den blutigen Monaten des Jahres 2014 im Kampf gegen prorussische „Separatisten“ gegründet wurde (April 2014). Im Juni 2014 wurde es als 2. Spezialbataillon „Donbass“ in das 15. Regiment der Nationalgarde integriert.

Während des Donbass-Krieges 2014 zeichneten sich die Kämpfer des Donbass-Bataillons durch besondere Grausamkeit aus, vor allem auch gegen die Zivilbevölkerung des Donbass. Dabei trugen sie, um ihre Identität zu verschleiern, Balaclavas und schwarze Mäntel, was ihnen den Spitznamen „Men in Black“ einbrachte. Die Zahl der von den Mitgliedern des Donbass Bataillons und Asow-Regiments begangenen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen ist Legion. Hierzu zählen die von einer UN-Beobachtungsmission dokumentierten Mißhandlungen (inkl. Folter) der männlichen Bevölkerung von Ilovaisk ebenso wie die Gruppenvergewaltigung eines geistig behinderten Mannes, Raub, Plünderung, ja sogar das Erschießen von Zivilisten. Zur Verantwortung gezogen wurde keiner der Täter. Zwar standen mehrere Mitglieder des Bataillons wegen Plünderung, Vandalismus, Raub und anderen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung vor Gericht. Die Richter jedoch konnten dem von Semen Semenchenko, dem früheren Kommandanten der Einheit, ausgeübten politischen Druck nicht standhalten und sprachen alle Angeklagten frei.

Das Ukrainische Freiwilligencorps

Das im Juli 2014 gegründete Ukrainische Freiwilligencorps ist der paramilitärische Arm der ultrarechten Ukrainischen Rechtspartei. Dmytro Jarosch, der erste Kommandant des Corps, leitete bereits seit 2005 die ultrarechte paramilitärische Organisation Tryzub (s.u.). Heute fungiert Jarosch, der seine extremistische Einstellung nie aufgegeben hat, als

Berater des Generalstabs der Ukrainischen Streitkräfte.

Das Ukrainische Freiwilligenkorps rekrutiert sich zum Großteil aus rechtsnationalen Ukrainern, nimmt aber auch Freiwillige ohne eindeutige politische Ausrichtung, dafür aber mit einem äußerst weiten Gewissen, auf. Zum Corps gehören außerdem zwei ausschließlich aus Ausländern bestehende Bataillone: das „Scheich-Mansur-Bataillon“ der Tschetschenen und die aus Gegnern der Lukaschenko-Regierung bestehende „Taktische Einheit Belarus“.

Wie viele Kämpfer tatsächlich diesem ultrarechten Corps angehören, ist unbekannt. Bei seiner Gründung im Juli 2014 waren es nach eigenen Angaben etwa 5000 Mann, doch sind diese Zahlen nicht überprüfbar. Anders als die meisten anderen 2014 gegründeten neofaschistischen Freiwilligenbataillone wurde das Ukrainische Freiwilligenkorps nicht in die Nationalgarde integriert, sondern blieb bis heute unabhängig. Einer engen Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung tut das allerdings keinen Abbruch – auch und vielleicht gerade, weil das Corps von Anfang an die Vereinbarungen von Minsk II kategorisch ablehnte und seit acht Jahren kontinuierlich Angriffe auf die Zivilbevölkerung des Donbass durchführt.

Tryzub

Die ultrarechte paramilitärische Organisation, deren vollständiger Name „Stepan Bandera All-Ukrainische Organisation Tryzub“ ist, wurde bereits 1993 auf dem Kongreß der Ukrainischen Nationalisten gegründet. Das Hauptziel der Organisation ist die Schaffung einer von jedweden äußeren Einfluß (!) unabhängigen Ukraine. Imperialismus und Chauvinismus, Faschismus und Kommunismus, kurz, „jedes Übel, das sich wie ein Parasit vom Blut und Schweiß der Ukrainer nähren will“, sind ihre erklärten Feinde. Daß sie sich hierbei in starkem Maße der Hilfe aller möglichen dieser Feinde bedient, ist für Tryzub kein Widerspruch.

Die Organisation war maßgeblich am Maidanputsch beteiligt und besitzt seither maßgeblichen Einfluß in Politik und Militär. Dieser Einfluß spiegelt sich auch in der am 25. März 2021 durch Erlass des Präsidenten W. Selenskyj publizierten „Strategie der militärischen Sicherheit der Ukraine“ wider.

Exkurs: Die „Strategie der militärischen Sicherheit der Ukraine. Militärische Sicherheit – allumfassende Verteidigung“

Spätestens mit der Publikation der „Strategie der militärischen Sicherheit der Ukraine“ (in der Folge kurz „Strategie“ genannt) hätten bei den Regierungen der westlichen „Demokratien“ die Alarmglocken schrillen müssen. Die hier formulierten Zielstellungen und Leitlinien weisen rechtsnationale Züge auf, die zum Erreichen dieser Ziele entwickelten Strategien erinnern in fataler Weise an die aus dem Dritten Reich bekannte Gleichschaltung der Gesellschaft. Das erklärte Hauptziel – die „Vorbereitung und allumfassende Verteidigung der Ukraine auf

der Grundlage von Abschreckung, Standhaftigkeit und Zusammenwirken, welche die Integration der Ukraine in den euro-atlantischen Sicherheitsraum fördert und den Erwerb der NATO-Mitgliedschaft ermöglicht“ – stellt eine offene Provokation in Richtung Russische Föderation (RF) dar. Weiter heißt es: „Auf nationaler Ebene bleibt die RF ein militärischer Gegner der Ukraine, der eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine durchführt, vorübergehend das Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol und Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk okkupiert hat ...“ Die in der „Strategie“ wiederholt formulierte Zielsetzung, diese als abtrünnig empfundenen Gebiete gewissermaßen „heim ins Reich“ zu bringen, zeigt, daß das Kiewer Regime niemals gewillt war, die Bestimmungen des Abkommens Minsk II einzuhalten. Kritisches Denken oder gar mahnende Stimmen müssen auf jeden Fall verhindert werden. Eine maßgebliche Rolle wird daher „der patriotischen Erziehung der Bürger, der Verteidigung der Ukraine einen Volkscharakter zu geben und die Bereitschaft der Bevölkerung zur Verteidigung des Staates zu gewährleisten ...“ zugeschrieben. Die Priorität liegt auf der „militärpatriotische(n) Erziehung der Jugend“ und der „Einführung einer Ausbildung für Staatsbürger zur allumfassenden Verteidigung der Ukraine“. Wer sich hier an die Gleichschaltung der Gesellschaft in Hitlerdeutschland erinnert fühlt, geht sicher nicht fehl. Die militärische Ausbildung der Jugend (Gehirnwäsche inklusive) soll bereits in den Sekundarschulen beginnen.

Hinsichtlich der Versorgung mit modernster Waffentechnologie weiß man sich bei den „Freunden“ der NATO in den besten Händen, ebenso bei der „Ausbildung der Truppen, der Verbesserung der Führungssysteme, der Automatisierung, der logistischen, medizinischen und sonstigen Sicherstellung ...“ Und dann wundert man sich im Westen über die Reaktionen der Russischen Föderation?

Dr. Dörte Hansen

Literatur (Auswahl):

- *Interview zur Ukraine: „Asov verdankt seine Existenz dem Krieg“.* In: *Belltower news*, 23. Februar 2022. <https://www.belltower.news/interview-zur-ukraine-asov-verdankt-seine-existenz-dem-krieg-128347/> zuletzt abgerufen am 24.07.22.
- *„Azov needs a war“.* An Interview with Michael Colborne. In: *Violence Marker*, 29. Dezember 2021. <https://violence-marker.org.ua/en/2021/12/29/azov-needs-a-war-an-interview-with-michael-colborne/> (abgerufen 24.07.22)
- *Accountability for killings in Ukraine from January 2014 to May 2016.* Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), Mai 2016. https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/Countries/UA/OHCHRThematicReportUkraineJan2014-May2016_EN.pdf (abgerufen am 24.7.22).

AfD-Aufstieg

Die Koalition ist in Unruhe vor dem Umfragehoch und der Zustimmung, welche die AfD erreicht. Wieviel Heuchelei und Verlogenheit ist daran? Die Politik von CDU/CSU bis Ampel und darüber hinaus sorgen selbst für die Aufregerthemen, die niemandem anderes als der AfD und ihren Gesinnungsparteien mehr als dienlich sind. Sie müssen nichts selbst tun, nur die Stimmung der Bevölkerung auf die aktuelle Politik aufgreifen, die ihnen den Zuwachs bringt. Die Flüchtlingspolitik ist seit Jahren bestens geeignet, die Gemüter in Wallung zu bringen, weil die Regierenden wohlweislich nichts zu den Ursachen von Flucht und Vertreibung erklären und erklären wollen. Also macht sich die Bevölkerung ihr Bild und ihre Meinung aus dem, was ihr verschwiegen wird. Das müssen AfD und Co. nur aufgreifen und mit ihren völkischen Gedanken vervollständigen.

Dabei haben sie die Landesgrenzen längst überschritten und machen sich breit in Brüssels Haus, dessen Türen für rechte Einlaß Fordernde weit offenstehen. Was in diesem inkompetenten, korrupten Hause von zahllosen abgehalfterten Politikgescheiterten „geleistet“, beschlossen und ausgebrütet wird, darüber kann sich das Volk nur verwundert die Augen reiben. Die Übereinstimmung

mit der AfD erkennt jeder noch so politisch unbelastete Bürger. Auch den Stoff für das Verständnis legen die regierenden Parteien selbst dem Volke über BILD und ihresgleichen in den Mund mit indirekter Wahlempfehlung. Die meisten denken nicht tiefgründiger darüber nach, welche weitergehenden Konsequenzen auf sie zukommen könnten, wenn der AfD-Aufstieg nicht gestoppt wird. Aus einer eher kaum zur AfD passenden Friedenspolitik gegenüber dem Krieg in der Ukraine, kann sie Stimmen gewinnen. Die Linke macht es ihr noch einmal leichter, die auf die Linie „Krieg schafft Frieden“ eingeschwenkt ist. Da scheint Volk am ehesten kritisch zu werden. Zumindest noch. Jeder weitere Aufreger, wie jüngst die Freibäder und scheinbar lustenthemmte Ausländer, könnte nicht besser Dampf für den AfD-D-Zug machen. Wenn dann zahllose sorgenvolle Aussagen aus allen politischen Lagern erklingen, die vor zwei Diktaturen oder Faschismus warnen und beklagen, daß nichts gelernt worden sei, dann fehlen mir alle Worte angesichts der Dummheit und Unwissenheit derer, die sich klug und weise schätzen.

Die AfD lacht sich ins Fäustchen.

Roland Winkler
Aue

Zur politischen Situation in Polen

Die gegenwärtige politische Situation in Polen ist gekennzeichnet durch die seit 1989 fast 35jährige Herrschaft des bürgerlich-kapitalistischen Systems, den Sturz der Volksrepublik Polen und die systematische Vertiefung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit Polens von den kapitalistischen Staaten Europas, insbesondere vom vereinigten Deutschland, von der Europäischen Union, und weltweit von den Vereinigten Staaten von Amerika. Die

Parallel dazu vollzog sich seit 1989 ein intensiver Prozeß der sozialen, ökonomischen und politischen Zerschlagung der Volksrepublik Polen, der sich in der systematischen Zerstörung und Liquidierung des vergesellschafteten, insbesondere des staatlichen Sektors der Wirtschaft manifestierte. Die einst blühende Großindustrie wurde zerstört. Die mächtigen Kombinate wurden für den sprichwörtlichen Złoty an neue bourgeoise Eigentümer, vor allem aber

nieder, die die Klassenherrschaft der Bourgeoisie mit der Kategorie des polnischen Volkes verschleierte.

In Polen sind über 80 politische Parteien registriert, von denen etwa 60 politisch aktiv sind. Die politische Situation wird von einigen großen Parteigruppierungen dominiert, die mit den vorherrschenden politisch-wirtschaftlichen Kräften in Europa und der Welt verbunden sind. Die meisten von ihnen sind aus der Solidarność hervorgegangen und repräsentieren die Antithese zu Volkspolen und zum Sozialismus mit den Slogans „Verbesserung des Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ oder „Reformkapitalismus“. Heute sind diese Losungen völlig in Vergessenheit geraten, es regiert die brutale bürgerlich-kapitalistische Realität. Das erste Lager, das sich selbst als „demokratisch-liberal“ bezeichnet, wird vor allem von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska), früher Demokratische Union (Unia Demokratyczna), unter ihrem Vorsitzenden Donald Tusk vertreten, der früher Abgeordneter, Ministerpräsident Polens und Präsident des Europäischen Rates war und auch als Präsident der Christdemokratischen Internationale fungierte. Die Bürgerplattform und ihr Vorsitzender sind die Partei der in- und ausländischen Großbourgeoisie, die sich voll und ganz mit der Integration Polens in die Europäische Union identifiziert und in Deutschland den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Akteur sieht. Die liberalen Kreise der polnischen Bourgeoisie sind der Ansicht, daß die Zukunft Europas eine rasche Umwandlung der EU in einen starken europäischen Superstaat erfordert, was zur Zeit im Projekt einer neuen Europäischen Föderation seinen Ausdruck findet. Die wichtigsten Zentren der Liberalen sind die großen Städte, vor allem Warschau, Gdańsk, Poznań, Łódź, Wrocław.

Das zweite große parteipolitische Lager ist die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Sie ist die Partei des Mittel- und Kleinbürgertums, zu der die zahlreichen polnischen Kleinbürger nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land gehören. Ideologisch handelt es sich um eine Gruppierung, die sich zu christdemokratischen Prinzipien und Werten bekennt und in Polen eng mit der römisch-katholischen Kirche zusammenarbeitet. Um die PiS herum gibt es weitere reaktionäre nationalistische Gruppierungen, die die sogenannte Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica) bilden. Dabei handelt es sich um sozial rückschrittliche, konservative Gruppierungen, deren Fortschrittsfeindlichkeit fast schon exotische Züge annimmt. Dies gilt insbesondere für die Gruppierung Solidarische Polen (Solidarna Polska), die von Zbigniew Ziobro (Generalstaatsanwalt und Justizminister) angeführt wird, der sich unlängst dadurch einen Namen gemacht hat, daß er beim Verfassungsgericht das Verbot der Kommunistischen Partei Polens beantragte. Die Hochburgen der PiS sind das konservative



Deutsche und polnische Arbeiter beim Bau des Pumpspeicherwerkes Markersbach in der DDR 1975

se Staaten haben Polen effektive Formen der wirtschaftlichen, politischen und vor allem militärischen Vorherrschaft auferlegt, insbesondere durch die Integration Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Staaten in die NATO. Polen wurde zu einem abhängigen Land des westlichen Kapitals, verlor seinen früheren Status als souveräner Staat und wurde zu einer Art Halbkolonie Deutschlands, der Europäischen Union und der USA.

In der Folge war Polen gezwungen, wirtschaftspolitische Prioritäten zu setzen, die den Interessen der großen kapitalistischen Konzerne entsprachen, und in den internationalen militärischen Beziehungen eine expansionistische Politik zu betreiben, die den Interessen der USA und ihrer Militärpakte, vor allem der NATO, gerecht wurde. Dies drückt sich nicht nur in der NATO-Mitgliedschaft selbst aus (seit 1989), sondern auch darin, daß Polen zur Entsendung von „Militärmissionen“ an exotische Kriegsschauplätze im Nahen Osten, in Afghanistan und Afrika gezwungen wurde, und daß Polen vor allem zum wichtigsten militärpolitischen Stützpunkt an der sogenannten Ostflanke der NATO und in der politischen und militärischen Auseinandersetzung der USA und der EU mit der Russischen Föderation entwickelt wurde.

an ausländisches Kapital verkauft, was zu weiteren Vernichtungen und Einschränkungen führte. Sie wurden als Konkurrent, weil angeblich unrentabel, liquidiert, in Wirklichkeit jedoch, weil sie die Vorherrschaft des ausländischen Kapitals auf den neuen internationalen Märkten bedrohten. Es wird geschätzt, daß in Polen etwa fünf Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden. Es fand eine regelrechte Deindustrialisierung der polnischen Wirtschaft statt. Es kam zu einer Massenarbeitslosigkeit. Mehr als 2,5 Millionen junge, gut ausgebildete Arbeitslose suchten ihr Heil in westlichen Ländern (England, Deutschland, Irland u. a.) als neue sogenannte Gastarbeiter. 2,5 Millionen ältere Beschäftigte wurden aus den liquidierten Betrieben entlassen und in vorzeitige Hungerrenten geschickt (umgangssprachlich „kuroniówki“ genannt, nach dem damaligen Arbeits- und Sozialminister Kuroń).

Die Werktätigen, vor allem die Arbeiterklasse, wurden ihrer Souveränität beraubt und zu Bittstellern des Großkapitals, vor allem des ausländischen Kapitals, degradiert. Die wiederauferstandene nationale Bourgeoisie und ihre Auftraggeber in Gestalt der internationalen Finanzwelt wurden zur herrschenden Klasse. Dies schlug sich bald in der neuen Verfassung der Republik Polen

Ost- und Zentralpolen, kleinbürgerlich, bäuerlich und kirchenfreundlich.

Das dritte Lager ist die Linke im weiteren Sinne, die in den letzten Jahren einen einst großen Teil ihrer Unterstützung in der Bevölkerung verloren hat. Zwei Amtszeiten lang (1995 bis 2005) gewann Aleksander Kwaśniewski für sie die Präsidentschaftswahlen. Dies war das Ergebnis einer tiefen Desillusionierung der großen Wählerschaft der Arbeiter und Bauern über die Politik der Post-Solidarność-Regierungen. Im Ergebnis wurden diese Wähler von der reaktionären Partei Recht und Gerechtigkeit übernommen.

Die polnische Neue Linke (Nowa Lewica) besteht gegenwärtig aus drei Parteien: „Linke“, „Frühling“ und „Gemeinsam“. Offiziell hat sie rund 20 000 Mitglieder. Vorbild der Neuen Linken ist der sogenannte skandinavische Sozialismus.

Das vierte Lager bilden die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe PSL) und weitere kleinbürgerliche Gruppierungen, die einen Teil des traditionellen Bauerntums vertreten. Nach 1989 wandelte sie sich von der ehemaligen prosozialistischen Vereinigten Volkspartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe) zu einer Partei der reichen Bauern und wurde zu einem Befürworter der kapitalistischen Transformation. Gleichzeitig unterhielt sie enge Beziehungen zur katholischen Kirche. Gegenwärtig verliert die PSL aufgrund der raschen Umwandlung des ländlichen Raums in große Familienbetriebe (Farmen) und der Auflösung der früheren kleinbäuerlichen Landwirtschaft an Bedeutung. In Zentral- und Ostpolen, wo die traditionelle Agrarwirtschaft und das vorherrschende katholische Weltbild fortbestehen, hat die PSL nach wie vor erheblichen politischen Einfluß.

Das fünfte Lager bildet die Kommunistische Partei Polens (Komunistyczna Partia Polski KPP), die sich klassenmäßig von den anderen unterscheidet, und die, obwohl zahlenmäßig klein, vom Regime systematisch verfolgt wird. Kürzlich wurden der Vorsitzende des Zentralkomitees und zwei weitere führende KPP-Funktionäre wegen Propagierung des „Kommunismus“ und eines „totalitären Staatssystems“ zu Strafen nach dem Strafgesetzbuch verurteilt. Kurz darauf beantragte der Generalstaatsanwalt der Republik Polen beim Verfassungsgericht das Verbot der KPP. Diese Tatsachen beweisen, daß die zahlenmäßig kleine KPP von den herrschenden Kreisen der Bourgeoisie als eine große Bedrohung für ihre Herrschaft angesehen wird.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Polens betrug in 2022 drei Billionen Złoty (730 Mrd. Euro). Das jährliche Wachstum beträgt 5 %. Polen nimmt den 6. Platz in der EU nach Kaufkraft (fast 40 Millionen Verbraucher) und den 5. und 6. Platz nach Fläche und Bevölkerung ein. Es gibt große Unterschiede in der regionalen Entwicklung. Beim Sozialeinkommen belegt Polen Platz 19 in der Europäischen Union, das sind 79 % des EU-Durchschnitts. In dieser Hinsicht ist Polen das Schlußlicht der EU-Länder, das kürzlich von Portugal überholt wurde und sich

Spanien annähert, ohne die neuen EU-Mitglieder wie Bulgarien und Rumänien zu berücksichtigen. Die Ökonomen sagen, Polens Wirtschaft ist stärker geworden. In den späten 80er Jahren betrug der polnische Export für Devisen etwa 10 Milliarden Dollar und im Jahr 2022 365 Milliarden Dollar. 1989 brauchte Polen vier Jahre, um seine Schulden zurückzuzahlen, heute dauert das nur noch wenige Wochen.

Die Wirtschaft und die Beschäftigungsstruktur haben sich in den letzten 30 Jahren grundlegend verändert. Die Arbeitslosigkeit wurde zum Teil durch die massive Abwanderung junger Menschen in den Westen und durch die erzwungene Verrentung von Millionen älterer Beschäftigter unter Kontrolle gebracht. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen und hat sich bei 1 bis 0,5 Millionen stabilisiert. In einigen Regionen herrscht Arbeitskräftemangel. Bezüglich der massiven Beschäftigung von Flüchtlingen aus der Ukraine – mit unterschiedlichem formalem Status – schwanken die Angaben zwischen zwei und fünf Millionen.

Das Rentenalter liegt in Polen nach wie vor bei 60 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer. Versuche, das Rentenalter für beide Geschlechter auf 70 Jahre anzuheben, wurden von der Partei Recht und Gerechtigkeit nach ihrer Machtübernahme 2015 blockiert.

Nach 1989 hat sich in Polen eine tiefe soziale und klassenmäßige Zersplitterung der Gesellschaft vollzogen. Es entstand eine kleine Gruppe von Millionären und Milliardären, in deren Händen sich die Hälfte des nationalen Reichtums befindet. Der größte Teil des Reichtums gehört jedoch dem ausländischen Großkapital. Es entstand eine reiche und einflußreiche Klasse der neuen Bourgeoisie, die großen Einfluß auf die Politik vor allem der Bürgerplattform und ihres Vorsitzenden Donald Tusk hat. Aus diesen Gründen werden sie von deutschen Politikern und dem Großkapital als wichtige Garanten für den deutschen und europäischen Einfluß in Polen angesehen.

Die andere Seite der fortschreitenden und sich vertiefenden sozialen Zersplitterung bilden die Massen der Lohnarbeiter, des alten Proletariats und des neuen Prekariats, die zu unregulierten, häufig längeren Arbeitszeiten und sehr oft ohne formellen Arbeitsvertrag (Leiharbeiter) beschäftigt werden. Infolge der Verbreitung der kleinbürgerlichen und antikommunistischen Ideologie in den Reihen der Arbeiterklasse durch die Solidarność wurde das Bewußtsein, Hausherr im volkseigenen Betrieb zu sein, geschwächt und gebrochen. Die Arbeiter wurden des Gefühls beraubt, der Souverän zu sein, nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im Staat. Die meisten von ihnen wurden später arbeitslos und verstärkten die Reihen der neuen polnischen Armut, die in die Millionen gingen. Das Phänomen der Obdachlosigkeit und des Bettelns wurde spürbar und nahm zu. In jüngster Zeit wurde dieser Prozeß durch eine neue Welle wachsender Armut infolge des Zustroms von Millionen von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine verschärft.

Der Lebensstandard in Polen ist niedrig, meist durchschnittlich, selten wohlhabend oder luxuriös. Zu den letztgenannten Kategorien gehören die kleine Gruppe der neuen Bourgeoisie (1 bis 1,5 %) sowie mit durchschnittlichem Lebensstandard die Gruppe der sogenannten mittleren Bourgeoisie (die sich selbst gerne als „Mittelklasse“ bezeichnet, ca. 9 %) und die untere Schicht des traditionellen Kleinbürgertums (selbständige Handwerker und neue Berufe, die für die wachsende „elektronische Gesellschaft“ notwendig sind, ca. 20 %). Je weiter man in Polen nach Osten kommt, desto deutlicher kommt die frühere rückständige Einkommensstruktur zum Vorschein.

Im Jahr 2022 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen in der Gesamtwirtschaft 5540 Złoty (ca. 1341 Euro). Dabei ist zu beachten, daß 70 % der erwerbstätigen Bevölkerung Löhne unterhalb des Durchschnitts von 5540 Złoty erhalten. Vor kurzem hat der Sejm im Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen im Herbst ein ganzes Paket von Erhöhungen beschlossen. Die Lohnerhöhungen können mit der Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten jedoch nicht mithalten, die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verliert in diesem Wettlauf, die soziale Unzufriedenheit wächst. Experten gehen davon aus, daß dies einen erheblichen Einfluß auf den Rückgang der Wählerstimmen für die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) im Herbst haben wird. Man darf auch nicht vergessen, daß 2024 die Wahlen des Staatspräsidenten, die Wahlen zum Europäischen Parlament und Kommunalwahlen anstehen. Es ist davon auszugehen, daß die Ergebnisse dieser Wahlen die politische Landschaft in Polen nachhaltig beeinflussen und neu ordnen werden und über den Austritt Polens aus der Europäischen Union entscheiden können, was der Beginn ihres Zerfalls oder einer Änderung des Systems ihrer weiteren Integration bedeuten kann („Europa der zwei Geschwindigkeiten“). Für einen Sieg der PiS spricht, daß sie als Regierungspartei über wirksame finanzielle und wirtschaftliche Mittel verfügt, um die Gunst der Wähler zu gewinnen und sie sogar zu bestechen. Es handelt sich um die bewährten Methoden der Verteilung von Gütern, d. h. die Erhöhung der Leistungen für arme, insbesondere kinderreiche Familien, Rentner und Pensionäre, die aus Haushaltsmitteln bezahlt werden. Die PiS wird generell von der katholischen Kirche unterstützt und die Wähler erhalten in den Beichtstühlen und von den Kanzeln klare Signale, wem sie ihre Stimme geben sollen. Das heißt nicht, daß der Klerus einheitlich hinter der PiS steht, aber in Grenzsituationen – und Wahlen gehören dazu – wird er eine dezidiert christliche und sogar zum Faschismus neigende Partei stark unterstützen. Gegenwärtig wird in Polen eine massive nationalistische (faschistoide) Propaganda über reale und erfundene Bedrohungen seitens der Europäischen Union angeheizt.

Prof. Dr. habil. Zbigniew Wiktor
Wrocław

Aus dem Polnischen von Jörg Eisenträger

Chile heute – 50 Jahre nach dem Militärputsch

Ein kleines Land, hinter großen Bergen an einem Ende der Welt, mit Blick zum Meer. Mit diesen Worten beschreiben die Chilenen die verträumte Abgeschiedenheit des Landes; die Hoffnung auf die große Welt, den Stolz auf ihr geliebtes Vaterland.

Doch es waren die historischen Ereignisse, die Chile in unser aller Blickfeld gerückt haben. Schon allein, daß dort ca. 37 % der Kupfererz der Welt vorkommen, weckte die Begehrlichkeiten der führenden Industriestaaten, vor allem der USA. Es ist auch der wichtigste Wirtschaftsfaktor Chiles.

Die zugespitzten sozial-ökonomischen Widersprüche und eine gereifte und in Parteien gut organisierte Arbeiterklasse, wählte 1970 erstmals eine sozialistisch orientierte Regierung. Das Ziel war die Verbesserung der sozial-ökonomischen Verhältnisse und die Errichtung eines Sozialismus chilenischer Art, mit „*empanadas und vino tinto*“, gestützt auf das Potential der linken Parteien, Gewerkschaften und die ärmeren Schichten des chilenischen Volkes. Wir wissen aber auch, daß eine Revolution nur so lange hält, wie sie sich zu verteidigen weiß. Denn vom ersten Tage an begann die wirtschaftlich dominante, bürgerlich konservative Opposition, die ökonomischen Strukturen des Landes zu sabotieren. Es setzte eine Kapitalflucht ein, Transport und Handel kamen zum Erliegen, Engpässe in der Versorgung provozierten Ängste. Populistische Kräfte der einflußreichen Mittelschicht organisierten Krawalle. Die sich zuspitzenden Widersprüche und chaotischen Zustände brachte die Regierung in eine bedrohliche Zwangslage. Dieser Prozeß wurde von den USA gezielt geschürt und unterstützt. Der Weltkupferpreis sank erheblich. Die Regierung Nixon befürchtete, daß in einem weiteren Lande Südamerikas, eine sozialistische Gesellschaftsordnung entstehen könnte. In dieser Situation wuchs die Hoffnung der Regierung Allendes auf die Unterstützung des Militärs zur Wahrung von Ruhe und Ordnung im Lande. Der ideologische Differenzierungsprozeß teilte aber auch die Militärs. Er bestand zwischen den Mannschaften und den Offizieren, spaltete aber auch die Offizierskorps aller vier Waffengattungen. Der „*Tancazo*“, ein Putschversuch einer Panzereinheit und der Mord an dem Oberkommandierenden General Schneider, waren erste Anzeichen dafür, daß die rechtsradikalen Kräfte im Offizierskorps eine Machtübernahme vorbereiteten. Der Anstoß zum Militärputsch vom 11. September 1973 kam letztendlich vom damaligen Präsidenten der USA Richard Nixon selbst. Die Regierung der Unidad Popular (UP/Volkseinheit) wurde gestürzt, der gewählte Präsident Salvador Allende fand dabei den Tod. Die Militärs versetzten das Land in einen kriegsähnlichen Zustand. Sie verfolgten alle progressiven Kräfte, verhafteten, folterten und mordeten jeden Verdächtigen. Funktionäre und Sympathisanten der UP flüchteten in diplomatische Vertretungen, um sich vor dem Terror der Militärs zu retten. Mit einer mutigen Operation der HVA des MfS wurde der von den Militärs meistgesuchte Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles, Carlos Altamirano, über

die Kordilleren nach Argentinien geschleust. Vielen UP-Anhängern wurde bei ihrer Flucht, auch ins Asyl in die DDR, geholfen.

Die Militärjunta unter General Pinochet unterdrückte danach jede politische Regung und Aktivität.

Gut ausgebildete Offiziere gelangten in viele Schlüsselpositionen, Kader der Universität Chicago wurden als Wirtschafts- und Finanzexperten eingesetzt. Die von den Bajonetten geschaffene „Friedhofsruhe“ garantierte eine ungehinderte Entfaltung des einheimischen, vor allem aber von außen einfallenden vagabundierenden Finanzkapitals. Das Wirtschaftskonzept des Neoliberalismus, eine Art Turbokapitalismus, konnte sich in Chile ungehindert entfalten. Es folgte die Privatisierung der gesamten Infrastruktur, fast aller produktiven Unternehmen, Betriebe und Institutionen. Das Land erlebte einen enormen finanzwirtschaftlichen Aufschwung. Das revolutionäre Potential wurde dadurch entschärft.

Die Diktatur unter Pinochet konnte 17 Jahre bestehen. Danach wurde sie von einem zivilen Parteienbündnis abgelöst. Demokratische, progressiv geprägte Wahlbündnisse übernahmen die Regierungsgewalt. Natürlich flankiert von den auf finanzökonomische Vorteile bedachten Kreisen der eigenen erstarkten Finanzkonsortien. Sie stellte schließlich auch den Präsidenten (Pinerä).

Von alledem profitierten nun auch Kader der ehemaligen Linken, vor allem Sozialisten, die im Exil Kenntnisse und Titel erworben haben. Man begegnet ihnen in Funktionen auf allen Ebenen des Staatsapparats. Darunter sogar eine Präsidentin (Michelle Bachelet), die in der DDR gelebt und studiert hatte.

Indirekt dominierten rechtskonservative Kräfte die Wirtschaftsmacht und auch die Präsidentschaft im Lande. Die linke Opposition verlor spürbar an Einfluß. So erhielt die KP Chiles bei Wahlen kaum 5 %, was auch mit dem Zerfall der sozialistischen Länder zusammenhängen dürfte.

Die weltweit beschleunigte Entwicklung des Personen- und Warenverkehrs (Flug und Schiffsverkehr) erbrachte auch für Chile eine zunehmende Anbindung an den Weltmarkt. Chilenisches nationales Kapital expandierte sogar in lukrative Unternehmen der Nachbarländer. Das Land selbst erfuhr einen enormen Aufschwung, vor allem der Infrastruktur, durch Investitionen in allen führenden Wirtschaftszweigen, wie Bergbau, Landwirtschaft, Fischerei und auch den Tourismus. Ausländische Wirtschafts- und Finanzunternehmen errichteten eigene Filialen in Santiago und anderen Städten. Das kleine Land wurde zu einer führenden und hoch entwickelten Volkswirtschaft.

Gleiche Tendenzen und Bestrebungen zeigen sich in unterschiedlicher Form in vielen ehemals kolonial ausgebeuteten Ländern, besonders in Lateinamerika. Es reifen Erkenntnisse und Strategien, sich der Abhängigkeit, Jahrhundertlang dauernder Ausbeutung durch die ehemaligen Kolonialmächte und finanzstarken Industrienationen, vor allem der USA, zu entziehen.

Unverkennbar wirkt hier auch die Entwicklung der VR China als Vorbild. China wurde Jahrhunderte von den Kolonialmächten des Westens unterdrückt und ausgebeutet. Heute ist China eine führende Wirtschaftsmacht und wichtigster Handelspartner Südamerikas.

Dieser Sinneswandel ist vor allem in den Ex- und Importströmen zu erkennen. So sank der Umsatz mit den USA und Westeuropa stark, demgegenüber stieg der Handel mit der VR China, Japan, Südkorea und vor allem auch mit den Nachbarländern. Man will endlich Beziehungen auf Augenhöhe und eine eigenständige, eigenständige Außen- und Handelspolitik.

Aber auch solche Prozesse brauchen Zeit, um sich vorteilhaft zu entwickeln.

Wenn auch der Versuch, einen sozialistischen Weg zu gehen, in Chile nicht gelungen ist, so kann man doch gewiß sein, daß künftige Generationen an diesem Versuch anknüpfen werden.

Rudolf Herz
Berlin

Die bleibenden Tage von Genua

Wir tanzen hinein in bewegte Zeiten
Während die Morgensonne einer neuen Zeit
sich Bahn bricht, auf all die farbenfrohen jungen
Gesichter, die die Welt zum Besseren tragen
wollen, strömen unsere vielstimmigen
Gesänge zu den Bollwerken der Angst, hinter
denen sich unsere Repräsentanten verschanzen.
Die Schilder ihrer Ordnung drängen
aus allen Richtungen mit erbarmungslosem
Taktschlag auf uns zu. Weiß getünchte Hände
heben sich zum Himmel, es ist Stärke in
aufsteigender Beklemmung, Lieder der Hoffnung
anzustimmen
Wie konnten wir denn dies erahnen?
Im Mittagszenit erfüllte ein Schuß, entschert
vom Regime der Abschreckung, die Luft des
tränenreichen Gases, und all die Gesänge für
eine bessere Welt wurden erstickt in den engen
Gassen Genuas. Schreie, eingetüncht im
tränenreichen Wimmern und immer wieder
sein Name. Wie ein Menetekel der Schule des
Grauens, die uns noch bevorstand und alles
überdauerte, waberte Er durch den dichten
Nebel des durchgesetzten Chaos zu uns, während
wir vor dem Mythos einer friedlichen
Weltordnung fortrannten.

In der Dämmerung des Zeitenwechsels, welcher
Rat bleibt uns zu geben für euch?

Ihr, die nachwachsenden Weltverbesserer,
die ihr heraustretet aus dem Nebel, vergeßt
nicht die ungezählten Schlachten, die wir
heroisch verloren. Legt nicht nieder die Träume,
die wir schon lange nicht mehr träumen.
Verlernt nicht die Lieder, die wir einst mit
Inbrunst auf dem unbefleckten Marktplatz
der Ideen sangen. Doch vor allem verhärtet
nicht eure Herzen, denn nur dann kann die
Liebe zur Welt in all ihrer Mannigfaltigkeit
sprießen.

Benjamin Lapp

Gewidmet Carlo Giuliani
* 14.3.1978 – † 20.07.2001

Nicaragua auf der internationalen Bühne

„Nicaragua erweist sich als geografisch kleines, aber politisch großes Land. Es weicht nicht bei jeder politischen Konfrontation vom Kurs ab, es gibt keinem Druck nach, es jagt keinem Gefallen hinterher, es kniet vor niemandem nieder. Nicaragua heißt Sandinismus, nicht mehr und nicht weniger.“ So urteilte der italienische Schriftsteller und Journalist Fabrizio Casari in seinem Report „Nicaragua auf der internationalen Bühne“ über das zentralamerikanische Land nach den Besuchen des russischen Außenministers Lawrow und des Präsidenten der chinesischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit Luo Zhaohui in Nicaragua. Sie haben das Land erneut in den Mittelpunkt des politischen und strategischen Tableaus Zentralamerikas gehoben.

Wirtschaftlich-kommerziell betrachtet, vereinbarten die beiden Länder neue und wichtige Handelsabkommen mit Managua. Der Kurs der nicaraguanischen Regierung verbessert kurz- und mittelfristig die Aussichten für die nationale Wirtschaftsentwicklung. Tatsächlich wird sich das Echo dieser Vereinbarungen in höherer Produktivität, mehr Arbeitsplätzen und einer größeren Beteiligung ausländischen Kapitals äußern. Die Handelsabkommen mit Rußland und China beflügeln die Dynamik der nicaraguanischen Wirtschaft. Im Bauwesen, in der Energiewirtschaft, auch bei der Atomenergie für friedliche Zwecke, in der Verteidigung und im Tourismus geht es voran. Der Export von landwirtschaftlichen und Fischereierzeugnissen sowie der Import von Weizen, LKW und Bussen, Düngemitteln und Pharmazeutika nehmen zu.

Politisch betrachtet zeigen die Vereinbarungen, daß Nicaragua die Idee der Zusammenarbeit, Unterstützung und des Imports/Exports der beiden eurasischen Giganten teilt. Die generelle Idee besteht darin, daß es keine Schranken für Handelsbeziehungen zwischen Ländern gibt, die nach dem Prinzip des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung ihrer Werte agieren. Grundlegend ist für sie, auf gegenseitige Bedürfnisse einzugehen. Die Modalitäten, nach denen die Zusammenarbeit erfolgt, dürfen auf keinen Fall die Einmischung in die Durchführung der Wirtschaftspolitik des einen gegenüber dem anderen vorsehen. Das betrifft auch die Kreditlinien.

Die Handelsbeziehungen zwischen Managua und Peking wurden im TCL-Abkommen systematisiert, das nun Gestalt annimmt. Als Krönung des Abkommens wird Nicaragua in die globale „Belt and Road“-Initiative eintreten, die als das größte jemals geplante internationale Infrastrukturprojekt gilt. Zwar liegt das Projekt des Interozeanischen Kanals noch auf Eis. Es ist jedoch zu beobachten, daß viele Vorhaben des Straßen- und Brückenbaus, des Ausbaus der Häfen, der Tourismuszentren und Urlauberdörfer sowie der Einrichtungen des Gesundheitswesens zum Infrastrukturteil des Kanalprojekts gehören.

Aus strategischer Sicht wäre der Beitritt Nicaraguas zu BRICS+ ein außerordentlicher Erfolg. Die Beitrittsentscheidung Nicaraguas steht also im internationalen Kontext mit großen Perspektiven, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Der nicaraguanischen Regierung ist bewußt, daß die BRICS-Bewegung von heute das Bekenntnis der neuen Welt ist, die alte abzulösen. Sie hat erkannt, daß diese Bewegung die wirt-



schaftliche Entwicklung als wirksames Gegenmittel auf den Ausschluß ganzer Regionen des Planeten aus der Weltwirtschaft darstellt. Das löst Konflikte mit den USA und der EU aus, die den Planeten als ihre vergrößerte Kolonie betrachten. 35 Länder und 72 Prozent der Weltbevölkerung sind von den einseitigen und unrechtmäßigen Sanktionen und Embargos der USA und der EU betroffen. Nicaraguas Regierung weist darauf hin, daß die Weltwirtschaft nicht erstickt werden darf, um das quälende US-Raubtiermodell zu füttern und die unipolare Vorherrschaft zu schützen.

Mit dem Beitritt zu BRICS+ verbindet Managua Wirtschaftswachstum und strategische Unabhängigkeit. Die Festigung der Handelsabkommen hat den Vorteil, Nicaraguas Exportportfolio zu differenzieren und es dem Land zu erlauben, den möglichen Schwankungen in der Nachfrage zu begegnen. Außerdem weicht das Land eventuellen Handelsbeschränkungen und neuen Sanktionen aus, die von den USA und der EU verhängt werden könnten.

Der Beitritt zur „Belt and Road“-Initiative und BRICS+ eröffnet ein neues Kapitel für Nicaragua. Gestärkt durch seine Mitgliedschaft in Konsortien von weltweiter Bedeutung, erhält es eine völlig andere Projektion. Während die Beibehaltung und Stärkung seines produktiven Modells auf der Basis der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Familienwirtschaften das gleichbleibende Wirtschaftswachstum garantieren, ist eine wesentliche Veränderung ihrer politischen und finanziellen Dimension, die sich sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene widerspiegelt, zu beobachten. Nicaragua ist ein Kandidat für einen Platz im regionalen Gleichgewicht und für eine Pionierrolle in der kontinentalen Gruppe. Der politische Aspekt des

Abkommens besteht darin, daß Nicaragua Teil eines internationalen Zusammenhalts wird. Die Ära der US-Unipolarität, die sich nach 1989 auch auf Nicaragua ausdehnte, geht zu Ende. Der neue Rahmen ermöglicht Managua eine andere Beziehung zu seinen Nachbarn, zum Südkegel und sogar zu den USA. Der internationale Prozeß der Neuausrichtung ist im Gange. Nicaragua beteiligt sich daran mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und mit der Stärke einer in den letzten 16 Jahren erworbenen politischen Zuverlässigkeit.

Wenn die beiden Giganten politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kooperative Assoziierungsabkommen mit Nicaragua unterzeichnen, dann deshalb, weil das Land gezeigt hat, daß es ein neues Maß an wirtschaftlicher und sozialer Effizienz erreicht hat und weil es sein politisches Profil festigen konnte. Das Land reagierte auf die Destabilisierungsversuche von außen und innen. Es stärkte die Souveränität seines politischen und institutionellen Systems durch Konsens und Machtanwendung. Die sozialökonomische Politik und die staatliche Institution waren die

Achsen des verfassungsmäßigen Vorgehens, das die Unabhängigkeit und nationale Souveränität Nicaraguas und seine Unempfindlichkeit gegenüber Möglichkeiten der Annexion durch die USA, wie sie von der nationalen Oligarchie und der kirchlichen Hierarchie gewünscht wurde, sicherte. Jedoch bleibt Nicaragua aufgrund seiner politischen Haltung im Fokus der Washingtoner Aggressionspolitik.

Der russische Außenminister Lawrow erklärte, daß Moskau „Managuas Unterstützung bei der Förderung der Beziehungen zu lateinamerikanischen Integrationsorganisationen, insbesondere CELAC und SICA, sehr schätzt. All dies trägt verdientermaßen dazu bei, daß Lateinamerika ein effektives und einflußreiches Zentrum der entstehenden multipolaren Weltordnung wird“. Der chinesische Diplomat unterstrich, daß „China alle Bemühungen der nicaraguanischen Regierung zur Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität nachdrücklich unterstützt“.

Managua eigenständige Außenpolitik wird in Ländern geschätzt, in denen die USA nicht mitregieren. Ohne Angst und Zögern will Managua seine internationalen Beziehungen zu allen aufbauen, die an einem Dialog des Friedens und der Zusammenarbeit interessiert sind. Managua akzeptiert die Rolle der USA auf dem Kontinent. Es akzeptiert jedoch kein US-Veto, keine US-Blockade, keine Militärstützpunkte Fremder auf dem Kontinent. Managua stützt seine Optionen auf die strategischen Interessen Nicaraguas und nicht auf die der USA. Diese Position ist das historische Erbe des Sandinismus. Sie wird von den Feinden bekämpft und von den Freunden geschätzt.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Faschistischer Putsch provoziert antifaschistischen Aufstand in Bulgarien 1923

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ... Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes.“ (Georgi Dimitroff, Vorsitzender der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) und der Kommunistischen Internationale (KI). Bürgerliche Medien bezeichnen den bewaffneten antifaschistischen Aufstand vom September 1923 als „Tragödie“, „erfolglosen Aufstand unter Führung von Kommunisten auf Druck der Komintern“, kommentieren ihn aber auch „Bulgaren kämpften nicht gegen Bulgaren, sondern Terroristen auf Befehl Moskaus gegen das Volk“. Etwa 200 Neonazis aus ganz Europa demonstrierten am 25. Februar 2023 in Sofia gegen das Verbot des jährlichen Gedenkmarsches für den bulgarischen Faschisten und NS-Kollaborateur Hristo Lukov – Gründe dafür, daß die offensive Auseinandersetzung auf marxistischer Position mit dem Faschismus sowie verschiedenen Faschismustheorien und über die Bewertung des Septemberaufstandes als von höchster Aktualität erkannt wird. Die Dimitroffsche Faschismus-Definition ist nicht überholt.

Wassil Kolarow, leitender Funktionär der BKP und der KI, erklärte zur Vorgeschichte des Septemberaufstandes: „Welches waren die Hauptkräfte, die den Putsch am 9. Juni 1923 gegen die Regierung des Bulgarischen Volksbauernbundes (BZNS) konspirativ organisierten, finanzierten und den Aufstand vom 23. September 1923 provozierten? ... Hinter den Putschisten standen an erster Stelle die Großbanken, vielzählige, während der 1. Weltkrieges gegründete Aktiengesellschaften, alte und neue Millionäre und deren Presseorgane ... Zu den Regisseuren gehörte die Palast-Kamarilla von Zar Boris (Sproß der Dynastie von Sachsen-Coburg und Gotha, B.S.), der um seine Krone fürchtete, sollte die Republik ausgerufen werden ... Die Regisseure des Putsches erhielten zudem Unterstützung ... makedonischer nationalistischer Truppen und äußerer, ... am Sturz der Regierung der Bauernpartei interessierter Kräfte, schließlich hätte der Kurs der Landwirtschafts- und Sozialreformen zur Aktivierung der Landbevölkerung in Nachbarländern führen und die ersten Beziehungen, die von der Regierung des BZNS unter seinem Vorsitzenden Stambolijski zur Sowjetregierung aufgenommen wurden, unter dem Druck der Volksmassen vertieft werden können ... Die Rolle der Ausföhrung des Putsches kam der Armee als in den Händen der Putschisten befindlichem Instrument zu. Das Kommando föhrte eine reaktionäre Offizierskaste ... Unterstützt

wurden sie von geheimen Militärorganisationen, die nach dem Putsch die Rolle von Henkern am Volke spielten ... Nach einem von Militärexperten erarbeiteten Einsatzplan gelang es den Einheiten, innerhalb von zwei bis drei Stunden die Eisenbahnobjekte, Post- und Telegrafestationen, öffentlichen Gebäude und Polizeidienststellen ohne nennenswerten Widerstand zu besetzen und die Regierungsmitglieder festzunehmen. Der Zar nahm den ‚Rücktritt‘ von Stambolijski an. Dann bekamen die Einsatzkräfte freie Hand ...“.

Nach dem Staatstreich verschlimmerte sich die politische und soziale Lage im Lande, und der Klassenkampf spitzte sich zu. Die Putschisten liquidierten die Ergebnisse der Reformpolitik der Regierung des BZNS. Die BKP wurde zum Feind Nr. 1 erklärt. Das Zentralkomitee der BKP beschloß, zum Mittel des bewaffneten Widerstands mit dem Ziel der Errichtung einer Arbeiter-und-Bauern-Macht zu greifen. Am 23. September 1923 brach in Bulgarien der erste bewaffnete antifaschistische Aufstand in der Welt aus. Er wurde grausam niedergeworfen. Mehr als 20 000 Menschen, darunter ca. 5 000 Kommunistinnen und Kommunisten, wurden ermordet.

Als Hauptursache der Niederlage schloßfolgte die Partei, daß es ihr nicht gelungen war, die Einheitsfront zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern zu schmieden. Kritisch wurden Schwächen und Mängel bei der Führung des Aufstandes analysiert. Bei gründlicherer Vorbereitung hätte der Aufstand aufgrund der noch nicht durchgängig erfolgten Machtkonsolidierung der Putschisten erfolgreich verlaufen können.

Bernhard Schwarz
Berlin

Quellenangaben:

- Georgi Dimitrov, Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (2. August 1935)
- Vassil Kolarov, „Die Ereignisse des Jahres 1923 und Schlußfolgerungen aus ihnen“, Referat auf der Festveranstaltung anläßlich des 24. Jahrestages des Septemberaufstandes, 1947, aus dem Bulgarischen
- Valko Cervenkov, „Der Septemberaufstand 1923“, Zeitschrift „Savremennik“, 1945, aus dem Bulgarischen
- Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Sofia Press
- Bewegung „23 September“, <https://septemvri23.com/>

Es war ein Weg vom Ich zum Wir

Geschichte der DDR bewegt bis heute alle, die in, mit ihr, für sie vier Jahrzehnte gelebt, gearbeitet, gelernt, gedacht haben. Sie politisch aufarbeiten hat nichts mit schön- aber auch nichts mit schlechtreden zu tun. Unvermögen, Machtgehabte, politische Unfähigkeit und mehr sind nach meinem Verständnis unvermeidbare Erscheinungen beim Aufbau einer Gesellschaft, die einen Bruch mit aller bisherigen Geschichte zu vollziehen hat. Es sind Menschen, Politiker, die vor dieser Aufgabe plötzlich praktisch stehen. Dazu noch in erbittertem Klassenkampf innen wie außen. Politiker sind Menschen aus Fleisch und Blut, wie Thälmann es wußte. Geschichte der DDR unter allen objektiven Umständen ist mehr als die Beschreibung aller Negativfaktoren und menschlicher Schwächen. Soll unser Weg zum Sozialismus mit ganz anderen Menschen zu einem „echten Sozialismus“ föhren, wie andere ihn sich ausmalen? Es zählt wohl das Wesentliche: Es hat die DDR gegeben, es war der Beginn eines Weges vom Ich zum Wir, wie es heute mehr denn je der Volksmund in vielerlei Erfahrung und konkret reflektiert. Es war eine verordnete Friedenspolitik und Antifaschismus als Staatspolitik mit allen ihren Schwierigkeiten. Der Kampf vom Ich zum Wir, um Kollektivität, war, ist und wird einer der schwersten sein, mühsam im Überwinden alter weiterbestehender Denkweisen, Handlungen bis zum trügerischen Schaufenster des Marktkapitalismus.

Welchen anderen Weg soll es zum Sozialismus geben als den steinigen, fehlerhaften, an Irrtümern reich, auch nicht ohne Verbrechen und Verletzung von Menschenrechten aus fehlender ökonomischer Kraft und anderen Faktoren? Wird es einen solchen Weg geben können, wo hat es solchen gegeben, der dauerhaft auf sozialistischem Bewußtsein der Massen errichtet wurde, ohne Konterrevolution, ohne Klassenkampf in allen Formen? Es ist zu wenig, allen Fehlleistungen nachzugehen, zu glauben, sie ausschließen zu können, jede konterrevolutionäre Bestrebung zu unterbinden. Den Sozialismus, in dem nach Machtübernahme und auf dem Weg zum Sozialismus die übergroße Mehrheit jeden Morgen aufsteht mit dem Sieg des Sozialismus auf den Lippen, ist Illusion. Sozialismus hat lange Zeit erbitterte Feinde innen wie außen. Wie dem begegnen, wenn wir sagen, die Macht muß auch verteidigt werden? Wann gilt das, wie und gegen wen, gegen Unzufriedene, Konterrevolution oder Mehrheiten, gegen Krawallmacher wie es in Frankreich gerade heißt? Kommunisten und Freunde im westlichen Deutschland haben oft berechtigt die Frage gestellt, warum habt ihr euch alles kampfflos aus der Hand nehmen lassen? Wer hat die plausible Antwort, die richtige und vor allem revolutionäre?

R. W.
Aue

Thailand: Verrat bei kalter Minzschokolade

Thailand befindet sich in einer Sackgasse nachdem die Move Forward (MFP), die am 14. Mai mit dem Versprechen, die fast ein Jahrzehnt währende Herrschaft der Armee zu beenden, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, es nicht geschafft hat, ihren Kandidaten Pita Limjaroenrat als Premierminister durchzusetzen.

Die Wahl von Pita war von Anfang an so gut wie hoffnungslos. Das Militär hatte nach dem Putsch von 2014 die Verfassung umgeschrieben, um seine Macht auf Dauer zu festigen. Thailand sollte nach dem Plan der Militärs eine „gelenkte Demokratie“ werden. Laut neuer Verfassung darf nun, außer den 500 gewählten Abgeordneten, auch ein vom Militär handverlesener 250-köpfiger Senat an der Wahl des Premiers teilnehmen, so daß eine ausreichende Mehrheit nicht bei 251, sondern bei 376 Stimmen liegt. Die Senatoren sind Soldaten, Polizisten oder juntafreundliche Regierungsbeamte. Move Forward-Chef Pita Limjaroenrat hatte eine Acht-Parteien-Koalition mit 312 Sitzen im 500 Mitglieder zählenden Unterhaus zusammengestellt. Wie erwartet, stimmten am 13. Juli, dem Tag der ersten Abstimmung im Parlament, nur 13 Senatoren für Pita, so daß er keine Mehrheit erhielt. Es kam noch am selben Tag in Bangkok zu spontanen Protestkundgebungen.

Das Vorgehen der Senatoren ist eine Schande

Die Reformagenda der MFP beinhaltet u.a. die Abschaffung der Wehrpflicht und die Zurückdrängung des Einflusses des Militärs auf die Politik. Besonders aber der Plan für eine Änderung des Gesetzes über die Majestätsbeleidigung (Artikel 112) stößt bei den Senatoren und konservativen Parteien auf Ablehnung. Der diffus gehaltene Art. 112 wird jedoch als politische Waffe benutzt, um Kritik am „Netzwerk Monarchie“, jener unheilvollen Verbindung von Monarchie, Kapitalisten und Generälen, welche die Fäden im Hintergrund zieht, mit einer Beleidigung der Monarchie gleichzusetzen. Auf Majestätsbeleidigung steht bis zu 15 Jahre Gefängnis.

Der Art. 112 ist der Elefant im Raum der thailändischen Politik. Er verhindert jede Diskussion über die Stellung der Monarchie und das politische System an sich. Das konservative Establishment ist durch die Bank weg royalistisch. Allein seit 2020 wurden mehr als 250 Personen wegen Majestätsbeleidigung angeklagt.

Am 19. Juli gab das Verfassungsgericht Pitas Ausschluß aus dem Parlament bekannt, nachdem es einen Fall akzeptiert hatte, in dem behauptet wurde, er sei nicht berechtigt gewesen, bei den Wahlen vom 14. Mai zu kandidieren. Pitas Gegner im Parlament stimmten zudem gegen eine erneute Abstimmung über seine Kandidatur, weil er bereits einmal dabei gescheitert sei. Damit war klar: Pita ist draußen, ein anderer als der Wahlsieger wird Premierminister werden.

Pheu Thai, die zweitgrößte Partei in Pitas Koalition, hat nach den beiden erfolglosen Versuchen von Move Forward die Führungsrolle

bei der Regierungsbildung übernommen. Am 2. August teilte die Partei mit, daß Move Forward aus der Koalition ausgeschlossen worden sei, weil sie mit ihrem Programm zur Reform des Art. 112 keine Unterstützung von anderen Parteien und dem Senat habe.

Verrat am Volk

Die Pheu Thai erklärte, nicht mehr an die Absichtserklärung der acht Parteien für eine Regierungsbildung gebunden zu sein und eine neue Koalition ohne die MFP zusammenstellen zu wollen. Dafür muß sie einen schmutzigen Deal mit Militär-Parteien eingehen. Obwohl sie vor den Wahlen verkündet hatte, keiner Koalition mit ihnen beizutreten, lud sie jetzt die Chefs der Militär- und Putschparteien zu Gesprächen in ihre Parteizentrale ein. Dort wurde ein gemeinsamer Verrat an der MFP und den Wählern besiegelt, auf den für die Presse mit eisgekühlter Minzschokolade, dem Lieblingsgetränk der Pheu Thai-Parteiführer, angestoßen wurde. Das Foto davon ging viral.

Bhumjaithai-Partei, die bei den Wahlen den dritten Platz belegte, wird mit von der Partie sein. Sie ist Teil der scheidenden, vom Militär dominierten Regierung von Prayuth Chan-ocha, der als Armeechef 2014 eine Pheu Thai-Regierung durch einen Putsch stürzte und nach den Wahlen 2019 Premierminister wurde. Bhumjaithai-Führer Anutin ist stellvertretender Premierminister und Gesundheitsminister in Prayuths Regierung.

Pheu Thai ist die jüngste von drei aufeinanderfolgenden Parteien von Ex-Premierminister Thaksin Shinawatra, einem milliarden schweren Populisten, der 2006 durch einen Militärputsch abgesetzt wurde. Das Thaksin-Lager wurde zwischen 2006 und 2014 dreimal hintereinander als stärkste Partei gewählt und jedes Mal wurde ihre Regierung weggeputscht und ihre Partei verboten. Thaksin hat man zu einer Gefängnisstrafe von 10 Jahren verurteilt. Die Popularität von Thaksins Partei beruhte darauf, daß sie die Herzen der Wähler durch eine Politik für die Armen gewinnen konnte. Die Volksbewegung der Rothemden unterstützte Thaksin, woraufhin die Konservativen die Bewegung der royalistischen Gelbhemden ins Leben rief. Es kam zwischen 2006 und 2014 mehrmals zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Straßenschlachten zwischen Rot- und Gelbhemden mit zahlreichen Toten.

Falsche Hoffnungen

Viele Menschen dachten, daß sie mit ihrer Stimme für Pheu Thai eine pro-demokratische, antimilitärische Partei wählen würden. Sie wurden enttäuscht. Die Partei feilscht nun mit ihren alten Feinden um Posten in der Regierung.

Die Move Forward Partei ist die Nachfolgepartei der Future Forward Partei, die bei der Parlamentswahl 2019 drittstärkste Kraft wurde. Sie vertritt ein Programm, das man vielleicht mit dem von europäischen Linksparteien vergleichen kann, das im Wesen aber neoliberal ist. Die reiche Führungselite der MFP besteht aus „Milliardären des Volkes“, wie manche träumen. Bereits 2019 scheiterte

eine Koalition mit der Pheu Thai am Verfassungsgericht. So blieb das Militär weiterhin an der Macht. 2020 löste das Verfassungsgericht die Future Forward auf.

Infolgedessen kam es im Jahre 2020 zu monatelangen Demonstrationen, angeführt von der Jugend. Diese Proteste liefen durch scharfe Repressionsmaßnahmen und ohne schlüssiges politisches Konzept, zudem noch in Zeiten des Covid-Lockdowns ins Leere. Ihre Anführer wurden verhaftet und zu hohen Haftstrafen wegen, man ahnt es schon, Majestätsbeleidigung verurteilt.

Bei den diesjährigen Wahlen setzten erneut viele junge Menschen Hoffnungen in das parlamentarische System und wurden von der MFP angezogen. Daß die MFP die meisten Stimmen bekam, empfanden manche als Beginn einer neuen Ära. Obwohl die Partei eine neoliberale Wirtschaftspartei ist, versucht sie, sich ein fortschrittliches, antimilitärisches Image zu geben und verspricht, das Gesetz gegen Majestätsbeleidigung zu ändern und Verbindungen zu den Gewerkschaften aufzubauen. Jetzt liegen die Hoffnungen der Menschen auf einen parlamentarischen Weg zur Demokratie in Trümmern.

Thaksin, der ins Exil geflohen ist, hat angekündigt, daß er sehr bald nach Thailand zurückkehren wird. Zweifellos hat er sich mit den Konservativen geeinigt. Thaksin ist ein Royalist und suchte stets den Kompromiß mit der Elite und dem Militär. Und das konservative Establishment sieht die fortschrittliche Reformagenda der MFP als eine größere existenzielle Bedrohung als Thaksins inzwischen farblos gewordene Pheu Thai.

Es wird so keinen Politikwechsel geben, die Macht wird weiterhin in den Händen des konservativen Lagers liegen. Die Pheu Thai ist dabei, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Die Einbeziehung der mit dem Militär verbundenen Parteien in eine Regierungskoalition wird auch von vielen Pheu Thai-Anhängern als Verrat angesehen.

Die neue Regierung wird keine stabile Regierung sein. Der Elefant steht immer noch im Raum. Die neue Regierung, die sich jetzt abzeichnet, wird keines der Probleme des Landes lösen, die Rezession nicht beenden und auch die Armut nicht besiegen. Es gibt bereits jetzt täglich Demonstrationen gegen das Geschacher und den Verrat der Pheu Thai. Die Menschen sind wütend. Die Zeitungen und das Fernsehen berichten kaum über die Demonstrationen und den Zorn der Menschen. Aber die sozialen Medien sind voll davon.

Der Weg zur Abschaffung der Militärdiktatur besteht darin, die außerparlamentarischen Massenbewegungen von unten zu organisieren. Besonders die Arbeiterklasse muß organisiert und gegen das Regime mobilisiert werden. Jugendproteste für Demokratie ohne Konzept und politische Führung sind zum Scheitern verurteilt. Um die Regierung zu stürzen, braucht es die Arbeiterklasse und eine revolutionäre Führung. Diese Rolle kann und will auch die reformistische Move Forward nicht übernehmen.

Geschichte der Ukraine (4)

Ukrainer in Polen, in der UdSSR und in der Emigration

Die Lage der ukrainischen Nationalisten war 1921 katastrophal. Mehrfach von den sowjetischen Organen und den Weißen aus Kiew und zweimal insgesamt aus der Ukraine vertrieben, gaben sie dennoch nicht auf. Von den ehemaligen Bündnispartnern war ihnen nur Frankreich geblieben. Deutschland und Österreich waren vorerst weit abgeschla-

Mitleid und zeigten Verständnis: Er wurde freigesprochen!

Die nächsten Emigrationszentren wurden Wien und Prag. In der österreichischen Hauptstadt gab es vor der Revolution zahlreiche ukrainische Abgeordnete, die sich unter den Vertretern der Habsburger Nostalgie Sympathie erworben hatten. Wien wurde

Prager Bourgeoisie sahen in einer unabhängigen bürgerlichen Ukraine ein Bollwerk gegen den Bolschewismus. Immerhin sollte die KPČ nach der KPD und der KP Spaniens während des Bürgerkrieges die mitgliederstärkste kommunistische Partei Europas werden. Hinzu kam, daß die Beziehungen zu Polen schlecht waren. Die Polen erhoben Gebietsansprüche gegenüber der ČSR, die sie auch schon militärisch durchzusetzen versuchten. Sie bemerkten auch, daß Polen die befreunden Ungarn bei dem Versuch unterstützte, die Slowakei abzutrennen und die Karpaten-Ukraine selbst zu annektieren. Dadurch wären die Tschechen völlig von Rußland und der Ukraine getrennt. Die ČSR duldete daher alle antipolnischen Aktivitäten. So verhinderte sie die ungarische militärische Unterstützung der Polen gegen die Sowjets 1920 über ihr Territorium und gestattete den polnischen Kommunisten und der KOMINTERN, ihre Tagungen in Prag abzuhalten.

Spätestens mit der Anerkennung der UdSSR 1934 und einem tschechoslowakisch-sowjetischen Militärbündnis 1935 hatten sich die Nationalisten Deutschland zugewandt. Die Stimmung in der ČSR wurde angesichts der deutschen und sudetendeutschen separatistischen Bestrebungen und Forderungen zunehmend prorussisch und prosovjatisch.

Die ukrainischen Nationalisten hatten vorher schon, gegen Ende der 20er Jahre, Berlin zu ihrem neuen Zentrum erkoren und zur NSDAP enge Verbindungen hergestellt. Intensive Kontakte bestanden auch zur Reichswehr und der militärischen Abwehr. Man kann sagen, daß die ideologische und faktische Waffenbrüderschaft zwischen dem deutschen Imperialismus und den ukrainischen Separatisten und Nationalisten nahezu ungebrochen seit 1918, also seit über einhundert Jahren, existierte. Das imperialistische Deutschland war trotz zweifacher Schwächung nach den Weltkriegen der älteste Bündnispartner der ukrainischen Nationalisten und Faschisten. Nicht nur von den Deutschen bekamen diese auch finanzielle Unterstützung, sondern ebenso von Litauen.

Das bürgerliche Litauen, auch eine Schöpfung des kaiserlichen Deutschlands, glaubte, eine Vorreiterrolle einnehmen zu können. Obwohl die UdSSR faktisch eine Schutzmacht gegenüber Polen darstellte und Kaunas außenpolitische Vorstellungen unterstützte, entwickelte sich die Innenpolitik in eine faschistische Richtung. 1926 wurde eine Linksrregierung gestürzt und schrittweise von den dortigen Nationalisten, noch vor Lettland und Estland, eine faschistische Diktatur errichtet. Auch heute sind es vor allem die Litauer, die besonders lautstark das Kiewer Regime unterstützen und sich bei den Ereignissen in Belarus besonders aggressiv hervortaten.

1920/21 wurde in Prag die Ukrainische Militärorganisation (UWO) ins Leben gerufen.



Denkmal in Rastatt: Hier sammelte die kaiserliche Armee im Ersten Weltkrieg ukrainische Kriegsgefangene und bereitete sie auf die Sezession vor

gen. Aber auch in Frankreich wurde ihnen der Boden heiß. Obwohl die französische Bourgeoisie weiterhin an einem Krieg mit den Sowjets interessiert war, was sich erst mit de Gaulle 1941 ändern sollte, war die Stimmung in Frankreich gegenüber den ukrainischen Nationalisten zunehmend ablehnend. Die weiße russische Massenemigration, die zuerst in Deutschland saß, nach den Kämpfen 1923 dann aber nach Frankreich zog, träumte von einem einheitlichen bürgerlichen Rußland und lehnte die ukrainischen Separatisten ab. In der Arbeiterklasse überwogen prosovjetsche Auffassungen, die vor allem von den Kommunisten verbreitet wurden. Da es auch eine starke, vor allem intellektuelle jüdische Emigration hierher gab, die der bürgerlichen antisowjetischen Gräuelpropaganda mit eigenen Erlebnisberichten entgegentrat, konnten die ukrainischen Separatisten selbst unter dem Kleinbürgertum kaum Freunde gewinnen. Zudem nahm Frankreich 1924 diplomatische Beziehungen zur UdSSR auf. In dieser Atmosphäre erschöpfte ein jüdischer Emigrant den Nationalistenführer Petljura auf dem Pariser Prachtboulevard St. Michel. Vor Gericht verteidigte er seine Tat als Rache für seine von den Nationalisten ermordeten zahlreichen Familienmitglieder. Die französische Öffentlichkeit wie auch das Gericht empfanden

zum Zentrum von ukrainischen kleinbürgerlichen Intellektuellen und somit 1929 zum Gründungsort der nationalistischen Organisation OUN. Der österreichische Staat, selbst schwach und von Krisen geschüttelt, verfügte weder über Mittel noch Interessen, den Ukrainern zu einem Staatswesen zu verhelfen, mit dem sie keine Grenzen besitzen würde. Das hinderte den österreichischen Geheimdienst allerdings nicht, gute Kontakte zu den Ukrainern zu pflegen.

Bei den Tschechen hingegen war das anders. An deren polnischer Grenze, auch zu dessen ukrainischen Gebieten, lebten etwa eine halbe Million Karpaten-Ukrainer. Über dieses Gebiet wurde der antipolnische Widerstand unterstützt, der auch von Regierungsstellen wohlwollend geduldet wurde. Zudem hatten die tschechischen Parlamentarier aus ihrer Habsburger Zeit noch gute Kontakte zu den ukrainischen Vertretern, mit denen sie oft gegen Wien zusammengearbeitet hatten. Die Haltungen der Tschechen zu den ukrainischen Nationalisten war hingegen geteilt. Die Mehrheit der Bevölkerung hatte ein traditionell gutes Verhältnis zu Rußland, unabhängig von dessen Gesellschaftsordnung. An das wollte man sich angesichts deutscher revanchistischer Forderungen anlehnen. Vertreter des besonders antisowjetischen Flügels der

Die Offiziere zumeist niederer Ränge rechneten mit einem baldigen Krieg zwischen Polen und den Sowjets, bei dem sie wieder ins Spiel kommen wollten.

Doch die Situation hatte sich grundlegend geändert. Mit dem Friedensvertrag von Riga 1921, bei der die sowjetische Seite die Westukraine abgeben mußten, brauchten sie eine längere Ruhezeit, um ihre Herrschaft zu stabilisieren und das Land wieder aufzubauen. Die Polen selbst waren auch nicht an weiteren kriegerischen Handlungen interessiert, zumal es den Sowjets noch vor wenigen Monaten gelungen war, etwa die Hälfte Polens zu besetzen. Auch mit der erneuten Machtübernahme Piłsudskis 1926 zerschlugen sich die Illusionen der nationalistischen Truppenoffiziere. Der Marschall strebte friedliche, sogar gedeihliche Beziehungen zur UdSSR an. Die Tätigkeiten weißgardistischer Emigrationszentren in Polen wurde drastisch eingeschränkt, viele des Landes verwiesen.

Die Nationalisten hatte etwa anderthalb Jahre in Teilen der Ukraine die Macht besessen. Die wollten sie wiederhaben und glaubten, daß die allgemeine Lage nach dem Ersten Weltkrieg das begünstigte. Immerhin waren aus europäischen Teilen des Zarenreiches souveräne bürgerliche Staaten entstanden: Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, aus dem Habsburgerreich die Tschechoslowakei, Ungarn und ein Großteil Jugoslawiens.

Einzig mit der Ukraine hatte das nicht geklappt.

Die politische Lage in der Sowjetukraine erlaubte auch keine euphorischen Höhenflüge. Obwohl auch hier die Nationalisten noch über Anhänger verfügten und erst 1934 die Hauptstadt der Ukraine von Charkow nach Kiew verlegt werden konnte, war das Ansehen der Nationalisten stark gesunken: Pogrome, Terror und ständige Niederlagen durch die Roten und Weißen sowie ihre mehrfache Vertreibung aus der Ukraine. Zudem hatte die Sowjetmacht die Nationalisten als ihren Hauptfeind ausgemacht und bekämpfte sie unbarmherzig. Das betraf auch Parteimitglieder, in denen sich durch Neuzulauf auch nationalistische Auffassungen verbreiten konnten. Moskau war daher gezwungen, von Zeit zu Zeit führende Parteifunktionäre abzusetzen oder zu bestrafen. Noch mehr traf das für Teile der Intelligenz zu, die ihre Tätigkeit noch unter dem Zaren begonnen hatte. Sie profitierten von der Kultur- und Bildungsoffensive des Sowjetstaates, die gut gemeint eine „Ukrainisierung“ des öffentlichen Lebens und den Abbau der ehemals zaristischen Diskriminierungen propagierte. Das war zwar populär, doch barg das angesichts des Mangels an sozialistischen Kadern die reale Gefahr einer ungehinderten Verbreitung nationalistischer Auffassungen. Das ging so weit, daß selbst in Parteikreisen die Meinung geäußert wurde, den Einfluß der russischen Sprache und Kultur zugunsten der „Ukrainisierung“ zurückdrängen zu müssen. Das konnte Moskau nicht dulden und beendete 1933 diese „Ukrainisierung“. Damit hatten sich die Sowjets unter Teilen der Intelligenz zusätzliche Gegner geschaffen. Mangels eigener Kader, die sich massiv vor allem um die heranwachsenden Intelligenz kümmern konnten, nahmen die repressiven Maßnahmen

zu. Zudem zog die Neue Ökonomische Politik über längere Zeit eine wirtschaftliche und somit ideologische Aktivierung bürgerlicher Elemente nach sich.

Dennoch kann man feststellen, daß die Sowjetmacht dem nicht hilflos gegenüberstand und die politischen Verhältnisse einigermaßen im Griff hatte. Besonders erfolgreich konnte man in der Ostukraine, dem industriellen Zentrum, die sozialistische Entwicklung forcieren. Durch Massenqualifizierungen von Arbeitern, armen Bauern und Landarbeitern konnte bis zum Überfall auf die Sowjetunion eine Intelligenz herangezogen werden, die mehrheitlich auf sozialistischen Positionen stand. Die Einflüsse der Nationalisten unter ihnen blieben marginal.



Gegner ukrainischer Nationalisten: Józef Piłsudski

Völlig anders gestalteten sich die Verhältnisse in der polnischen Westukraine. In den Wojewodschaften Lwów, Stanisławów, Tarnopol und Wolhynien schien die Situation für die Nationalisten geradezu ideal zu sein. Die Westukraine umfaßte ein Territorium von über 100 000 km² (etwa die Größe der DDR), ein Drittel des polnischen Staatsgebietes mit 4,5 Mio. Ukrainern.

Dieses Terrain war der am schwächsten entwickelte Teil Polens. Hier befanden sich nur 19 % aller polnischen Industriebetriebe mit nur 8 % der gesamten polnischen Arbeiterklasse. Relativ wenige Ukrainer lebten in Städten. Hier dominierten Polen und Juden. Die Juden, die sich vor allem mit Handel und Handwerk beschäftigten, wurde vom ukrainischen Kleinbürgertum als existenzielle Konkurrenz empfunden. In der Landwirtschaft, in der über 80 % der Ukrainer beschäftigt waren, dominierte die Feindschaft zu den polnischen Großgrundbesitzern. Hier entsprach die sozialökonomische Trennungslinie der nationalen. Da man die Juden als vermeintliche Handlanger der Polen betrachtet, hatte sich der ukrainische Antisemitismus der letzten Jahrhunderte weiter verfestigt. Dabei lebten die Juden unter weitaus schlechteren Lebensbedingungen als ihre Glaubensbrüder westlich von Bug und San. Zehntausende emigrierten daher in den Westen und die USA. Den Ukrainern ging es noch schlechter, die Zahl ihrer Auswanderer war noch größer. Obwohl formal gleichberechtigt, wurden sie unterdrückt. Es gab nur wenige ukrainische Bürgermeister, die Anzahl der ukrainischen

Bildungseinrichtungen wurde systematisch heruntergefahren. Nur wenige konnten studieren, ihnen wurde eine Anstellung im Öffentlichen Dienst nach dem Studium vorenthalten. Zudem durften sie in Ämtern ihre Sprache nicht sprechen. Der polnische Staat verweigerte ihnen sogar die Anerkennung ihrer Nationalität. Sie galten als Ruthenen (Rusi), eine Bezeichnung, die schon seit einhundert Jahren überholt war. Einzig in der griechisch-katholischen Kirche, die zu einer Nationalkirche emporgestiegen war, wurden Ukrainisch und die ukrainische Kultur gepflegt. Sie wurde zum Zentrum des ukrainischen Nationalismus.

Die meisten Ukrainer empfanden die Polen als Okkupanten und sehnten sich zumeist nach einem eigenen bürgerlichen Staat. Bis 1923 hofften sie hierbei auf die Westmächte, doch die übergaben letztlich den Polen diese Gebiete mit bestimmten Auflagen, deren sich die Ukrainer immer wieder zu bedienen versuchten. Das Vertrauen in den Westen, der offensichtlich auf Polen setzte, war so dahin. Als einziger Bündnispartner kam Deutschland in Frage, doch das war bis Ende der 20er Jahre in dieser Richtung kaum handlungsfähig. Zudem hatte Berlin zu jener Zeit gute Beziehungen zur UdSSR.

In der Westukraine gab es ständig offenen bis bewaffneten Widerstand, den größten in Polen.

Warschau versuchte mit einigen Versprechungen, dem abzuhelfen. Doch diese wurden nie eingehalten. Die rechten Regierungen versuchten, die Ukrainer zu polonisieren. Aber bei dieser Menge und Konzentration war das völlig unrealistisch. Auch Piłsudski, der immerhin lange von einem ukrainischen Satellitenstaat träumte, setzte im wesentlichen diese unheilvolle Politik fort, versuchte aber erfolglos zu vermitteln.

Polen befürchtete, daß die meisten Ukrainer einen Anschluß an die UdSSR wünschten und betrachteten diese Probleme als ein Sicherheitsrisiko. Doch im Gegensatz zu Westbelorußland war das nicht der Fall. Für die meisten Westukrainen war ein Anschluß an die Sowjetukraine vorläufig keine Option. Sie stimmten mehrheitlich für die UNDO (ukrainische Nationaldemokraten), die zwar auch nationalistisch durchgesetzt war, aber auf einen Ausgleich mit Polen setzte.

Auch die Juden lehnten fast alle eine sowjetische Perspektive ab.

Eine bedeutende Minderheit unter der revolutionären Bauernbewegung, linken Sozialdemokraten und Kommunisten orientierte auf ein Zusammengehen mit der Sowjetukraine. Die Kommunisten (Kommunistische Partei der Westukraine) waren hier zeitweise stärker als ihre Genossen in den ethnisch-polnischen Gebieten und bildeten 1928 mit ihren Genossen aus Westbelorußland und Zentralpolen eine gemeinsame kommunistische Fraktion. Es versteht sich, daß der polnische Staat nun in erster Linie die Linken verfolgte und mit Verboten bekämpfte.

Vor allem nach den Enttäuschungen mit Piłsudski gingen die Nationalisten 1929 dazu über, sich in einer eigenen Organisation zu konzentrieren.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Novemberrevolution in Deutschland

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

23. November 1978

Als Karl Liebknecht am frühen Nachmittag des 9. November 1918 vom Balkon des Berliner Schlosses zu den begeisterten Massen sprach, hatten viele geglaubt, der Sieg über Kriegstreiber und Ausbeuter sei gesichert.

Tatsächlich waren schier unglaubliche Dinge geschehen: Über dem Prunksitz der Hohenzollern wehte die rote Fahne der Revolution; die eben noch in den Kerkern des kaiserlichen Regimes geschmachtet hatten, schritten erhobenen Hauptes an der Spitze unübersehbarer Demonstrationzüge; die gestrigen Einpeitscher des Kadavergehorsams, die Offiziere, waren entwaffnet worden und hielten sich versteckt.

Dennoch – die alten Gewalten hatten noch längst nicht aufgegeben. Sie setzten jetzt alle Hoffnungen auf die rechten sozialdemokratischen Führer, deren prominentester, Friedrich Ebert, dem letzten kaiserlichen Kanzler noch wenige Tage vor den Massendemonstrationen versichert hatte, er hasse die Revolution wie die Sünde. Diese Führer sollten, jetzt als „Volksminister“ auftretend, die Massen mit demagogischen Phrasen über die „Einführung des Sozialismus“ abspeisen und hinter den Kulissen zugleich alle Maßnahmen zur Abschirmung der Grundfesten der alten Ordnung treffen – zur Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, des bürgerlichen Einflusses auf den Verwaltungsapparat, der Machtpositionen des Militärs.

Mahnend schrieb das soeben erst ins Leben gerufene Organ der Spartakusgruppe, „Die rote Fahne“, am 9. November: „Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan. Noch viel weniger ist es damit getan, daß ein paar Regierungssozialisten mehr an die Spitze treten.“ Und am folgenden Tag wiederholte die Zeitung: „Diese Revolution muß nicht nur hinwegschwemmen alle Reste und Ruinen des Feudalismus, sie muß nicht nur brechen alle Zwingburgen des Junkertums ... ihre Losung heißt nicht nur Republik, sondern sozialistische Republik! ... Noch stehen wir am Anfang dieses schwierigen ... Weges. Nicht gilt es, sich vorschnell des errungenen Sieges zu erfreuen.“

Wie berechtigt diese Mahnungen waren, zeigte sich schon in den ersten Stunden nach der Zertrümmerung der verhassten Monarchie, als der sozialdemokratische

Parteivorsitzende Ebert mit ausgeklügelten Mitteln versuchte, die Volkserhebung in ungefährliche Bahnen zu lenken. Als er den Posten des Reichskanzlers aus der Hand



Novemberrevolution 1918/1919.
Anschauungsmaterial. Autorenkollektiv.
Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1978, 80 S.,
zahlr. Abbildungen, Format 30,7 x 23,5 cm

des letzten kaiserlichen Regierungschefs, des Prinzen Max von Baden, übernommen hatte, war er sich der Unmöglichkeit bewußt, allein mit seinen Parteigängern zu regieren. Die Aufstände, Streiks und Massendemonstrationen des 9. November hatten nur allzu deutlich gezeigt, daß ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse nicht mehr der SPD, sondern der Unabhängigen Sozialdemokratie folgte – einer von der alten SPD aus Protest gegen deren Kriegspolitik abgespaltenen, allerdings uneinheitlichen Partei, kurz USPD genannt, der auf dem linken Flügel auch die Spartakusgruppe und die in den Berliner Betrieben verankerte Organisation der revolutionären Obleute angehörten. Raffiniert bot Ebert deshalb noch am Abend des 9. November den Führern der Unabhängigen (meist politisch unklaren und unsicheren Gestalten) die Bildung einer – wie man damals sagte – „paritätischen“ Regierung, also einer

Regierung an, in der beide Partner gleichberechtigt mitwirken sollten.

Raffiniert war dieser Schachzug in mehrerlei Hinsicht. Erstens konnte von tatsächlicher Gleichstellung der beiden Parteien in der Regierung nicht die Rede sein, weil die alte SPD nicht nur einen eingespielten Organisationsapparat besaß, der den Unabhängigen fehlte, sondern auch über eine klare politische (und zwar gegenrevolutionäre) Konzeption verfügte, während die zentristischen (d. h. in Worten revolutionären, in der Praxis opportunistischen) Führer der USPD keinerlei konstruktive Vorstellungen entwickelten. Zweitens täuschte Ebert mit dem Schlagwort von der „rein sozialistischen“ Regierung darüber hinweg, daß fast alle kaiserlichen Minister ihre Ämter behalten sollten. Drittens sollte die angebliche „Einigung aller Sozialisten“ dazu dienen, den Einheitswillen der Arbeiterklasse für eine faktisch konterrevolutionäre Politik einzuspannen. Viertens schließlich sollten durch die Einigung der beiden Parteien alle jene revolutionären Kräfte aus dem Geschehen ausgeschaltet werden, die keine Partei darstellten, in erster Linie also die Spartakusgruppe sowie auch die revolutionären Obleute.

Unter dem Einfluß Karl Liebknechts reagierte die USPD-Führung zunächst negativ auf Eberts Angebot. Im Einklang mit der Forderung des Spartakusführers erklärte sie, daß die Unabhängigen nur dann in eine Regierung eintreten könnten, wenn Deutschland zur sozialistischen Republik erklärt und alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten übergeben werde. Doch schon wenige Stunden später fielen Hugo Haase und andere zentristische Spitzenfunktionäre um und bildeten gemeinsam mit den rechten Sozialdemokraten die von Ebert gewünschte Regierung aus drei SPD- und drei USPD-Politikern, die den alten Ministern sozusagen als „sechsköpfiger Reichskanzler“ übergeordnet waren. Um bei den revolutionären Massen den Eindruck zu erwecken, daß es sich bei diesem Gremium um eine Art Räteregierung handele, bezeichnete sich das neue Kabinett als „Rat der Volksbeauftragten“.

Als erstes war Ebert daran interessiert, seiner neuen Regierung die Legitimation durch die Arbeiter- und Soldatenräte zu verschaffen, also die Kampf- und potentiellen Machtorgane der Arbeiterklasse an die „Volksbeauftragten“ zu binden. Dazu kam

ihm die Vollversammlung der Berliner Räte zupaß, die am 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Zirkus Busch zusammentreten sollte. Diese Versammlung war zwar von den revolutionären Obleuten einberufen, doch höchst mangelhaft vorbereitet worden. Es gab nicht einmal eine Mandatskontrolle, so daß praktisch jeder dort erscheinen und auf-treten konnte – ganz gleich, ob er in einem Betrieb beziehungsweise in einem Truppen-teil gewählt worden war oder nicht. Diesen Umstand machten sich die über einen ein-satzbereiten Parteiapparat verfügenden Ebert-Leute zunutze. Sie trommelten aus dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft stammende Soldaten, die die einzige Auf-gabe der Revolution in der Beendigung des Krieges sahen, zusammen, hielten ihnen Reden über die Gefährlichkeit des bolschewis-tischen Spartakismus und ließen von ihnen schon eine Stunde vor Versammlungsbeginn die meisten Plätze im Zirkus Busch besetzen. So geschah es, daß diese Rätevollversamm-lung für die rechtssozialdemokratischen Führer noch günstiger verlief, als man ge-hofft hatte. Die Regierung der „Volksbeauf-tragten“ wurde nicht nur bestätigt. Die Versammlungsteilnehmer schrien Karl Lieb-knecht nieder, als er vor der getarnten (wie er sagte: „schon mitten in diesem Saale be-findlichen“) Konterrevolution warnte, und lehnten die Wahl von Spartakus-Vertretern und revolutionären Obleuten in einen Voll-zugsausschuß der Berliner Räte ab. Ebert gewann den Eindruck, daß durch den für die SPD günstigen Versammlungsverlauf die revolutionären Kräfte ins Hintertreffen geraten seien und daß es somit die Situation ermögliche, auch ohne Mitwirkung der USPD zu regieren. Rasch entschlossen kündigte er die soeben erst vereinbarte Koalition mit den Zentrlisten aus der USPD auf, begab sich (noch ehe die Zirkus-Busch-Versammlung zu Ende war) ins Reichskanzlerpalais und lei-tete dort Verhandlungen mit dem alten kai-serlichen Kriegsminister Scheuch über die Aufstellung gegenrevolutionärer Elitetrup-pen ein. „Wir waren entschlossen“, schrieb Eberts enger Vertrauter Gustav Bauer in einem Brief, „die Regierungsbildung allein in die Hand zu nehmen und die unvermeid-liche blutige Auseinandersetzung durchzu-fechten.“ Diese Worte lassen keinen Zweifel daran, daß das Ziel der vermeintlichen Revo-lutionsregierung unter Ebert darin bestand, ein Blutbad unter den Revolutionären zu ver-anstalten.

Die ewig schwankenden zentrlistischen Füh- rer fürchteten nun, da die Rechtssozialde-mokraten die Initiative ergriffen hatten, ihrer Untätigkeit wegen den Einfluß auf die Massen zu verlieren. Doch sie versuchten nun nicht etwa, die Revolution vorwärts-zutreiben und sich den konterrevolution-ären Machenschaften entgegenzuwerfen, wie es in dieser Situation nötig gewesen wäre – vielmehr baten sie Ebert unterwür-fig, er möge sie doch „mitregieren“ lassen. Das kam einer völligen Kapitulation gleich; denn jetzt brauchten die Rechtssozialisten nicht einmal mehr an größere verbale Zu-geständnisse an die USPD zu denken, son- dern sie konnten die strikte Durchsetzung

des revolutionsfeindlichen rechtssozial- demokratischen Regierungsprogramms fordern.

Bezeichnend ist, daß die von Haase erbet-elten erneuten Verhandlungen über die Bil- dung einer SPD-USPD-Regierung, die sich bis Mitternacht des 10. November hinczo- gen, nicht mehr im Kontakt mit den Parteiv- ständen, sondern zwischen Ebert und Haase im Beisein des erzreaktionären Kriegs- ministers Scheuch hinter verschlossenen Türen stattfanden. Der ebenfalls als einer der drei USPD-„Volksbeauftragten“ nomi- nierte Vorsitzende der revolutionären Ob- leute Emil Barth (ein subjektiv ehrlicher, aber seinen Aufgaben in keiner Weise ge- wachsener Arbeiterfunktionär) mußte im Vorzimmer stundenlang warten, bis Haase Punkt für Punkt den Forderungen Eberts und Scheuchs zugestimmt hatte.

Obwohl die drei Verschwörer (anders kann man Ebert, Scheuch und Haase nicht be- zeichnen) kein Protokoll über ihre Zusam- menkunft hinterlassen haben, ist es nicht schwer zu erraten, was sie miteinander aus- handelten. Denn bekannt ist ja, wie die Tä- tigkeit der Regierung Ebert-Haase, die aus diesen Verhandlungen hervorging, aussah. Unmittelbar nach Abschluß der Geheimbe- sprechungen stellten Militärs und Rechts- sozialdemokraten eine Sicherheitstruppe zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ord- nung“ in der Hauptstadt auf. Eine knappe Stunde später kam es auf einer geheimen (d. h. nicht von den Arbeiter- und Solda- tenräten kontrollierten) Telefonleitung zu einem Gespräch zwischen Ebert und dem politischen Führungskopf des Generalstabs, General Groener, im Großen Hauptquartier. Er habe, berichtete Groener später darü- ber, „telefonisch ein Bündnis geschlossen mit dem Volksbeauftragten Ebert zur Be- kämpfung der Revolution. Wir haben ge- meinsam ... von Anfang an die Revolution bekämpft, und zwar nach meiner Initiative und mit meiner Zielsetzung und mit allen den Mitteln, die ich zur Bekämpfung der Re- volution für geeignet hielt.“

Von nun an schrieb der eben noch kaiserli- che Generalstab, d. h. das organisatorische Zentrum des reaktionären Preußentums, der angeblichen Volksregierung in allnächt- lichen Telefonaten vor, was diese am näch- sten Tage zu unternehmen habe. So kamen – durchweg auch von USPD-Führer Haase gebilligt (allerdings gegen den erfolglosen Einspruch von Emil Barth) – Regierungsbe- schlüsse über die Beschränkung der Befug- nisse der Räte, über das Wiedererscheinen von reaktionären Zeitungen, über die Ent- waffnung der Bevölkerung, über die Auf- lösung im Entstehen begriffener Roter Garden zustande.

Zugleich wuchs aber der Einfluß der revo- lutionären Kräfte von Woche zu Woche. Die Spartakusgruppe, die sich am 11. November als Spartakusbund konstituierte und damit einen Schritt in Richtung Gründung einer revolutionären Partei vollzog, scheute kei- ne Anstrengungen, um das Doppelspiel der Ebert/Haase zu entlarven und den Massen die nächsten Aufgaben der Revolution klar- zumachen.

Am 14. November fand in den Berliner Sophi- ensälen die erste selbständig von Spartakus einberufene Massenkundgebung statt. Sie war ein solcher Erfolg, daß mehrere Paral- lelveranstaltungen abgehalten werden muß- ten. Auch in den nächsten Tagen sprachen die Spartakusführer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Wilhelm Pieck und andere vor Tausenden und Zehntausenden Werktät- igen. Die Generalversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 19. Novem- ber jubelte Karl Liebknecht zu, als er auf die Frage „Was wir wollen“ klar und unzweideu- tig antwortete: „Da gibt es nur zwei Dinge: ... Entweder wollen wir jetzt Schluß machen mit den Errungenschaften der Revolution ... oder aber wir wollen die soziale Revolution, die Einführung des Sozialismus und die Zie- le, die wir erstreben, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als nur die anzuerkennen, die dasselbe Ziel haben.“

So kristallisierten sich die Fronten immer deutlicher heraus. Auf der einen Seite wur- den sich die Massen ihrer Aufgaben in der Revolution immer mehr bewußt, auf der an- deren formierte sich die Konterrevolution. Symptomatisch für das Kräfteverhältnis der Klassen war, daß ein gegenrevolutionärer Putsch in Berlin am 6. Dezember zurückge- schlagen werden konnte, die Revolutionäre aber auch nicht die Kraft besaßen, das Schei- tern der Verschwörung für den Ausbau der eigenen Positionen zu nutzen.

Aufs höchste über die Stärkung der revo- lutionären Kräfte beunruhigt, beschlossen die Militärs im Einvernehmen mit Ebert, noch vor dem zu Mitte Dezember einberufenen 1. Reichsrätekongreß eine großangelegte Aktion zur „Befriedung“ der Hauptstadt durchzuführen, d. h. das Berliner Proleta- riat in einem offenen Bürgerkriegsfeldzug niederzuwerfen. Zu diesem Zweck sollten – beginnend mit dem 10. Dezember – eine nach der anderen neun Gardedivisionen in die Reichshauptstadt einmarschieren. Doch ging diese hinterhältige Rechnung nicht auf: Die kriegsmüden Fronttruppen, in den Vor- orten Berlins stationiert, zersetzten sich bald und liefen auseinander.

Die offenen und verkappten Reaktionäre begannen nun, sich auf die Aufstellung so- genannter Freikorps zu orientieren und den Zeitraum bis zur Einsatzbereitschaft dieser neuen Soldateska abermals mit Demagogie zu überbrücken. Und dazu war wieder Ebert der geeignetste Mann. Mit organisatorischen Tricks, Versprechungen und Verleumdungen gelang es ihm und seinen Komplizen (ähnlich wie auf der Zirkus-Busch-Versammlung in der ersten Revolutionswoche), die Mehrheit des 1. Reichsrätekongresses am 19. Dezem- ber auf einen Beschluß festzulegen, der die Wahl einer Nationalversammlung, also eines bürgerlichen Parlaments, vorsah. Dieser Be- schluß leitete den Niedergang der Rätebewe- gung ein und kennzeichnete eine Wende: Der Kongreß hatte sich selbst der ihm kraft des Handelns der Volksmassen zugewiesenen Befugnisse beraubt und die Grundfrage der Revolution, die Machtfrage, zugunsten der alten imperialistischen Kräfte entschieden. Die Novemberrevolution trat in eine neue, noch kompliziertere Etappe ein.

Der Rußland-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft

In den 20er Jahren waren die deutsch-russischen Beziehungen wesentlich besser als heute. Zwar bestand der gesellschaftspolitische Gegensatz zwischen der Sowjetunion und Deutschland weiter in aller Schärfe. Aber es gab Gemeinsamkeiten. Deutschland haderte mit dem von Lenin als schändlichen Raubvertrag bezeichneten Versailler Vertrag. Die Sowjetunion hatte gerade die Intervention von 14 imperialistischen Staaten zurückgeschlagen.

Am 4. September 1928 konstituierte sich in Anwesenheit von Vertretern der deutschen Reichsregierung in Berlin der Rußland-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft. Er war aus dem am 13. August gebildeten deutsch-russischen Ausschuß der Wirtschaft hervorgegangen. Die Aufgaben dieses Gremiums skizzierte am 12. Juni 1928 auf einer Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie dessen Geschäftsführer Jacob Herle mit den Worten: „Die Gefahren des Außenhandelsmonopols der UdSSR müßten abgeschwächt oder gar beseitigt werden.“ Die Schwäche der deutschen Seite würde in der Uneinigkeit der deutschen Wirtschaft liegen.

Um dieser Schwäche zu begegnen, beschlossen sämtliche Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, einen gemeinsamen Arbeitsausschuß einzusetzen, der die grundsätzlichen Fragen der Beziehungen zur Sowjetunion regeln sollte.

Die Geschäftsführung lag in den Händen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Weitere Träger waren der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und der Deutsch-Russische Verein. Damit waren neben Großindustrie und Großhandel auch die Großbanken vertreten. Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Commerz- und Privatbank und die Darmstädter und Nationalbank zahlten neben den Konzernen Siemens, AEG, Gutehoffnungshütte, Krupp und der Firma Otto Wolff auch den höchsten Leistungsbeitrag. Erster Vorsitzender des Rußland-Ausschusses wurde Hans Kraemer vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Mitglied zahlreicher Aufsichtsräte.

Nun schienen sich günstigere Bedingungen für ein einheitliches Vorgehen der deutschen Wirtschaft gegenüber der UdSSR zu ergeben, zum Beispiel, um Kreditbedingungen zu diktieren, hohe Gewinne zu erzielen und das sowjetische Außenhandelsmonopol zumindest zu durchlöchern, wenn nicht völlig beseitigen zu können.

Die sowjetische Zeitschrift „Sovetskaja trgovlja“ schätzte am 18. Oktober 1928 ein, daß dieser Ausschuß eine wichtige Aufgabe darin sehe, die mit der UdSSR Handel treibenden Firmen zur Durchführung einer monopolistischen Preis- und Zahlungspolitik zu veranlassen. Für die Sowjetunion sollte ein besonderes handelspolitisches System geschaffen werden, durch das die Bedingungen für Geschäftsabschlüsse nicht

auf dem in Deutschland und in der gesamten kapitalistischen Welt üblichen Weg der freien Konkurrenz bestimmt, sondern von einer geschlossenen Organisation diktiert werden sollten.

Diese Charakteristik wurde durch die Politik des Rußland-Ausschusses in der ersten Zeit seines Bestehens bestätigt. Doch die Weltwirtschaftskrise zwang zum Umdenken. Nachdem sich der Ausschuß-Vorsitzende Kraemer in einer Sitzung im August 1930 noch pessimistisch über die weitere Entwicklung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen geäußert hatte, trat er in der folgenden Zeit für eine entschiedene Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR ein.

So unterstützte der Ausschuß die Verhandlungen, die 17 führende deutsche Industrielle im März 1931 in Moskau aufnahmen. Die Ergebnisse wurden schließlich am 14. April 1931 im sogenannten Pjatakow-Abkommen festgehalten, das auch die Unterschrift von Kraemer trug. Der Präsident der sowjetischen Staatsbank (Gosbank) Pjatakow war früher Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine gewesen. Das Abkommen sah zusätzliche Aufträge an die deutsche Industrie in Höhe von 300 Millionen RM vor, eine für die damalige Zeit beachtliche Summe. Die Zahl der sowjetischen Bestellungen stieg 1931 im Vergleich zu 1930 um 62,3 Prozent. Es wurde die Rekordsumme von 919,3 Millionen RM erreicht. Durch diese sowjetischen Aufträge fanden im Krisenjahr 1931 rund 250 000 Arbeiter in Deutschland Beschäftigung. Vertreter des Rußland-Ausschusses erreichten, daß von den Banken Kredite in Höhe von rund 500 Millionen RM für die Finanzierung sowjetischer Bestellungen bereitgestellt wurden. Kredite zahlte die Sowjetunion stets pünktlich zurück.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 bedeutete für das deutsch-sowjetische Verhältnis eine schwere Belastung, obwohl sich die wirtschaftlichen nicht in gleichem Maße wie die politischen Beziehungen verschlechterten. Das lag in erster Linie daran, daß die Folgen der Weltwirtschaftskrise noch nicht überwunden waren und die deutsche Industrie den sowjetischen Markt als Absatzgebiet für einen Teil ihrer Erzeugnisse brauchte. Trotz der Autarkiebestrebungen wollte sie auch nicht auf Rohstoffimporte verzichten.

Der Rußland-Ausschuß setzte unter den veränderten außenpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen seine Arbeit fort. Fragen der Exportförderung und der Rohstoffversorgung standen im Mittelpunkt seiner Tätigkeit. Dazu wurde eine Importkommission geschaffen, die alle am Geschäft mit der UdSSR interessierten Firmen zusammenfassen sollte.

Im Rußland-Ausschuß herrschte allerdings keine einheitliche Auffassung über die weitere Gestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Gegen einen neuen Handelsvertrag, der der sowjetischen

Seite bessere Bedingungen als früher bieten sollte, sprachen sich besonders die Vertreter der Großbanken aus. Auch Direktor Arthur Klotzbach von der Krupp AG und Ernst Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken nahmen ablehnend Stellung.

In einem Memorandum verlangte Karl Lange, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten und Mitglied der am 22. Juli 1933 gebildeten Führerschaft des Rußland-Ausschusses, „Festigkeit in den Verhandlungen“ mit der UdSSR und daß „schon um des Ansehens des nationalsozialistischen Deutschlands willen die heutige Wirtschaftsführung den Russen zeigen muß, daß sich die Situation geändert hat und man ihnen nicht immer wieder nachgibt“.

Doch andere Vertreter der Schwerindustrie wie Peter Klöckner, Wilhelm Zangen und Otto Wolff setzten sich sehr energisch für einen baldigen Vertragsabschluß ein.

Die Wirtschaftsvereinbarung, die dann am 9. April 1935 zustande kam, sah zusätzliche sowjetische Bestellungen in Höhe von 200 Millionen RM vor. Das Abkommen führte zu einer Wiederbelebung der Bestelltätigkeit der sowjetischen Handelsvertretung. Doch verzögerten sich diese durch die Schwierigkeiten, die den sowjetischen Wirtschaftsorganisationen auf dem deutschen Markt bereitet wurden. So lehnten es einzelne deutsche Firmen ab, bestimmte technische Artikel in die Sowjetunion zu liefern.

Im Interesse der deutschen Rohstoffversorgung wurde auf einer Vorstandssitzung des Rußland-Ausschusses am 18. Mai 1938 aber dann doch gemahnt, „die dünnen Fäden der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen nicht abreißen zu lassen“ und soweit irgend möglich, die Ausfuhr in die UdSSR zu fördern.

Die seit Anfang 1937 geführten Wirtschaftsverhandlungen führten aber erst am 19. August 1939 zum Abschluß eines neuen Handelsabkommens. Dieses, wie auch die beiden folgenden Wirtschaftsabkommen vom 11. Februar 1940 und vom 10. Januar 1941, waren im Zusammenhang mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 abgeschlossen worden. Die Sowjetunion erfüllte wie stets ihre Verpflichtungen aus diesen Verträgen. Die deutsche Seite hielt sich dagegen nicht an die Vereinbarungen.

So sorgte das Auswärtige Amt dafür, daß die deutsche Industrie zwar Aufträge annahm, aber Lieferungen an die Sowjetunion, die im Mai 1941 stattfinden sollten, verhindert wurden. Das war offensichtlich beim Abschluß des Abkommens vom 10. Januar 1941 einkalkuliert worden. Denn während die sowjetischen Lieferungen, vor allem landwirtschaftliche Erzeugnisse (Getreide, Baumwolle, Hülsenfrüchte und Ölsamen), Mineralöl, Erze und in geringem Maße Holz, vom 11. Februar 1941 an erfolgen sollten, waren die deutschen Exporte, vor allem Werkzeugmaschinen, die für den Ausbau der sowjetischen

Industrie geplant waren, erst für den 11. Mai 1941 vorgesehen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion übernahm Görings Vierjahresplanstab die „Wirtschaftsführung im Osten.“ Am 20. September 1941 gab der Rußland-Ausschuß seine Auflösung bekannt. Wie er seinen rund 900 Mitgliedsfirmen mitteilte, sah er „seine Aufgabe als erfüllt an, denn die Ereignisse

im Osten würden eine vollständige Umwälzung des Wirtschaftsverkehrs zur Folge haben“.

Mitgliedsfirmen des Rußland-Ausschusses hatten sich bereits seit Ende 1940, Anfang 1941 an der wirtschaftlichen Planung für den „Fall Barbarossa“ beteiligt. Wir finden sie nach dem 22. Juni 1941 wieder in der Siemens-Ukraine GmbH, der Fr. Krupp AG,

Hauptstelle Ukraine, der Mannesmann-Röhren- und Eisenhandels-Ukraine GmbH. Die Liste ließe sich beliebig ergänzen. Es fehlte keiner der großen deutschen Konzerne, die alle von der „Verteilung des riesenhaften Kuchens“, wie die Nazis die wirtschaftliche Ausplünderung der UdSSR nannten, profitieren wollten.

Dr. Kurt Laser

Der Widerstand gegen den deutschen Faschismus war vielschichtig

Damit kein Gras über antifaschistische Geschichte wächst und ihre Opfer sowie Überlebenden eine angemessene Würdigung für ihren selbstlosen Kampf erfahren, kümmert sich eine kleine Gruppe von Chemnitzer Bürgern um die Pflege eines Erinnerungsortes an Dr. Richard Sorge in Chemnitz. Ein kleiner Hain mit einem Gedenkstein im Stadtteil Chemnitz-Kaßberg, der das Erinnern an die Aufklärungsgruppe „Ramsey“ und die in Japan Hingerichteten wachhält, erfährt ehrenamtliche und koordinierte Pflege.

Richard Sorge war vor und während des Zweiten Weltkrieges für die sowjetische Auslandsaufklärung als Journalist in China und Japan tätig. Ein Pseudonym für die Illegalität in Deutschland (KPD Beteiligung) lautete R. Sonter, sein Deckname für den Japan-Einsatz „Ramsay“. Er beschaffte im Vorfeld des Bruches des Nichtangriffspaktes durch Deutschland Informationen zum Termin des Angriffs der Wehrmachtstruppen und im September 1941, daß Japan trotz des Dreimächtepaktes mit dem faschistischen Deutschlands keinen Angriff auf die Sowjetunion beabsichtigte. Der Gedenkstein auf dem Kaßberg ist der einzige besuchbare Erinnerungsort im Freistaat Sachsen für den deutschen Internationalisten, einen Aufklärer im Dienst der Roten Armee der Sowjetunion im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht. Straßen, Institutionen und Einrichtungen, die in der DDR nach ihm benannt worden waren, fielen der „Schilderstürmerei“ nach 1989/90 zum Opfer. Ein ähnliches Schicksal teilte das Gedenken an Fritz Schmenkel.

Im Dezember 1938 wurde Schmenkel zur Wehrmacht eingezogen. Der Dienst in Uniform und der Eid auf Adolf Hitler waren ihm zuwider, seine Disziplinlosigkeit brachte ihm mehrmals eine Arreststrafe ein. Nach wiederholtem unerlaubten Entfernen von

der Truppe, zuletzt im Oktober 1939, wurde Schmenkel verhaftet und 1940 von einem Kriegsgericht zu 18 Monaten Haft verurteilt. Im November 1941, wenige Wochen nach seiner Verlegung an die Front als Angehöriger des 1. Artillerieregiments der 186.

Fritz Schmenkel 2022 einen Erinnerungstein auf einem Friedhof bei Minsk setzen zu können. Allein in Chemnitz trugen eine Straße und eine Schule seinen Namen. Vor einiger Zeit stieß ich in einer Publikation der Stadt Schriesheim auf ein weiteres

Beispiel für Opfer der NS-Wehrmachts-Justiz. Es handelte sich um das Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) Walter Mohr – in der DDR als Mitglied der Gruppe „Bejdin“ bekannt. Walter Mohr begab sich freiwillig in Gefangenschaft der Roten Armee, durchlief eine Antifa-Schulung und meldete sich für einen Auftrag als Emissär des NKFD. Er wurde mit anderen Gruppenmitgliedern im Hinterland festgesetzt, von einem Standgericht zum Tode verurteilt und soll 1943/1944 hingerichtet worden sein. Auch für ihn gibt es bisher keine Grabstätte. Walter Mohr war lt. eigenen Angaben anfänglich engagiertes HJ - Mitglied (Jungvolkführer) und für den Kriegseingeworfen. Die Kriegserlebnisse veranlassten ihn, sich freiwillig in Gefangenschaft zu begeben und sich mit gleichgesinnten Deutschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten der Roten Armee zur Verfügung zu stellen. Während seiner Haft im Wehrmachtsgefängnis Torgau verfaßte er für seine Familienangehörigen ein erhalten gebliebenes Credo unter dem Titel: WIDERSTAND MUSS GELEISTET WERDEN!

Drei Schicksale mit unterschiedlichen und weiterhin forschungsrelevanten Biografien, die ein Ziel widerspiegeln – den Kampf gegen den Faschismus mit den unterschiedlichsten Mitteln. Dafür bezahlten sie mit ihrem Leben. Ihr Leben und Kampf sollte uns Ansporn für weitere Projekte zur Aufarbeitung der Geschichte des antifaschistischen Widerstandes, ihrer Träger und Opfer sein.

Raimon Brete
Chemnitz



Gedenkstein für Richard Sorge in Chemnitz

Infanteriedivision, desertierte er und flüchtete in die Wälder von Smolensk. Er reihte sich bei belorussischen Partisanen ein und ließ sich für Hinterland-Einsätze ausbilden. Nach einer Festsetzung während eines Auftrages wurde er 1944 von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Eine private Initiative von Sympathisanten und Unterstützern des Erinnerungsortes „Dr. Richard Sorge“ sammelte Geld, um

Finanzielle Machtprojektion

Dominieren und kassieren: Big Money bleibt gern anonym. Das hindert die Herrschaften nicht daran, die Welt aufzumischen. Ihre Werkzeuge heißen Vanguard, Blackrock oder State Street und nennen sich Vermögensverwalter. Dollarmilliardäre gibt es fast allerorten. Doch ihre genaue Zahl ist nicht bekannt. 2668 dieser Superreichen zählte das US-Magazin Forbes 2022. Doch es gibt Unterschiede. Während einige von ihnen medial präsent sind wie Elon Musk, Einfluß oder Reichtum nicht verschleiern und im Stil moderner Patriarchen ihre Wirtschaftsimperien führen, wie Indiens reichster Mensch Gaudam Adani, verbergen sich doch die meisten in ihren privaten Refugien. Sowohl das „alte Geld“ der USA und deren Satellitenstaaten des globalen Westens, aber auch die jüngeren Emporkömmling der neoliberalen Globalisierung denken nicht daran, sich aufs Coupon-Schneiden zu beschränken und die Renditen zu genießen. Die entsprechenden Werkzeuge dafür stehen bereit und haben sich in den zurückliegenden 15 Jahren zu veritablen Herrschaftsinstrumenten entwickelt: Es sind die großen Geldsammler – Mega-Fonds – die beides garantieren: Anonymität und Teilhabe an der Herrschaft.

Nicht krisenfest

Nach den ersten beiden großen Wirtschaftsbeben des 21. Jahrhunderts – der sogenannten Dotcom-Krise im Jahr 2000 und der vom „Subprime-Crash“ in den USA ausgelösten globalen Finanzkrise 2007 bis 2009, schienen das bis dahin vorhandene Instrumentarium zur Geldvermehrung der Superreichen – die großen Geldhäuser und vor allem die Investmentbanken – nicht mehr besonders geeignet, die Milliardenärspopulation des US-Imperiums in eine ertragreiche Zukunft zu führen. Zu spektakulär war das Versagen der Banker, zu gierig die gesamte Zunft, deren Manager und Trader sich selbst im Verlustfall stattliche Boni gewährten. Der Begriff „Bankster“ war nach 2008 weltweit in aller Munde.

Seitdem machen die großen Fondsgesellschaften das Geschäft. Und das bis heute deutlich effizienter und kostengünstiger – jedenfalls für die Großanleger. Selbst aktiv geführten Fonds der Spitzenklasse gerieten in den Ruf, nicht länger als zwei bis drei Jahre gegen den Markt gewinnen zu können. Die neue Wunderwaffe waren jene Versionen der Exchange Traded Funds (ETFs), die an den Börsen gehandelt und lediglich passiv gemanaged wurden und als Indexfonds nicht spekulativ angelegt waren. Sie bildeten einfach die globalen Börsenindizes nach. Ihre besonders erfolgreiche Ausprägung nennt sich „iShares“, und sie sind ein Markenzeichen des weltweit größten „Vermögensverwalters“, der Blackrock Incorporated mit Sitz in New York City.

Das vom ehemaligen Wertpapierhändler der Investmentbank First Boston, Laurence Fink, nebst weiteren Personen 1988 gegründete Anklagevehikel entwickelte sich rasant zur weltweiten Nummer eins. Geholfen haben dabei eine enge Beziehung zum US-Staat und die erfolgreiche Einführung eines digitalen Risikomanagements, das unter der Bezeichnung

„Aladdin“ (Asset, Liability and Debt and Derivative Investment Network) tatsächlich zu einer Art Wunderlampe für Fink und dessen Leute wurde.

Nach Krise durchgestartet

Die Finanzkrise wirkte wie Doping auf die Blackrock-Geschäfte. Laut Wikipedia wurde Finks Unternehmen 2008 von der US-Regierung beauftragt, die hypothekengesicherten Wertpapiere von der angeschlagenen und abwicklungsreifen New Yorker Investmentbank Bear Sterns zu analysieren. Im Ergebnis wurde das Finanzinstitut vom Bankenplatzhirsch JP Morgan Chase geschluckt. Das Fink-Team war an den Rettungspaketen für die ebenfalls pleitebedrohte AIG – die größte Versicherungsgesellschaft der Welt – und der Megabank Citigroup beteiligt und überwachte für das US-Schatzamt die Bilanzen der ebenfalls zerrütteten Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac.

Heute kontrolliert Blackrock Vermögenswerte im Umfang von 10 000 Milliarden (deutsch: zehn Billionen) US-Dollar und hält Anteile von nahezu allen wichtigen börsennotierten Konzernen des westlichen Welt. Das trifft auch für die im deutschen Leitindex Dax gelisteten 40 Unternehmen zu. Laut einer Studie von S&P Global Market Intelligence und dem Deutschen Investor Relations Verband (DIRK) vom Juni 2023 haben im Verlauf des Jahres 2022 US-Investoren trotz geopolitischer und wirtschaftlicher Krisen ihre Beteiligung am Dax weiter erhöht. Sowohl aktiv verwaltete als auch passive Fonds spielten dabei eine Rolle. Von den zehn größten Käufern stammen neun aus den USA. Allen voran Blackrock. Der Fonds-Riese führt laut Studie weiterhin alle Dax-Unternehmen mit einem Anteil von fünf Prozent am Streubesitz des Index *under* Management. Gemessen am Rückgang des Streubesitzes im Jahr 2022 habe Blackrock seinen Gesamtanteil am Referenzindex erhöht. Insbesondere die US-ETF-Portfolios des Investors hätten zum Aufbau beigetragen.

Avantgarde der Superreichen

Eine große Nummer ist auch die Vanguard Group, deren Bedeutung nicht nur für die Dax-Unternehmen, sondern für das Vermögensmanagement der Reichen und Superreichen mindestens ebenso groß ist, wie die von Blackrock. Vanguard (Avantgarde, Vorreiter) schlägt den Konkurrenten und Partner aus New York sogar auf zwei wichtigen Feldern: Es bietet *erstens* größte Anonymität – denn die Besitzstruktur des Konzerns ist so verschwommen, weil die Anleger die Eigentümer sind – was westliche Kommentatoren als eine Art Genossenchaftsmodell bezeichnen. Und *zweitens* dürfte Vanguard seit der ominösen Ankündigung der Pittsburgher Regionalbank PNC 2022 (die 22 Prozent an Blackrock hielt) mit 8,65 Prozent (Beteiligungswert knapp 7,8 Milliarden Dollar) größter Aktionär von Blackrock sein.

Vanguard umgibt dank der intransparenten Eigentümerstruktur und der kaum durchschaubaren Machtprojektion von Mega-Anlegern auf das Management etwas geheimnisvolles.

Wichtigste Einleger/Anteilseigner sollen u. a. die Familien des alten US-Geldadels wie Rockefeller, Morgan, Vanderbilt, auch Rothschild, DuPont oder Bush sein. Wer auch immer das letzte Okay dort gibt – der 2020 etwa 5600 Milliarden Dollar schwere Fonds-Gigant dürfte machtpolitisch ein ähnliches Gewicht haben wie Blackrock.

Was das konkret bedeutet, hat eine weitere Studie – diesmal vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) – angedeutet, die Anfang August bekannt geworden war. Darin wird vor allem zweierlei beklagt: Die zunehmende Dominanz von US-Vermögensverwaltern innerhalb der Eigentümerstrukturen von deutschen Publikumsgesellschaften und vor allem die Tatsache, daß dies dazu geführt habe, daß diese Fonds „zunehmend gemeinsame Eigentümer von deutschen Unternehmen“ seien. „Wenn die gemeinsamen Eigentümer zusammen mehr Anteile halten als die Einzelinvestoren, kann dies wettbewerbsrechtlich bedenklich sein“, hatte die Nachrichtenagentur Reuters den DIW-Studienautor Jo Seldeslachts im August zitiert.

Konkurrenz aushebeln, Preise diktieren?

Demnach könnten sie mit zunehmender Eigentümervernetzung deutscher Unternehmen untereinander und mit US-Firmen ihren Einfluß auf Preise und Gewinne ausbauen. „Das Risiko besteht, daß die großen Investoren ihre Macht mißbrauchen, bedürfen die gemeinsamen Eigentümerstrukturen dringend der Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und EU-Ebene“, so Seldeslachts.

Die zaghafte Kritik an der Tatsache, daß US-Investmentgiganten über ihre Eigentümerfunktion hinaus auch das operative Geschäft der Konzerne beeinflussen können – und es wohl auch tun – ist verständlich.

22 der 25 größten börsennotierten Firmen Deutschlands haben laut DIW inzwischen gemeinsame Anteilseigner mit mindestens einem anderen Unternehmen – und damit doppelt so viele wie vor der Finanzkrise 2008/2009. Seitdem „haben sich auch die Eigentümerstrukturen börsennotierter deutscher Unternehmen stark gewandelt“, schrieb Reuters. „Waren im Jahr 2004 hauptsächlich europäische Banken und Versicherungskonzerne gemeinsame Eigentümer deutscher Unternehmen, dominieren im Jahr 2015 amerikanische Vermögensverwalter wie BlackRock“, erläuterte das DIW unter Berufung auf Daten aus der Thomson Reuters Global Ownership Database.

Damit einher ging offenbar, daß die spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts praktizierte Trennung zwischen Kapitalfunktion (Management) und Kapitaleigentum (Shareholder/Anteilseigner) an Akzeptanz verloren hatte. Die jahrzehntelangen Exzesse von Investmentbankern dürften dabei einer der Auslöser gewesen sein. Seitdem haben Megafonds wie Blackrock, Vanguard, The Capital Group oder State Street die Macht über die Kapitalallokation zumindest der westlichen Welt, den damit befeuerten Verwertungsprozess und dessen Kontrolle übernommen.

Klaus-Dieter Fischer

Globale Probleme (3)

Wasser und Nahrung

Daß die Erde, weil sie an der Oberfläche zu über zwei Drittel mit Wasser bedeckt ist, aus dem All als blauer Planet erscheint, ist wohl fast jedem bekannt. Daß von den rund 1,6 Milliarden Kubikkilometern Wasser aber nur rund 2,5 Prozent Süßwasser ist, vom dem jedoch, weil an der Oberfläche befindlich, nur rund 0,8 Prozent leicht zugänglich sind, wissen schon sehr viel weniger Menschen. Zu jenem in Flüssen, Seen und z.B. in Stauseen gespeicherten Süßwasser kommen unterirdische Reservoirs und jede Menge Polar-, Gletscher- und anderes Eis. So ist, obwohl einer der Grundbausteine des Lebens auf der Welt, das meiste sichtbare Wasser für Menschen, Tiere und Pflanzen an Land nicht nutzbar. Darüber hinaus führt die zunehmende Erderwärmung zu einem Auftauen der Eismassen an den Polkappen und der Gletscher in den Gebirgen. Jenes Tauwasser fließt dann mehr oder weniger schnell in die Meere und müßte, um weiter genutzt werden zu können, mühselig und aufwändig entsalzt werden. Das bedeutet, daß mit der Naturressource Wasser sorgsam umgegangen werden muß, was eine Binsenweisheit zu sein scheint. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

Den Löwenanteil am weltweiten Wasserverbrauch hat natürlich die Industrie. Es gibt quasi keinen Industriezweig, der ohne Wasser im Produktionsprozeß auskommt. Und auch hier wird fast ausschließlich Süßwasser genutzt. Es wird aus Flüssen abgeleitet, aus Seen und als Grundwasser hochgepumpt. Wie meinte doch jener US-amerikanische Milliardär vor der Eröffnung seiner Elektroautobude im brandenburgischen Grünheide, als er auf das Wasserproblem angesprochen wurde: Er sehe kein Problem, alles schön grün hier, jede Menge Wasser unter und über der Erde ... Nun ja, die typische Haltung eines Unternehmers. Doch das eigentliche Problem ist nicht der Wasserverbrauch zur Erzeugung von Strom oder bei der Produktion von Batterien.

Das wirkliche Problem ist die anarchische kapitalistische Produktionsweise. Statt zu produzieren, um die Lebensbedürfnisse von Menschen zu befriedigen, dient die Produktion unter diesen gesellschaftlichen Verhältnissen ausschließlich der Erzielung von Profit. Das führt nicht nur zu einer gigantischen Überproduktion von Dingen, die, kaum hergestellt, bereits Abfall sind. Es bedeutet auch, daß der moderne Konsummenschen neue, völlig unnötige Bedürfnisse vermittelt Werbung übergestülpt bekommt. Doch es geht nicht um Konsumverzicht allein, sondern darum, andere ausbeutungsfreie politökonomische Verhältnisse zu schaffen. Natürlich sind Überproduktion und Konsumismus nur ein Problem der reichen Länder der sogenannten ersten Welt.

In vielen armen Ländern haben Millionen Menschen nicht einmal ausreichend Zugang zu sauberem Trinkwasser. Laut Wikipedia

hat fast die Hälfte der Weltbevölkerung, also ungefähr vier Milliarden Menschen, mindestens einen Monat im Jahr keinen Zugang zu sauberem Wasser. Für fast zwei Milliarden trifft das sogar zwischen vier und sechs Monaten zu. Und mehr als eine halbe Milliarde können das ganze Jahr über nicht mit sauberem Wasser versorgt werden. In aller Regel muß das nötige Trinkwasser über kilometerlange Strecken herangeschafft werden. Und immer noch sterben täglich tausende an Wassermangel. Das ist nicht nur der ungleichen Verteilung der Ressource Wasser geschuldet. Klimawandel, Versiegelung von Flächen und eine nur auf Profit ausgerichtete Landwirtschaft tragen zunehmend zur Ungleichverteilung bei.

Wasser wird zunehmend zur Ware. Denken wir an die vielfältigen Versuche auf der Welt, Wasser zu privatisieren. Naheliegendstes schlechtes Beispiel ist Berlin, das seine Wasserversorgung erst privatisierte und dann für ein Vielfaches zurückkaufen mußte, weil eine flächendeckende Versorgung nicht mehr gewährleistet war. Und anstatt armen Ländern zu helfen, investiert die Bundesregierung 100 Milliarden Euro und mehr zusätzlich in Krieg und Zerstörung, nur weil man den Zweiten Weltkrieg immer noch nicht verloren geben will.

Ähnlich wie mit dem Wasser verhält es sich mit den Nahrungsmitteln. Das war schon vor 50 Jahren so, da gab es z. B. „Butterberge“ in der EWG, dem Vorläufer der EU. Damals ging es um die Vernichtung von tausenden Tonnen Butter (und vielen anderen Lebensmitteln), um die Preise hochzuhalten. Heute stirbt, nach Angaben der Welthungerhilfe, alle 13 Sekunden ein Kind an den Folgen von Mangel- und Unterernährung. Zwar ist die Zahl der Hungerleidenden nach der Statistik von 1990 bis heute von ca. einer Milliarde Menschen auf ungefähr 850 Millionen zurückgegangen, doch steigt der prozentuale Anteil von Hungernden an der Weltbevölkerung seit 2014 wieder an. Gibt es nicht genug Nahrungsmittel für sieben oder mehr Milliarden Menschen? Doch, es ist genügend da für alle, um sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren, sagt die Welternährungsorganisation der UNO.

Aber die Nahrungsmittel sind ungleich verteilt. Daran hat sich seit den mahnenden Worten des Club of Rome nichts geändert, auch wenn die damals prognostizierten Hungerkatastrophen ausgeblieben sind – zumindest im reichen Westen. Aber in vielen Ländern Afrikas und Asiens ist die Lage dramatisch. Denn nach wie vor ist die Verteilung von Nahrungsmitteln entweder dem Profit unterworfen oder wird als wirkliche oder Propagandawaffe, wie das „Weizendrama“ aus der Ukraine zeigt, mißbraucht. Hoch und runter wird das Thema des ukrainischen Weizenexports in fast allen Medien des Westens als perfide Aktion Rußlands beschrieben, die damit den Welthunger verschärft. Ist das so? Eigentlich hat Rußland, um eben

diesen Eindruck zu vermeiden und die armen Länder nicht mit in den Konflikt hineinzuziehen, recht schnell einem Abkommen zugestimmt, das es der Ukraine erlaubt, das Getreide über das Schwarze Meer zu exportieren. Natürlich unter der Voraussetzung, daß die Getreideexporte Rußlands sowie die Exporte für Düngemittelgrundstoffe (hier ist Rußland weltweit führender Hersteller) nicht behindert werden.

Was ist passiert? Nachdem die Westmedien (TV, Radio, Zeitungen, soziale Medien) zunächst die Rolle der Ukraine am Welthandel stark übertrieben hatten – er liegt real nur bei weniger als 20 Prozent – kam Schwung in die Sache, und es wurden Millionen Tonnen ukrainischen Getreides außer Landes geschafft. Allerdings wurde das Gros von Spekulanten aufgekauft, was die Preise für Landwirte in Europa verdrängte. Polen und einige andere Länder fordern seither, ukrainisches Getreide nicht in Europa zu verkaufen. Als wenn sich nationale Regierungen bei solchen Supergeschäften über die internationalen Konzerne hinwegsetzen könnten.

So kam es zu dem schizophrenen Zustand, daß billiges ukrainisches Getreide die EU-Landwirtschaft beschädigte, gleichzeitig aber alle Getreideprodukte extrem im Preis nach oben gingen. Biertrinker können ein Lied davon singen. Überhaupt gelangten nur 12 Prozent jenes für die Welthungerbekämpfung so wichtigen ukrainischen Naturstoffes in die armen Länder oder in die Hände der Organisatoren, die den Welthunger lindern helfen. Gleichzeitig wurden die russischen Forderungen nicht erfüllt – und das, obwohl Rußland mehr als doppelt so viel Getreide produziert wie die Ukraine. Hinzu kommt, daß der in den Entwicklungsländern dringend benötigte Dünger nicht in genügendem Maße hergestellt werden kann, weil die russischen Grundstoffe wegen der Sanktionen nicht die Märkte erreichen. Die Situation war so, daß Putin sogar angeboten hat, afrikanischen Ländern Getreide kostenlos zur Verfügung zu stellen. Natürlich liegt auch darin ein politisches Kalkül. Das ist mir aber, ehrlich gesagt, lieber als das heuchlerische Samaritergetue des Westens, unter dem die armen Länder als Hungergeiseln im Weltpokal mißbraucht werden.

Eigentlich ist es nicht verwunderlich, wenn immer mehr Länder außerhalb der westlichen Konsum- und Wohlstandsblase eher in Rußland einen verlässlichen Partner sehen als in Ländern wie den USA, Frankreich, Großbritannien, Italien oder auch der BRD. Wer immer nur Waffen als „Problemlöser“ schickt und für jeden Entwicklungshilfedollar 1,5 Dollar zurückhaben will, ist wohl nicht sonderlich an der Lösung der wirklichen Probleme der Menschen interessiert. Man kann es drehen und wenden wie man will: Globale Abhilfe schafft nur die globale Veränderung der vom Kapital beherrschten politischen und ökonomischen Verhältnisse.

Uli Jeschke

Streikrecht in Deutschland

Beginnen wir mit einer vermeintlich trivialen Frage. Was ist ein Streik? Eine Antwort darauf hat jeder parat. Sie wird mehr oder weniger der Definition entsprechen, die wir in der letzten Auflage des „Kleinen politischen Wörterbuchs“ der DDR von 1988 nachzulesen ist. Demzufolge ist Streik die „gemeinsame, meist auf der Grundlage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses organisierte Arbeitsniederlegung oder Arbeitseinstellung im Kapitalismus durch Werk­tätige eines Wirtschaftszweigs, Betriebs oder Berufs, um politische, ökonomische und soziale Forderungen durchzusetzen“. Fragt man weiter, wie es um das Streikrecht dem Grunde nach in Deutschland bestellt ist, stößt man auf eine zunächst verwirrende Meinungsvielfalt.

In einer aktuellen Broschüre der Gewerkschaft ver.di „Streik - Unser gutes Recht“ heißt es gleich in der Einleitung: „Der Streik ist ein Grundrecht (Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz)“. Beim Bayerischen Rundfunk ist man da anderer Meinung: „Streik ist in Deutschland im Gegensatz zum Beispiel zu Frankreich kein Grundrecht“ (Sendung vom 21. Juni 2023 „Streik - Grundrecht mit Grenzen“). Um so ernüchternder die Rechtsauffassung des Bundesarbeitsgerichts: Der Arbeitskampf sei lediglich ein „Hilfsmittel zur Sicherung der Tarifautonomie. Deshalb darf er auch nur als Instrument zur Durchsetzung tariflicher Regelungen eingesetzt werden (BAG, 1 AZR 468/83 vom 5. März 1985). Tatsächlich ist das Streikrecht weder in der Verfassung noch in einem Gesetz geregelt.

Auch Art. 9 Abs. 3 GG spricht nur in einem Nebensatz von der Existenz von „Arbeitskämpfen, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ geführt werden. Kurzum: Das Arbeitskampfrecht ist auch im 74. Jahr der Bundesrepublik reines Richterrecht. Und die Rechtsprechung hat eine klare Linie: Nur solche Streiks sind erlaubt, die gewerkschaftlich geführt sind (keine „wilden Streiks“). Unzulässig sind Arbeitskämpfe, die nicht unmittelbar tarifvertragliche Inhalte gegen die Kapitalistenseite durchsetzen, sondern staatliches Handeln erzwingen wollen (politische Streiks). Ebenfalls rechtswidrig sei der Generalstreik, der gleich welches Ziel er habe, die Pflicht zu „maßvollem Umgang“ mit dem Gegner verletze.

Die Teilnehmer an illegalen Streikaktionen müssen mit empfindlichen arbeitsrechtlichen Sanktionen rechnen, von der Abmahnung und der verweigerten Lohnzahlung bis zur Kündigung. Wer mit der Streikaktion ein politisches Ziel verfolgt hat, dem droht zusätzlich die Strafverfolgung gemäß § 105 Strafgesetzbuch (Nötigung von Verfassungsorganen). Selbst der noch bleibende traurige Rest des Streikrechts, nämlich der Streik als bloßes „Hilfsmittel“ in der Tarifauseinandersetzung der „Sozialpartner“, wird durch die Grundsätze der Friedenspflicht und das Prinzip „Streik darf immer nur letztes Mittel sein“ (ultima ratio) reglementiert.

Übrig bleibt die vom Bundesarbeitsgericht und den Unternehmerverbänden mit gnädigster Huld gewährte Möglichkeit, in

Ausnahmefällen in den Ausstand treten zu dürfen.

Die historische Ursache für diesen marginalisierten Status des Streikrechts liegt in den ersten Jahren der Bundesrepublik und ist eng verbunden mit dem Namen des Arbeitsrechtlers Carl Nipperdey (1895-1968). In linientreuer Gefolgschaft zum Nationalsozialismus arbeitete Nipperdey an den Entwürfen eines faschistischen „Volksgesetzbuches“ mit, das das seit 1900 geltende Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) ersetzen sollte. Aus seiner Feder stammt das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) von 1934, das die Überbleibsel des Arbeitsrechts der Weimarer Republik beseitigte.



Otto Brenner
(1907-1972)

Es galt nun das „Führerprinzip“, in der „Betriebsgemeinschaft“ hatten die Arbeiter (sie waren ab 1934 „Gefolgschaft“) in „Treuepflicht“ zum Betriebsinhaber zu stehen. § 65 AOG strich das Streikrecht ersatzlos, Gewerkschaften waren verboten. Nach Kriegsende war Nipperdey kurz Mitglied in der SPD, bot sich dann Unternehmerverbänden als „Gutachter“ an. Im Jahre 1952 schlug dann seine Stunde. Am 28. Mai 1952 traten bundesweit Druckerarbeiter gegen das von der Adenauer-Regierung auf den Weg gebrachte neue Betriebsverfassungsgesetz in den Streik. Deutschland war zwei Tage ohne Zeitungen, in Hamburg, Bochum und Frankfurt fanden Massenkundgebungen statt, fast eine halbe Million Menschen waren auf der Straße. Bundeskanzler Adenauer witterte einen „Angriff auf die Pressefreiheit“ und drohte mit strafrechtlicher Verfolgung. Nipperdey, der von der Unternehmenseite als Gutachter beauftragt worden war, kam zu Ergebnis, der Streik sei wegen seiner politischen Zielsetzung illegal und gefährde das – von Nipperdey neu entdeckte – „Demokratieprinzip“.

Der Streik wurde niedergeschlagen, der Bundestag verabschiedete am 11. Oktober 1952 das Betriebsverfassungsgesetz, Nipperdey bekam 1954 die Präsidentschaft des Bundesarbeitsgerichts geschenkt und wurde mit dem großen Bundesverdienstkreuz „mit Stern und Schulterband“ belohnt. Das Jahr 1952 besiegelte auch die lange Tradition machtvoller politischer Streiks wie den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch im März 1920, als über 12 Millionen an Rhein und Ruhr in den Ausstand traten oder den bizonalen Generalstreik vom 12. November 1948, als über 9,25 Millionen Arbeiter

gegen Preiswucher, Kriegsgewinnler und für die Verstaatlichung von Banken und Schlüsselindustrien auf die Straße gingen.

Die Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts zum Streikrecht entwickelten fortan Nipperdeys Sicht der Dinge weiter. Natürlich wurden die Begriffe aus der dunklen Vergangenheit des in den 50er und 60er Jahren führenden deutschen Arbeitsrechtlers umgestellt und für das bundesdeutsche Kollektivarbeitsrecht passend gemacht. Aus dem Schicksalsverbund der „Betriebsgemeinschaft“ wurden die „Sozialpartner“ oder „Tarifpartner“, aus der „Treuepflicht der Gefolgsleute“ die „Friedenspflicht“ und das Primat „maßvollen Umgangs“ mit der Unternehmenseite. Widerstand regte sich vereinzelt, drang jedoch nie durch.

So erklärte IG-Metall Chef Otto Brenner in einem SPIEGEL-Interview vom 15. Mai 1966 zu den drohenden Notstandsgesetzen: „Zur Rettung der Demokratie werden wir notfalls auch zu gewerkschaftlichen Aktionen aufrufen. Ich denke hier an das Beispiel des Generalstreiks von 1920, der einen Staatsstreik vereitelt hat“. Schon zwei Jahre später hatte sich das erledigt, die SPD war inzwischen mit der CDU eine Koalition eingegangen.

Die Basis ging gegen den Willen der Gewerkschaftsführung auf die Straße, im Mai 1968 kam es in einzelnen Betrieben zu Proteststreiks, kurzfristigen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Die Notstandsgesetze wurden dennoch am 30. Mai 1968 (mit den Stimmen der SPD-Fraktion) verabschiedet. Heute sitzen die Gegner eines umfassenden Streikrechts in Politik, den Chefetagen der Kapitalistenverbände und in den Amtszimmern der Arbeitsgerichte fester denn je im Sattel. Auch von der seit Jahrzehnten eingeforderten Anpassung des deutschen Arbeitskampfrechts an § 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta, die ein weitergehendes Streikrecht gewährt, blieben sie stets unbeeindruckt. Am 25. April dieses Jahres entschied das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, daß die fristlose Kündigung von 350 Fahrradkurieren des Lieferdienstes „Gorilla“ in Folge einer vom Gericht als illegal eingestuften Streikaktion im Oktober 2021 rechtens sei und bestätigte damit ein weiteres Mal die Nipperdeysche Rechtstradition.

Dem Arbeitsrechtler und früheren Vorsitzenden der IG Medien, Detlef Henschke, ist zuzustimmen, wenn er feststellt: „Solche Fragen, die zuvörderst Machtfragen sind, legt man nicht in die Hände von Juristen“. Die Schwäche der Arbeiterbewegung spielt derzeit dem Interesse der Herrschenden an einem zurechtgestutzten Streikrecht in die Karten. Eine negative Bilanz, die sich angesichts der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus aber auch wieder umkehren wird. Für seine Krisen sorgt das Kapital verlässlich selbst: Explodierende Miet-, Lebensmittel- und Energiepreise, Reallohnabbau, Betriebsinsolvenzen und Deklassierung des Kleinbürgertums treiben die Kluft zwischen Arm und Reich auf die Spitze. Über alles weitere, und auch das Streikrecht, entscheidet allein die Straße.

Dr. Ralf Hohmann

Die Trommel ruft gegen Unruhestifter

Neue Gesetze und Verordnungen bis hin zum Denunziantentum

Adbusting – eine Aktionsform, bei der Plakate inhaltlich verändert werden – wer hätte dazu nicht schon einmal Lust gehabt, z.B. bei den smarten Werbeplakaten der Bundeswehr. So auch eine Tempelhofer Studentin, die sich leider von der Polizei erwischen ließ. Man nahm daraufhin ihre DNA auf und führte eine Hausdurchsuchung durch. Sollte sie sich demnächst vielleicht auf eine Beamtenstelle im Öffentlichen Dienst bewerben, könnte das schwierig werden.

Das Beamtentum hat in Deutschland nämlich eine sehr unheilige Tradition. Dieses Jahr ist es 90 Jahre her, daß am 7. April das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen wurde, das den Nazis den Weg zu umfangreichen Säuberungen freimachte. Gemäß § 4 durften keine Beamten im Staatsdienst geduldet werden, „die nach ihrer politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat einträten“.

Vor 51 Jahren übernahm der „Radikalenerlaß“ von 1972 diese Formulierung fast wörtlich, denn Beamter dürfe nur werden, „wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt“. In diesem „jederzeit Gewähr bieten“ steckt eine Gesinnungsprognose, die nicht auf belegbare Taten abhebt, sondern auf eine von der Behörde gemutmaßte innere Haltung, die vielleicht irgendwann einmal zweifelhafte Taten zur Folge haben könnte. Nazijurist Geiger war übrigens 1933 am Gesetz beteiligt und auch Schriftführer am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das 1975 die Berufsverbote rechtfertigte. Auf dieses Urteil beruft sich auch die Änderung des Beamtengesetzes, das derzeit in Brandenburg – auf Initiative des

Innenministers Stübgen, CDU, – bereits in 1. Lesung im September 2022 den Landtag passierte und einen „Verfassungstreuecheck“ vorsieht, der bei Einstellungen eine Nachfrage beim Verfassungsschutz fest schreibt. Aufgrund von „Erkenntnissen“ des Verfassungsschutzes wird dann eingestellt oder abgelehnt. „Zweifel“ des Dienstherrn reichen aus, er kann gar aufgrund einer ominösen „Prognose“ handeln, ohne daß er einen Beweis für etwaige verfassungswidrige Taten antreten muß, eine Umkehrung der Beweislast. Auch in Sachsen plant man Entsprechendes, bisher allerdings nur für die Bereich Polizei und Justiz. Was uns in Berlin bei der CDU/SPD-Regierung blüht, bleibt abzuwarten.

Entsprechend sieht auch die geplante Änderung des Disziplinarrechtes von Innenministerin Faeser (SPD) aus, gegen das der DGB umfangreichen Protest formulierte. Bisher konnte nur ein Verwaltungsgericht die Entlassung aus dem Dienst verfügen, künftig soll dies der Dienstherr durch einen einfachen Verwaltungsakt vornehmen können.

Stübgen und Faeser argumentieren zwar, sie wollten gegen rechts vorgehen, die Formulierungen der Texte sprechen aber nur pauschal von „Extremisten“. Die Berufsverbote der 70er trafen zu über 98 % nur links orientierte Kolleginnen und Kollegen, obwohl es angeblich gegen rechts und links ging.

Als Sahnehäubchen gibt es jetzt dazu noch ein Whistleblower-Gesetz. Selbiges plant derzeit auch die EU, wobei sich die dortige Vorlage auf Verstöße gegen die Verkehrssicherheit, Gesundheitsschutz o.ä. beschränkt. Nicht so das „Hinweis-

geberschutzgesetz“ der Bundesregierung (Antrag vom 17.3.23), das zum Denunziantentum einlädt: Wer Mitarbeiter anschwärzt, soll unerkannt bleiben und keiner Verfolgung ausgesetzt sein. Laut Ampel soll auch jemand geschützt sein, der explizit angebliche verfassungsfeindliche Aktivitäten seiner Kolleginnen und Kollegen denunziert. Ein Novum, auch in der EU!

Der Strauß von undemokratischen Gesetzesinitiativen wird unter dem Slogan „wehrhafte Demokratie“ verkauft, ist aber ein weiterer Schritt zum Abbau demokratischer Rechte.

Wer dagegen demonstrieren will, bekommt es – bisher allerdings nur in Hessen – mit neuen, umfangreichen Auflagen der Polizei zu tun, bis hin zur namentlichen Aufzählung der vorgesehenen Ordnerinnen und Ordner. Oder Demonstrieren wird einfach verboten.

Die Anfang Mai erfolgte Razzia bei 15 Personen der „Letzten Generation“ zeigt jedoch, wie schon jetzt massiv gegen Kritiker der aktuellen Regierungspolitik vorgegangen wird.

Auch das Dresdener Urteil gegen Lina E., die mehr als fünf Jahre Haft wegen Attacken gegen Neonazis erhielt, sowie der anschließende brutale Polizeieinsatz bei den diesbezüglichen Protesten in Leipzig zeigen, was man unter der angeblichen Zeitenwende zu verstehen hat. Innenministerin Faeser versprach danach, verstärkt gegen Links vorgehen zu wollen. Und der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei freute sich über den „wehrhaften Staat“. So geht die Rolle rückwärts in die 50er Jahre.

Lore Nareyek

für die AG Berufsverbote in der gew-berlin

Meinungsfreiheit in Gefahr

Es ist den Herrschenden gelungen, dieses Land in ein geistiges Gefängnis zu verwandeln, in dem die Vernunft gescholten, Krieg als Frieden verkauft und die Wahrheit als Lüge bezeichnet wird.

Immer schwieriger wird es, ohne Gefahr offen seine Meinung zu äußern, wenn diese dem Mainstream widerspricht. Dennoch nehmen viele Menschen immer noch nicht wahr, wie weit sich die BRD von dem eigenen Selbstbild entfernt hat. Als wollten sie mit aller Kraft an dem in jahrzehntelanger Propaganda vom „besten Deutschland aller Zeiten“ eingehämmerten Narrativ festhalten, damit der Glaube von der eigenen Überlegenheit nicht ins Wanken gerät. Sie klammern sich an die medial verbreiteten Trugbilder vom hiesigen Paradies und an die Feindbilder von Ländern, in denen alles noch viel schlimmer sei als bei uns, ohne dieses zu

hinterfragen. Gleichgeschaltete Medien ergießen unaufhörlich ein Gebräu aus Selbstbeweihräucherung der Verhältnisse hier und widerlicher Hetze auf andere Nationen über die Köpfe der Menschen. Diese haben dank ständiger Panik- und Angstmache und immer schwererer Lebensbedingungen oft gar nicht mehr die Kraft, sich der permanenten Verblödung und Indoktrinierung zu widersetzen.

Wenn kritische Geister wie die Journalisten Dagmar Henn oder Gert Ewen Ungar sich gezwungen sehen, Deutschland zu verlassen, weil ihnen wegen ihrer Meinung die soziale Existenz und das Recht, angstfrei ihre Meinung zu vertreten, versagt wurde, herrschen Verhältnisse in Deutschland, die mit Freiheit und Demokratie wenig zu tun haben.

Ein Land, das Andersdenkende in Gefängnisse sperrt, ist ein gescheitertes Land. Es ist ein

Land, dessen Eliten moralisch verkommen, unfähig und hochgradig korrupt sind.

Früher oder später wird die ausgesperrte Wahrheit sehr unsanft an deren Tür klopfen und sich Eintritt verschaffen. Das wird die Chance für einen gesellschaftlichen Neuanfang sein. Es liegt an uns, was wir dann aus dieser Chance machen. Unsere Väter und Großväter, Mütter und Großmütter haben nach 1945 bewiesen, daß man eine ruinierte Gesellschaft wieder aufbauen kann.

Einer der dümmsten Sätze der Geschichte war jener vom angeblichen Ende der Geschichte nach dem vorläufigen Sieg des Westens über die sozialistischen Staaten. Es gibt kein Ende der Geschichte, aber es ist unübersehbar, daß die Geschichte des Westens langsam dem Ende zugeht.

Ulrich Guhl
Strausberg

30 Jahre GRH – ein Kampf für Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und Verfolgung

Vor 30 Jahren, im Mai 1993, wurde auf Initiative von Genossinnen und Genossen die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) gegründet. Der Beweggrund war die seit Oktober 1990 aufkommende und beginnende politische Strafverfolgung gegen Bürger der DDR, vorrangig gegen Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane, gegen Staatsanwälte und Richter, Funktionäre in Parteien, gegen Leiter in Staat und anderen Organen sowie Kundschafter des Friedens. Es begann eine hysterische Verfolgung derjenigen, die sich verantwortlich am Aufbau des ersten deutschen Friedensstaates beteiligten. Man verlor keine Zeit, um nach 1990 mit der Abrechnung zu beginnen, Rache und Vergeltung zu üben. Der „Unrechtsstaat DDR“ und die „zweite deutsche Diktatur“ wurden erfunden, und es entstand eine regelrechte, von den herrschenden Eliten gesponserte Aufarbeitungsindustrie bar jeglicher wahrheitsgemäßen objektiven Darstellung der Geschichte. Es sei noch einmal an die Bilanz der politischen Strafverfolgung in Deutschland nach 1990 erinnert. Von ihr betroffen waren rund 105 000 Bürger der DDR sowie 3000 Bürger der Alt-BRD und Westberlins. Die bundesdeutsche Staatsanwaltschaft leitete ca. 85 000 Strafverfahren ein. Daraus erfolgten ca. 1000 Verurteilungen, zumeist von Politikern, Angehörigen der Grenztruppen, Juristen und Kundschaftern des Friedens. In über 100 Fällen wurden

Freiheitsstrafen ohne Bewährung ausgesprochen – bis zu 12 Jahren. ALLE Verurteilungen waren politisch motiviert, verletzten internationales Recht und das eigene Grundgesetz der BRD, so das Rückwirkungsverbot, die Anwendung von Fremdrecht. Die Verurteilten „verbüßten“ zusätzlich eine „Strafe nach der Strafe“. Sie befanden sich oft in einer psychisch und sozial schwierigen Situation. Durch Strafrenten, Wegfall von Pensionen und Renten wurde teilweise die Existenzgrundlage ganzer Familien gefährdet. Zusätzlich mußten viele jahrelang, oft bis an ihr Lebensende, hohe Gerichts- und Anwaltskosten begleichen.

Unser Motto lautet: „UNSERE STÄRKE IST DIE SOLIDARITÄT“

Wir standen und stehen, falls gewünscht und erforderlich, bis heute den Verfolgten zur Seite und unterstützen sie juristisch und humanitär, im Rahmen unserer Möglichkeiten auch finanziell.

Viele unserer Mitglieder haben an Publikationen, Biographien, Zeitzeugenberichten gearbeitet, umfangreiche Veröffentlichungen in verschiedenen Publikationen vorgenommen und öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Regelmäßig erhalten alle Mitglieder und Sympathisanten seit der Gründung der GRH die monatlichen „Mitteilungen“ und eine Vielzahl von Dokumentationen zu besonderen Höhepunkten, Jubiläen, Jahrestagen und anderen Anlässen.

Die 30 Jahre Existenz der GRH waren geprägt von einem aufopferungsvollen Kampf gegen die Verfolgung und Verunglimpfung von Kommunisten und Sozialisten, gegen Lügen und Geschichtsfälschung, gegen die Kriminalisierung der DDR. Der bundesdeutschen antikommunistischen Propaganda stellten wir die DDR als größte Errungenschaft auf deutschem Boden entgegen, da sie es vermochte, dem Kapital für 40 Jahre das ausbeuterische Eigentum und die politische Macht zu entziehen.

Angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre, seiner Kriegspolitik und Feindschaft gegen Rußland und China, offenbart der „Rechtsstaat“ BRD seinen wahren reaktionären Charakter. Vasallentum und Hörigkeit, Meinungsdictatur, mediale Kontrolle und Zensur, Verfolgung von Andersdenkenden gehören heute zum Alltag in diesem Land. Allgemeine Freiheiten sind nicht nur eingeschränkt, mit Waffenlieferungen in die Ukraine, Ausbildung ukrainischer Soldaten und Hetze gegen Rußland wird der Krieg verlängert bis zur Gefahr eines Weltbrandes. Darüber aufzuklären und gemeinsam mit Bündnispartnern, u.a. dem OKV und dem „RotFuchs“, für Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit zu streiten, ist und bleibt wichtigste Aufgabe unserer Organisation. Das entspricht auch dem Vermächtnis der vielen verfolgten und gedemütigten Bürger und Freunde der DDR, die ihre Kraft für eine sozialistische Zukunft eingesetzt haben.

Reiner Neubert, Hans Bauer, GRH

Der 17. Juni und der Eiertanz der PDL

Für die Sieger des konterrevolutionären Herbstes von 1989 gab es in diesem Frühsummer mit dem 70. Jahrestag des 17. Juni 1953 reichlich Gelegenheit, Haß und Häme auf die DDR auszuschütten, woran sich führende Kräfte der Partei Die Linke (PDL) kräftig beteiligten.

Deren Redner im Bundestag setzten wirklich alles daran, zumindest in der Bewertung der historischen Eckpunkte, mit den anderen Fraktionen gleichzuziehen.

Dietmar Bartsch erklärte in seiner bisherigen Funktion als PDL-Fraktionschef, daß die Menschen im Juni vor 70 Jahren über Ungarn 1956 und Prag 1968 zu frühen Wegbereitern der „friedlichen Revolution“ von 1989 in Leipzig geworden seien. Mehr Anerkennung aus den Reihen einer Nachfolgepartei geht wohl kaum. Nicole Gohlke aus Brandenburg zündete dann den Asche-aufs-Haupt-Turbo erst richtig: „Es ging letzten Endes um nichts weniger als um die Forderungen nach einem Bruch mit dem stalinistischen Regime, nach Demokratie und freien Wahlen, nach Freilassung von politischen Gefangenen, und es war ein Aufstand von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen das Auspressen ihrer Arbeitskraft, gegen die vorgesehene Erhöhung der Arbeitsnormen, also

die faktische Kürzung der Löhne und Absenkung des Lebensstandards. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen. Über 50 Menschen wurden bei den Protesten getötet oder zum Tode verurteilt, mehr als 15 000 Menschen wurden teilweise lange Jahre inhaftiert. Wir haben auch 70 Jahre später den allergrößten Respekt vor dem Mut der Aufständischen von damals. Wie viel demokratischer und selbstbestimmter hätte die Geschichte vielleicht verlaufen können, wäre der Arbeiteraufstand von 1953 erfolgreich gewesen!“ Allerdings! Die DDR und damit der Sozialismus auf deutschem Boden wären nach nicht einmal vier Jahren wieder vom Parkett der Geschichte verschwunden. Denn eine instabile Lage im Arbeiter- und Bauern-Staat hätten sich das kapitalistische Westeuropa und die USA wohl kaum entgehen lassen. Und Gohlkes Partei gäbe in der heutigen Form wohl auch nicht. Aber die PDL-Nachwuchshoffnung würde selbstverständlich auch in der SPD nicht fremdeln.

Als gebürtige Merseburgerin freute sich Heidi Reichinnek über Debatte und Gedenkstunde zum Thema im Parlament und betonte nochmals, daß lediglich in Thüringen unter der rot-rot-grünen Koalition der 17. Juni zum

Gedenktag auserkoren worden sei. Glücklicherweise gibt es im Freistaat unter König Bodo I. keine anderen Sorgen und Nöte. Derweil die PDL diesen Eiertanz vollzog, wartete das rbb-Fernsehen mit einer für diese Zeiten recht ausgewogenen Dokumentation zum 17. Juni 1953 auf. Darin wurde unter anderem ausgeführt, daß die Erhöhung der Arbeitsnormen bereits am Vorabend durch die SED zurückgenommen worden war. Die ganze Aktion hätte also gar nicht erst gestartet werden müssen. Allerdings verbreiteten sich Nachrichten in der damaligen Zeit noch nicht so schnell wie sie es in der Gegenwart tun.

Wie in Augenzeugenberichten nachzulesen ist, war der 17. Juni 1953 in den Dörfern des südlichen Bezirkes Cottbus nicht mehr als ein Tagesdatum. Und die Rädelführer in Berlin Prenzlauer Berg waren in den Kiezen dort unbekannt Personen, was ein Licht auf die Rolle der damaligen BRD beim Putschversuch wirft. Selbst wendehälsige Geschichtslehrer mußten 1990/91 noch zugeben, daß westliche Kräfte dieses konterrevolutionäre Ansinnen gesteuert haben. Am Ende jedoch stand die Mehrheit der Bevölkerung zur DDR. Doch das blieb bei den diesjährigen Gedenkveranstaltungen unerwähnt.

Rico Jalowitzki



Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945

Die Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. lud wieder zu einem Gedenken, Erinnern und Mahnen an die Opfer des Atombombenabwurfes vor 78 Jahren ein, um sich an der Weltfriedensglocke Berlin im Friedrichshain zu versammeln. Von dieser Zusammenkunft, an der um den Weltfrieden besorgte Bürgerinnen und Bürger sowie Mitglieder verschiedener Vereine und Verbände teilnahmen, ging ein Ruf nach Frieden in Europa und der Welt aus. Immer wieder müssen wir erinnern und mahnen, wie grauenhaft Krieg ist, und der unzähligen Opfer gedenken, die unmittelbar oder in den Jahrzehnten danach an den Folgen des Bombenabwurfs starben.

Trotz des schlechten Wetters hatten sich am 5. August etwa 190 Menschen versammelt, die den Ausführungen von Wolfram Adolphi folgten, der von seinen Anstrengungen im mehr als 50jährigen Kampf um den Frieden sprach und dazu aufrief, gegen die Kriegstreiberei der bundesdeutschen Regierung aufzustehen und deren Ablenkungsmanöver und Lügen zu entlarven. Die japanische Performanz-Künstlerin Riko Sugama trat in typischer japanischer Tracht auf und brachte mit ihren Liedern den Anwesenden die Kunst ihrer Heimat nahe.

Der ehemalige Oberst der Bundeswehr, Jochen Scholz, Mitglied im „Darmstädter Signal“, bezog sich, was die Behauptungen der Außenministerin und anderer Politiker betrifft,

Rußland würde planen, andere europäische Länder zu überfallen, auf Vertreter des amerikanischen Militärs, die nicht zu einer solchen Einschätzung gelangten. Derartige Aussagen würden aber gebraucht, um die Kriegsbereitschaft der Menschen zu fördern.

Yu Kajikawa von der Organisation Sayonara-Nukes-Berlin sprach von den Auswirkungen der Atomkatastrophe von Fukushima auf Mensch und Natur.

Es nahm auch eine japanische Schülergruppe mit ihrem Lehrer Fukumoto Masao aus Fukushima teil, die von ihrer Furcht vor atomarer Verstrahlung und der erlebten Ausgrenzung in ihrem Lande berichteten.

Nach dem Aufruf von Gesine Löttsch (MdB), mit den Bemühungen um Frieden zwischen Rußland und der Ukraine nicht nachzulassen, sangen 24 Mitglieder des Ernst-Busch-Chores, die trotz der Chorferien gekommen waren, das japanische Lied „Furusato“ (Heimat), an dem sich die Schüler aktiv beteiligten. Sie und die Schüler ließen mit dem Lied „Kleine weiße Friedenstaube“ schneeweiße Friedenstauben aufsteigen.

Mit dem Anstoßen der Friedensglocke durch viele Menschen endete diese bewegende Veranstaltung.

Anja und Bernd Mewes,
Friedensglockengesellschaft



Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

Zum 97. Geburtstag

Prof. Dr. Erich Kundel (Eggersdorf)
am 23. September

Zum 95. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 93. Geburtstag

Werner Renkwitz (Berlin) zum 22. September

Zum 92. Geburtstag

Dr. Horst Kirchner (Halle) am 7. September
Frank Röhner (Petershagen) am 12. September
Dr. Klaus Freygang (Dierhagen) am 29. September

Zum 91. Geburtstag

Gisbert Graff (Berlin) am 5. September
Elfriede Jentzsch (Bad Schmiedeberg)
am 23. September
Günter Freyer (Berlin) am 30. September

Zum 90. Geburtstag

Dr. Ursula Rehberg (Greifswald) am 16. September
Dr. Eva Ruppert (Bad Homburg) am 19. September
Hans Böttcher (Leipzig) am 29. September

Zum 85. Geburtstag

Renate Völkner (Schwerin) am 14. September
Dieter Skiba (Berlin) am 28. September

Zum 80. Geburtstag

Rüdiger Portius (Salzatal) am 9. September
Elke Pudszuhn (Zella-Mehlis) am 22. September

Zum 75. Geburtstag

Horst Fleischhauer (Berlin) am 17. September

Zum 65. Geburtstag

Michael Hamich (Seligenstadt) am 28. September

Zum 60. Geburtstag

Armin Achsnig (Rostock), am 23. September

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

KÖPFE – Die Bildhauerin Christiane Rößler

„Wir haben ihre Bücher gelesen, wir haben sie auf der Bühne und in der Öffentlichkeit erlebt – sie haben nicht nur unser Leben berührt, sondern ihm in vielerlei Hinsicht Sinn und Richtung gegeben.“ So schrieb Klaus Hammer zur ersten Ausstellung der Berliner Bildhauerin Christiane Rößler in der Junge-Welt-Ladengalerie 2015. Da waren es 11 Porträts, vier Jahre später sind es 22. Die Buchausgabe KÖPFE nun ist Bildband, Dokumentation und Reflexion in einem. Sie ist Anfang dieses Jahres im Schwarzdruckverlag im Format 23 cm x 28 cm erschienen. Von der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin gefördert, hat die zweibändige Ausgabe im Schubert 548 Seiten, enthält 27 farbige Fotografien der Bronzeporträts, 25 Abbildungen der Skizzen, 19 fotografische Dokumentationen sowie 4 QR-Codes zu Filmausschnitten der Ausstellungseröffnung „Begegnungen 2009–2019“ im Rathaus Berlin-Mitte. Die Aufzählung macht deutlich: Hier wird ein Prozeß beschrieben.

Das Werk beginnt nach dem Grußwort der Leibniz-Sozietät und Prolog mit den Bronzeporträts in der Reihenfolge ihrer Entstehung u.a. mit Peter Hacks, Wolfgang Kohlhaase, Hermann Kant, Werner Mittenzwei, Manfred Wekwerth, Volker Braun, Nyota Thun, Robert Weimann, Gisela May, Hermann Klenner, Gisela Steineckert, Harry Kupfer, Moritz Mebel, Emöke Pöstenyi. Christiane Rößler

hat sie alle aufgesucht. Sie hat sehr schnell begonnen, die Gespräche zu notieren, aus Angst, sie könnten ihr „verloren gehen“. Hinzu kommen die Briefwechsel. Die folgenden Teile heißen: „Ohnmacht und Suche“, „Laufenernen“, „Rhythmusfinden“, „Endspurt“ und „Angekommen“ – ein Langstreckenlauf in fünf Kapiteln.

Mit jedem neuen Porträt erhält der Leser eine Einführung in den sogenannten Miniaturen: Mit Hilfe von vier immer wiederkehrenden Fragen sind wir von Beginn bei der Entstehung dabei. Besonders interessant sind die fotografischen Dokumentationen „Portrait und Portraitiertes“, die die späteren „Übergaben“ der Büsten bei ihren Gesprächspartnern zeigen.

Man ist dabei, als Christiane Rößler Inge Keller besucht, die mitgebrachten Blumen ordnet, eine historische Aufnahme der „Iphigenie“, in der die Schauspielerin die Hauptrolle spielte, mit ihr ansieht. Von dort „düst sie weiter“ zu Siegfried Matthus, spricht mit ihm „über den großen Bogen seines Lebens.“ Wir erleben, wie Moritz Mebel, Urologe und ehemaliger Soldat der Roten Armee, sie nach einem ersten Telefonat direkt für den nächsten Tag einlädt. Sie sitzen bei Apfelsaft in einem „goldgelben“, russisch anmutenden Zimmer, sprechen über die Gräuel der Vergangenheit und die Probleme der Gegenwart. Auch Zweifel am

Kreis der Porträtierten werden deutlich. Zu wünschen wäre eine Erweiterung des Kreises hin zu den folgenden Generationen mit anderen DDR- und Kunst-Erfahrungen.

Zurück zu den beiden Bänden KÖPFE. Die Fülle an Dokumenten wird in einer parallelen Ebene auch kommentiert. Im „Abspann“ wird der „Versuch einer Chronik“ der Abwicklung dreier Institutionen der DDR unterommen: der Akademie der Künste, der Akademie der Wissenschaften und des Berliner Ensembles. KÖPFE ist ein im besten Sinn hoch subjektives Werk. Genau darin liegen sein Reiz und seine Qualität. So ist es ein Wiedersehen für jene, die die porträtierten Persönlichkeiten kennen. Für jene, die sie – noch – nicht kennen, ein leichter Einstieg in diesen Teil (DDR-) deutscher Geschichte. Jenen, die selbst als Künstler am Anfang ihres Weges stehen, kann KÖPFE Aufmunterung und Antrieb sein. In jedem Fall ist es eine lebendige Auseinandersetzung – wie das Leben selbst.

Dr. Hans Krauter
Berlin

Köpfe, Die Bildhauerin Christiane Rößler in Briefen und Gesprächen, zwei Bände im Schubert.

Grausee: Edition Schwarzdruck 2022, 532 S., 120 €, ISBN 978-3-96611-023-5

Grußwort der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften

Als wir von Christiane Rößlers bildhauerischem Werk im Frühsommer 2019 erfuhren, hatte sie ihre Arbeit schon fast getan. Sie bereitete die Ausstellung „Begegnungen 2009–2019“ in der Berolina-Galerie im Rathaus des Stadtbezirks Berlin-Mitte mit plastischen Porträts und dokumentarischen Fotografien sowie Auszügen aus den Briefwechseln und dem ihre Arbeit begleitenden Tagebuch vor. Dazu wollte sie auch die Mitglieder der Leibniz-Sozietät einladen. So hatte sie der Weg am 4. Juli zu uns in die Archenhold-Sternwarte nach Berlin-Treptow geführt, wo der alljährliche traditionelle Leibniz-Tag stattfand.

Auf dem Weg „von einem Kopf zum anderen“, wie sie es selbst beschreibt, war sie Künstlern und Wissenschaftlern begegnet, einige unter ihnen kamen auch aus unseren Reihen. Denn darin trafen sich ihre Suche und die Biografien vieler unserer Mitglieder: Christiane Rößler wählte Gesprächspartner, die nach 1945 als Emigranten zurückgekehrt waren bzw. eine Generation später in Literatur, Bühnenkunst und Wissenschaft arbeiteten und die in Europa und der Welt anerkannt waren und in ihr wirkten. Dieser Punkt ist besonders wichtig

für die Betrachtung des vorliegenden Werkes, denn er erklärt ihren Antrieb: den



Prof. Dr. Dr. Stephan Tanneberger
(1935–2018)

Biografien der zu porträtierenden Persönlichkeiten in dieser Tiefe auf den Grund zu gehen. Gemeinsam für alle Porträtierten sind die Wohn- und Schaffensorte in Berlin, Hauptstadt der DDR, und nach 1989 in der Bundesrepublik.

Die direkte Befragung ermöglichte Christiane Rößler (...) nicht nur die Auseinandersetzung mit Fakten, sondern auch die mit Zweifeln, Korrekturen, mit Begriffen und Begriffenem, mit unterschiedlichen Sichten auf die Welt. So schrieb Christiane Rößler am 6. April 2017 an Professor Stephan Tanneberger, ehemals Leiter des Zentralinstitutes für Krebsforschung in Berlin-Buch, dessen Portrait unter den Köpfen zu finden ist: „Ich habe den Kontakt zu allen Portraitierten aufgenommen und sozusagen in wechselseitig geistigem Austausch plastische Köpfe geschaffen. Es sind keine Denkmäler entstanden, sondern Denkbilder in dem Sinn, daß die Portraits vielleicht Türen in unterschiedliche (Welt-)Sichten sind, die es lohnt, zu öffnen und den Reichtum der dahinterliegenden Gedanken, Kunst- und Lebenswerke zu entdecken.“ (...)

Christiane Rößler suchte bereits in ihrem Studium an der Kunsthochschule

Berlin-Weißensee (1994–2000) nach der Darstellung des menschlichen Körpers in der figürlichen Kunst. Das Portrait ist ein Teil dessen. Daß sich dies Anfang der 90er Jahre (...) als schwierig erweisen würde, ist Teil dieser Auseinandersetzung. In der Reflexion über die eigenen Erfahrungen beschreibt das vorliegende Buch auch den Weg eines jungen Menschen hin zu eigenen – künstlerischen – Haltungen. Dabei ist es ihr intensiver, persönlicher Blick, der Blick der Bildhauerin, der den Arbeiten bei aller kritischen Distanz der Auseinandersetzung mit den Portraitierten und deren Portraits zu Grunde liegt. Realismus ja, Naturalismus nein. Mit ihren Arbeiten leistet Christiane Rößler nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung aktueller Zeit- und Kulturgeschichte, sondern trägt auch zum

Selbstverständnis von Kunst und Kunstschaffenden bei.

Wir wünschen dem Werk einen guten Weg in die Öffentlichkeit und dem Leser Anregung und Erkenntnis. Wir schließen mit einem „personalisierten“ Zitat des Shakespeareforschers Robert Weimann: „Dank und nochmals Dank gebührt Christiane Rößler für ein großes Thema con variazioni.“

Professor Dr. Gerda Haßler
Präsidentin der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin

Professor Dr. Gerhard Banse
Vorsitzender des Kuratoriums der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften

Redaktionell geringfügig gekürzt



LESUNG

Am Freitag,
6.10.2023,
16 Uhr, führt
Christiane Rößler

im Robert-Havemann-Saal des
Rathauses Alt-Mitte, Berlin, eine
Lesung aus der Publikation **KÖPFE**
mit Vorstellung der Porträts von
Wolfgang Kohlhaase, Emöke Pöstenyi
und Inge Keller durch.

Interessierte sind herzlich eingeladen.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im September

■ Regionalgruppe Halle

Am 5. September um 15 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**

Ort: Sportgaststätte „Motor“,
Ottostraße 27, 06130 Halle

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 6. September um 16 Uhr spricht Sabine Zimmermann, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke, zum Thema: **Die linke Idee lebt.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität,
Karlstraße 14, 08523 Plauen

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 7. September um 15 Uhr spricht Miriam Näther (Cuba Si) zum Thema: **Kuba heute, Perspektiven und Solidarität**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg,
Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat),
15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 7. September um 16 Uhr spricht Gerhard Mertschen (Cuba Si) zum Thema: **Die Veränderung der Kräfteverhältnisse in Lateinamerika im Kampf um eine multipolare Welt**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität
„Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Bernau und das Territoriale Bündnis Bernau

Zum Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus erinnern wir am 10. September 2023, 10.30 Uhr, am OdF-Ehrenmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau bei Berlin an Albert Kubow, Wilhelm

Mecklenburg, die „Moorsoldaten“ Alfred Touns und Wilhelm Gärtner und die Opfer der deutschen Militärjustiz Eugen Schier und Karl-Heinz Hoffmann.

■ Regionalgruppe Teterow

Am 12. September um 15 Uhr spricht Wilfried Handwerk (Osteuropa-Berater) zum Thema: **Ukraine aktuell**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der
Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 15. September (bereits) um 14 Uhr Gespräch mit Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der Partei Die Linke im Landtag Brandenburg, zur Situation der Linken im Land Brandenburg

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstr 1,
15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 16. September um 10 Uhr spricht Carsten Hanke, Vorsitzender der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität – GEFIS, zum Thema: **Die Monroe-Politik der USA und Auswirkungen auf die Länder Lateinamerikas und die Karibik**

Ort: Mehrgenerationenhaus, Seniorenbüro e. V.,
Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 19. September um 16.30 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger
Straße 43 (Straßenbahn Linie 9, Haltestelle
Fermersleber Straße), 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 19. September um 18 Uhr spricht der Militärgeschichtler Dr. Lothar Schröter zum Thema: **Rußland in der globalen geostrategischen Abwehr?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte,
Marzahner Promenade 38,
12679 Berlin

■ Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern – Nord/West

Am 20. September um 15 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Linke Positionen in Zeiten des Krieges – Klare Haltung im Friedenskampf eine Existenzfrage für linke Parteien**

Ort: Restaurant „Zur Linde“, Rudolf-Breitscheid-Straße 26, 23968 Wismar

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 21. September um 16 Uhr spricht die Politikerin Prof. Dr. Christa Luft zum Thema: **Von der Zeitenwende zum Epocheumbruch – Symptome, Kritik und Schlußfolgerungen für linke Politik**

Ort: Haus der Generationen der
Volkssolidarität, Weinbergstraße 28,
18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 23. September um 10 Uhr spricht Wilfried Handwerk (Osteuropa-Berater) zum Thema: **Ukraine – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“,
Friedrich-Ebert-Straße 33,
03044 Cottbus

Unser „RotFuchs“-Urgestein **Helmuth Hellge**, am 6. Juli 101 Jahre alt geworden, stellte dem RF eine weitere seiner vielen Episoden aus der Kindheit, die in der von der Kunstfabrik Köpenick herausgegebenen Broschüre „Kiezgeschichten aus Treptow-Köpenick“ (2008) abgedruckt wurde, zur Verfügung.

Mein Kiez in Wendenschloß

Eingebettet zwischen den Segel- und Wassersport-Vereinen Fraternitas und SC Brise in der Köpenicker Wendenschloßstraße liegt der Kiez meiner Kindheit. Hier hatten sich knapp 50 Familien in einer Laubenkolonie zusammengefunden. Dem Zug der Zeit folgend, es waren die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts, zogen sie an den Wochenenden hinaus „ins Grüne“ und ließen die Berliner Mietskasernen hinter sich.

Meine Eltern betrieben zu jener Zeit ein offenbar gutgehendes Geschäft mit Elektroartikeln wie Heizkissen, Plättisen, Detektoren, Deckenleuchten, Taschenlampen, Batterien usw. Es befand sich in der Petersburger Straße in Friedrichshain. Das ermöglichte meinem Vater, auf dem Pachtland besagter Anlage ein für die damaligen Verhältnisse respektables Holzhäuschen zu bauen.

Es steht heute noch und wird von Gartenfreunden genutzt.

Als Vater diese als „Sommersitz“ gedachte Laube errichtete, ahnte er sicher nicht, daß sie in einigen Jahren für geraume Zeit unser letzter Wohnsitz werden sollte. Denn die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/30 stürzte meine Eltern aus relativem Wohlstand in bittere Armut. Bedingt durch die große Arbeitslosigkeit und die damit schwindende Kaufkraft ging die Firma Elektro-Hellge in Konkurs. Auch die Miete für unsere Wohnung in der Landsberger Allee konnte nicht mehr aufgebracht werden, so daß als Zuflucht für unsere kleine Familie nur noch die Laube in Wendenschloß blieb.

Das hatte für mich, damals acht Jahre alt, bittere Konsequenzen. U. a. die, daß ich meinen von mir verehrten Klassenleiter in der 104. Volksschule in der Paul-Heyse-Straße verlor und nun die Schule in der Köpenicker Amtsstraße besuchen mußte. Da meine Eltern kein Geld für die Straßenbahnfahrt hatten, ging ich täglich den weiten Weg von unserer Siedlung zur Schule und zurück zu Fuß. Selten bekam ich ein Frühstücksbrot mit, da auch hierfür das Geld fehlte.

In unserer Laubenkolonie besaßen auch etliche jüdische Familien ein Stück Pachtland. Mit deren Kindern hatte ich mich längst angefreundet. Da gab es den Manfred A., die Ruth F, die Gebrüder Hans und Manfred J., die Geschwister Ruth, Steffi und Hans-Günther E. Meinen Spielgefährten fiel es natürlich auf, daß ich ständig Hunger hatte und so kam es dann, daß ich bei diesen Familien des öfteren zum Mittagstisch eingeladen wurde oder mir meine Freunde ein belegtes Brot vom Abendessen mitbrachten. Zwischen Hans (damals Hansi) Jacobus und mir entwickelte sich eine richtige Jungenfreundschaft. Viel Spaß hatten wir beim gegenseitigen Kräftenessen, wobei ich in der Regel der Behendere war. Aber Hansi hatte dafür ein mir haushoch überlegenes Wissen.

Von ihm hörte ich zum ersten Mal Namen damals berühmter „Sportskanonen“, wie den der Tennisstars Gottfried von Cramm und Henner Henkel, des Jockeys Otto Schmidt, des finnischen Langstreckenläufers Nurmi, des Rennfahrers Hans Stuck, der Eiskunstläuferin Sonja Henie.

Hansi erklärte mir auch den Unterschied von Atmosphäre und Stratosphäre. Und er wußte auch, was Fraternitas auf Deutsch heißt: Brüderlichkeit. 1938 wurde er von der Seite seiner Mutter weggerissen und mit einem Kindertransport nach England abgeschoben. Zu Kriegsbeginn behandelten die Briten den 16jährigen als „feindlichen Ausländer“ und verfrachteten ihn in ein Internierungslager nach Australien. In der DDR arbeitete Hans Jacobus als Chefredakteur des „Sportecho“, des „Sonntag“ und moderierte später die Fernsehsendung „Das Professoren-Kollegium tagt“.

Das Territorium unserer Siedlung grenzte, wie schon eingangs erwähnt, auf der einen Seite an den Segelverein Fraternitas. Die Rückseite unseres Gartens hingegen berührte das Gelände des Vereinslokals des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, einer Kampforganisation der SPD zur Verteidigung der Weimarer Republik. Es blieb nicht aus, daß meine Eltern mit diesem oder jenem unserer Nachbarn ins Gespräch kamen. Als diese erfuhren, daß mein Vater Elektroinstallateur war, brachte mancher sein entzweigegangenes elektrisches Haushaltsgerät mit, das Vater dann reparierte. Als „Gegenleistung“ wurden mal eine Flasche Bier, ein paar belegte Brötchen oder gar, das werde ich nie vergessen, ein Glas mit Rollmöpsen über den Zaun gereicht.

Vor dem Eingang zum Gelände des Reichsbanners war immer ein munteres Treiben. Oftmals standen da zehn, zwölf Mitglieder des Vereins, die mit Bekannten und Nachbarn diskutierten. Eines Tages beobachtete ich, es muß so um 1932 herum gewesen sein, wie zwei Männer auf die Gruppe zuschritten, plötzlich den rechten Arm winkelten, die Hand zur Faust ballten und „Rot Front“ riefen. Wie auf Kommando streckten die Reichsbanner-Leute den rechten Arm weit aus, ballten die Hand ebenfalls zur Faust und antworteten mit „Freiheit“. Diese Zeremonie beeindruckte mich damals sehr. Das Überraschendste war dann aber, daß die Ankömmlinge sich mit den anderen vermischten und ein gegenseitiges, lustiges Schulterklopfen begann. Wie ich erst sehr viel später erfuhr, waren die Männer vom RFB, vom Rotfrontkämpferbund, und die des Reichsbanners, sehr zum Nachteil der Weimarer Republik, nicht immer eines Sinnes. So hatte der sich auch in Köpenick allmählich breit machende braune Mob leichtes Spiel, die demokratischen Kräfte zu zerschlagen. Natürlich blieb es keinem Gartenfreund in unserer Siedlung verborgen, daß bei den Reichsbannerleuten eine gewisse Unruhe

wuchs. Die Ursache lag in den Provokationen, die von braun uniformierten Banden ausging. Da wurde über Nacht die schwarz-rot-goldene Fahne vom Mast gerissen und anstelle ihrer eine Hakenkreuzfahne gehißt. Oder Schmähschriften gegen die Politiker der Weimarer Republik wurden über den Zaun geworfen. Auch bei uns in den Siedlergärten. Schließlich kam es zu brutalen Schlägereien in der Wendenschloßstraße. Ich hatte noch nie zuvor gesehen, daß erwachsene Menschen einander mit so unglaublicher Brutalität zusetzten. In meinem kindlichen Politikverständnis war ich längst auf Seiten der Männer vom Reichsbanner und war es nur deshalb, weil sie die Fahne Schwarz-Rot-Gold verteidigten und das Hakenkreuz-Symbol mir Angst machte.

In meiner Erinnerung an jene Zeit in der Laubenkolonie Wendenaue haben sich nicht nur dramatische Ereignisse festgesetzt. Ich erlebte aber in den 20er, 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts schon einmal das, was nach der Kehrtwende von 1989/90 für die nachfolgende Generation neu war, eben Massenarbeitslosigkeit, Antisemitismus, aufkeimenden Naziterror, schleichende Teuerungen bei Mieten, Waren des täglichen Bedarfs u. a. Die Summe des im frühen Kindesalter Erlebten trug letztendlich zu meiner späteren Lebenseinstellung bei. Wie mich überhaupt mein Kiez“, die Kleingartenanlage Wendenaue l.e.V.“, fürs Leben prägte.

Am 20. Juni 2023 verstarb nach schwerer Krankheit unser Freund und Kampfgefährte, Genosse

Dietmar Huth

Seine berufliche Entwicklung vollzog sich vom Maschinenschlosser bis zum Kommandeur einer Raketenabteilung der Nationalen Volksarmee. Dietmar Huth blieb seinem Eid auf die DDR treu und quittierte nach Auflösung der NVA seinen militärischen Dienst. Hochgeachtet von Mitkämpfern engagierte er sich im „Traditionsverband der NVA/Grenztruppen“ und im „RotFuchs“-Förderverein.

Als langjähriger Vorsitzender der „RotFuchs“-Gruppe Erfurt hat sich Dietmar um das Anliegen des „RotFuchs“-Fördervereins, linke Verbündete zusammenzuführen, sehr verdient gemacht. Wir werden ihn in bester Erinnerung behalten.

Unser Mitgefühl gehört seiner Frau Christa und der ganzen Familie.

Vorstand und „RotFuchs“-Gruppe Erfurt



Rußlands Krieg

...Alle Empörung, Entsetzen, Wut und Zorn entläßt sich auf Putin und Rußland. Alle Empathie, Solidarität und Hilfe, vor allem militärisch und mit mehr Krieg, ist auf die Ukraine gerichtet.

Die Menschen kennen und haben nur einen Krieg vor Augen, bekommen nur einen Krieg emotional rund um die Uhr „erklärt“. Was sich in Syrien zusammenzieht, was in Israel vor sich geht, was in vielen Staaten vor sich geht, die bis zum Sankt Nimmerleinstag - mörderisch für die betroffenen Völker - „befreit“ werden, wie es auf dem Balkan um Freiheit, Demokratie und Menschenrecht steht, was militärisch tagtäglich in aller Welt geschieht und das ohne auch nur einen Russen, ohne Putin, davon ist wenig die Rede. Wer überall auf der Welt seit Jahrzehnten den Kriegstreiber gibt und in Kriege mit nachgewiesenen Lügen getreten ist, das rührt niemanden und schon gar nicht jene, die gern Gericht über Kriegstreiber halten wollen. Vom Begreifen von Zusammenhängen aus dem imperialen Wesen des Westens wie auch von Staaten im Osten, die lange genug in diese imperiale Gemeinschaft der Werte gebeten, genötigt und gedrängt wurden, hineinrevolutioniert wurden, kann bei dem politischen Personal derzeit keine Rede sein. Ihre Vor-Vorgänger hatten noch den Verstand dazu und wußten, daß Rußland, Ukraine heute, China vielleicht bald, nichts anderes als die Folge ihres Tuns spätestens seit 1990 ist. Heute fehlt leider der Verstand dafür. Kriege, mehr Krieg und Weltkrieg brauchen keinen Verstand mehr. Wer zudem noch den Verstand von Friedensbewegten, Kriegsgegnern und derer bekämpfen will, die den Frieden nicht in Krieg und Sieg über Rußland sehen wollen, denen ist nicht zu helfen, für eine Friedensperspektive sind sie verloren. Wer glaubt die Kriegsmärchen noch immer? Streumunition hat die Ukraine medienwirksam eingesetzt, wie zu sehen war. Wird das der Sieg? Darüber Jubel und Freuden des Wertewestens? Kriegstreiber Putin? Und wenn Rußland die Waffe einsetzt, was wird dann geschrien?

Krim-Brücke angreifen, niemand darf sich aber wehren, dann ist Russen-Haß Kriegsgeschrei. Getreideabkommen nur von Rußland boykottiert wie Minsk u.a.? Diese Haltungen sollen Frieden bringen und alle Welt überzeugen, nur Putin ist Kriegstreiber?

Hoffnungen erstehen immer, nur oft entstehen sie auch aus bittersten Erfahrungen, Irrungen und Vergessen der Geschichte, ausgelöschtem Bewußtsein.

„Leute, die ihre Absichten verschleiern, indem sie Menschenrechte vorschieben, wo Besitz- oder Machtinteressen gemeint sind, handeln nicht nur

zynisch und heuchlerisch, sie gefährden auch die politische Lösung großer sozialer Probleme.“ Wer hätte geglaubt, die Worte eines Ex-Bundeskanzlers Brandt von 1987 könnten 2023 so viel politische Wahrheit enthalten?
Roland Winkler, Aue

Friedenschance vermasselt

Die Chance, von starker Position aus mit Rußland zu verhandeln, wurde den Ukrainern von deren „Freunden“ vermasselt. Wie der israelische Ex-Premierminister Bennett und andere Persönlichkeiten bestätigten, war die Führung der Russischen Föderation Ende März vergangenen Jahres im Prinzip bereit, einen Kiewer Vorschlag anzunehmen. Bei einer ukrainischen Neutralität und einer ausschließlich friedlichen Verhandlungslösung für den Donbass binnen 15 Jahren wollte sie die nach dem 24. Februar 2022 besetzten Gebiete räumen. Damals hatte die Ukraine noch mehr als 10 000 eigene schwere Waffen, sieben Jahresproduktionen der besten US-Panzerabwehrwaffen und per Generalmobilmachung fast eine Million bewaffnete Uniformierte (noch nicht alle waren ausgebildet). Dann ließ sich die Kiewer Führung vom Briten Boris Johnson diese günstige Lösung ausreden. Wie souverän ist ein Staat, der sich diese Topp-Friedenschance ausreden läßt?

Trotz fast 4 000 weiterer schwerer Waffen aus dem Westen, ist die ukrainische Armee heute weit hinter ihre Anfangsstärke zurückgefallen. Und so viele Waffen, wie die ukrainische Führung fordert, will der Westen nicht mehr liefern, seitdem er die VR China zum Hauptfeind erklärte. Die Russische Föderation hat das Gros ihrer Streitkräfte noch nicht eingesetzt. Bundeswehrgeneral a.D. Kujat bestätigte weit höhere ukrainische als russische Verluste. Die Ukraine verlor Stand Ende Februar 2023 fast 200 000 Mann, die tot, verkrüppelt, vermißt oder fahnenflüchtig sind. Die fast 24 000 Fahnenflüchtigen sollten wir aufnehmen, denn sie wollen nur noch leben.

Deshalb jetzt verhandeln, bevor die Katastrophe noch größer wird. Nur ein Frieden ohne Siegeserklärungen kann weiteren Hunderttausenden Ukrainern das Leben retten.

Major a.D. der NVA Bernhardt Köster, Prenzlau

Deutschland und die Ukraine

Bezüglich der Ukraine sollte bekannt sein, daß seit dem Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch 2014 ein blutiger Bürgerkrieg gegen „Putinrussen“ im Donbass und der Krim begann. Bezahlt wurden die Putschisten und ausländischen Söldner, einschließlich Poroschenko und Selenskyj, insbesondere von den USA und Deutschland. Angela Merkel hatte in ihrer Eigenschaft als Bundeskanzlerin ihren Haß- und Neidfeldzug gegen Putins erfolgreiches Rußland intrigant mit Vertragsbrüchen abgeschlossener Vereinbarungen flankiert, was von Scholz, Baerboch, Habeck und Co fortgesetzt, nun in eine Superrezession durch Selbsterstörung der eigenen Wirtschaft geführt hat.

Jetzt bezahlen wir Steuerzahler auch noch Selenskyjs heißen Krieg gegen Rußland mit der Folge der Verarmung auf allen Ebenen, damit die Rüstungsindustrie, US-Frackingkonzerne, scheingrüne Netz- und Energieunternehmen etc. fette Gewinne machen können, zumal die geopolitische Aussicht, Zugriff auf die russischen Ressourcen heim ins westliche eurasische Imperium zu bekommen, mächtig lockt. Für diese „Werte“, denen schon Napoleon und Hitler riesige Heere, auch ihr eigenes Volk,

geopfert haben, erscheint die Auslöschung der Ukraine als souveräner Staat, die physische Vernichtung der Männergeneration als Kanonenfutter und die Zerstörung des Landes als läppischer Preis, den die Milliardäre des Westens ja nicht selbst bezahlen müssen.

Doch es ist gut, daß es Kräfte in der Welt gibt, die beginnen, sich zusammenzuschließen und dem unipolaren Machtanspruch des Westens ihr Konzept der Multipolarität entgegenzusetzen.

Kornelia Mücksch, Schkeuditz

Rüstungsindustrie boomt

Kürzlich äußerte Herr Stoltenberg, seines Zeichens Generalsekretär der NATO, sinngemäß, daß es der umfangreichen Waffenhilfe von den Mitgliedsstaaten an die Ukraine geschuldet sei, daß die Waffenlager sich leeren bzw. leer sind. Was soll diese Aussage bewirken? Soll sie ein Aufruf zur erhöhten Rüstungsanstrengung sein, um an dem unsinnigen Krieg noch länger gut zu verdienen? Oder wächst die Einsicht, daß die westlichen Gesamtanstrengungen nicht zum Erfolg führen. Realisten schätzen bezugnehmend auf die Sommeroffensive der Ukraine und die damit verbundene Reaktion Rußlands ein, daß der Stellvertreterkrieg, besonders gefördert durch die USA, Großbritannien und Deutschland, ein Faß ohne Boden wird. Einige Kriegslobbyisten, besonders in Deutschland, interpretieren Stoltenbergs Äußerung so, daß Rußland über kurz oder lang Deutschland wegen seiner aktiven Kriegsbeteiligung angreifen wird und plädieren daher für die Stärkung der Rüstungsindustrie. Rheinmetall sondiert schon vorsorglich im ruhigen Mecklenburg-Vorpommern die Lage, um ein Werk für Flugzeugteile zu errichten. Einige CDU-Mitglieder des Landtages kämpfen händeringend darum, vom 100-Milliarden-Kuchen auch ein Stück zu erhaschen, damit sie den Russen später ein lukratives Ziel anbieten können, wenn ihre These vom beabsichtigten russischen Angriff zutrifft. Die Hexenküche in Deutschland, auch Denkfabrik genannt, produziert immer mehr Wahrsager, die als Sprachrohr der Kriegslobbyisten fungieren.

Gerhard Perlick Bützow

Eineinhalb Jahre Ukraine-Krieg

Seit 24. Februar läuft in „Dauerschleife“ jetzt eineinhalb Jahre: „Rußland hat die Ukraine überfallen“. Für den Westen der „Auftrag“, gigantisch aufzurüsten und auf Kriegsproduktion für einen Krieg gegen Rußland mit deutscher Beteiligung umzustellen. Deutsche Rüstungskonzerne profitieren von diesem Krieg. Rheinmetall nimmt Reparaturzentren für deutsche gelieferte Kampfpanzer in Betrieb. Eine hohe Auftragslage liegt auch dem Rüstungselektronikkonzern Hensoldt vor. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich hier der Gewinn um ein Drittel auf 82 Millionen Euro erhöht. Diese Konzerne verdienen am Töten und Sterben in der Ukraine. Wenn es nach CDU, FDP und Grüne geht, wird Deutschland Marschflugkörper liefern, lenkbare Raketen, die tief ins russische Territorium hinein Ziele ins Visier nehmen. Für das deutsche Volk bleiben Kriegsgefahr und Inflation weiter hoch. Die Wirtschaft sorgt sich um die Konjunkturerwicklung. Wissenschaftler sorgen sich angesichts der verheerenden Auswirkungen der Klimakrise um die Folgen für unseren Globus. Besteht der „Ausweg“ darin, Kriegspolitik voranzutreiben? Die Ampelregierung hat sich mit ihrem Aufrüstungspaket und der Anschaffung von neuen

Flugzeugen Typ F-35 für eine Fortsetzung der nuklearen Teilhabe entschieden. Die Atommächte sind dabei, ihre Atomwaffenarsenale zu modernisieren und auszubauen statt Atomwaffen zu verbieten. Da frage ich mich, wie soll das Leben auf Erden weitergehen, welche Zukunftsperspektive bleibt da noch?

Ernst Jäger, Panketal

Das „Falsch-Zeugnis“ der Frau Baerbock

Auch ein großes Auditorium am 14. Juli in einer Chemnitzer Betriebshalle brachte der inzwischen als prinzipienlos und kriegslüsternd bekannten deutschen Außenministerin, die daran teilnahm, wenig Erfolg. Ihre nachgesprochenen Stereotype über einen schrecklichen Krieg in Europa – sekundiert von Wladimir Klitschko – waren schlicht unglauwbüdig. Klitschkos Auftritt verfolgte die Absicht, durch die Schilderung des Leides, welches den Ukrainern zugebetet wird, Emotionen zu schüren und natürlich mit dem Finger auf den Teufel zu zeigen, die Russen! Entgegen Baerbock, die von den Ursachen dieses Krieges nichts wissen will, waren die Demonstranten vor der Halle trotz gleichgeschalteter Medien sehr wohl im Bilde. Sie wußten, daß die Keime für diesen Krieg durch die wortbrüchige Osterweiterung der NATO nach dem blauäugigen bedingungslosen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa Anfang der 90er Jahre gelegt wurden. Sie wußten, daß allgegenwärtige NATO-Truppen an der russischen Westgrenze für die Russen nicht hinnehmbare Sicherheitsrisiken bergen. Sie erinnerten sich, mit welcher Vehemenz die Russen über zwei Jahrzehnte für ihre Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozeß warben. Die inzwischen bekannten gegenläufigen Entwicklungen erfolgten im Sinne der geopolitischen Interessen der USA und der NATO. Sie werden durch die Bundesrepublik in voraus-eilendem Gehorsam bedingungslos unterstützt. Letztlich ist es das Ziel, die Südwestflanke der Russischen Föderation zu destabilisieren, den Russen möglichst ihre Verfügungsgewalt über das Schwarze Meer zu entziehen, um damit ihren Zugang zum Mittelmeer über den Bosphorus zu sperren. Dazu war jedes Mittel recht: Führung eines Stellvertreterkrieges unter Mißbrauch der Ukraine, Krieg gegen die russische Bevölkerung im Donezk, Vernichtung des bis dato bestehenden außenpolitischen Status, Inkaufnahme des Risikos eines nuklearen Weltkrieges.

Die Zumutungen, die der deutschen Bevölkerung auferlegt werden, sind ungeheuerlich: Inflation, Vernichtung einer historisch gewachsenen Energiebasis, gewissenlose Teuerungen, von denen Staat und Multis profitieren, Schuldenpolitik, für die der Steuerzahler aufkommt, Schädigung des Mittelstandes und des Handwerks durch verfehlte Wirtschaftspolitik. Man führe sich vor Augen, ein Wirtschaftsminister preist die Schuldenberge für die Rüstung und verfehlte Energiepolitik als „außerhalb des Bundeshaushalts stehende Sondervermögen“! Profiteure sind der eigene Staat, Rüstungskonzerne, amerikanische Gasproduzenten und sonstige von kriminellen Lobbyisten dieses Krieges begünstigte Unternehmen und Organisationen. Übrigens haben sich auch die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnten, in die Ukraine gelieferten deutschen „Wunderwaffen“ nicht als solche erwiesen. Ukrainische Besatzungen

weigern sich, in deutsche Panzer einzusteigen, weil sie deren baldigen Abschub befürchten. Von all dem gibt sich die deutsche Außenministerin unberührt und desinteressiert.

Norbert Staffa, Großbiersdorf

Regierungsamtlicher Schwachsinn

Man glaubt es kaum, aber hatte Deutschland, ob geteilt oder wieder zwangszusammen, jemals einen solchen verwirrten Wirtschaftsminister, obendrein noch Vizekanzler? Frühere Wirtschaftsminister hatten zu ihren Zeiten noch ein gewisses Format, besaßen ökonomische Kenntnisse, die man ja in solchen Funktionen voraussetzen sollte. Dieses fehlt augenscheinlich in der heutigen Regierung, ob beim Kanzler mit Gedächtnisverlust, dem Vizekanzler und Kinderbuchautor, einer Trampolinspringer, die auf den Schultern ihres Großvaters an der Ostfront stand oder weiteren „Regierungskünstlern“, die man eigentlich nicht braucht. Es ist zu fragen, wie denn solche Typen überhaupt Regierungsgewalt erlangten. Ja, und die Bürger haben sie gewählt. Und man sagt, jedes Wahlvolk wählt die Regierung, die es verdient hat. Daß man sich hinterher nicht vertreten fühlt – geschenkt. Man hätte es vorher wissen können, wenn man den Ausspruch Münzferings, man solle Parteien nicht danach beurteilen, was sie vor der Wahl versprochen und anschließend tun würden, nicht vergessen hätte. Sakrament, Wahlen als Volksveralberung!

Am 21. Juni gab es eine Befragung im Bundestag mit dem Wirtschaftsminister und der Bauministerin. Was Habeck dort auf Anfragen erklärte, läßt an seinem gesunden Menschenverstand zweifeln. Derartige Lügen hat man selten gehört, derer er sich nicht einmal zu schämen scheint. Man braucht sie nicht zu wiederholen, sie sind im Internet abrufbar. Einen solchen Unsinn- und Lügenminister hat dieses Land noch nicht gesehen. Er verkündete öffentlich, Rußland habe den Krieg gegen die Ukraine 2014 begonnen. Man kann ihm also nur Wahrnehmungsstörungen bescheinigen. In diesem Kontext geht es munter weiter. Einen Tag später traf sich der Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten der Ostländer in Chemnitz, um sie auf einen Subventionsabbau einzustimmen. Dieser wurde nicht in Deutschland beschlossen, sondern im Korruptionsverein Brüssel. Logisch wird das Geld knapp, weil die endlosen Transferleistungen für die Ukraine ja irgendwoher kommen müssen. Und woher sollen sie kommen? Natürlich vom Volk, das für den grenzenlosen Schwachsinn der Regierenden zur Kasse gebeten wird.

Reiner Neubert, Berlin

Gegen die Verdummung

Die Menschheit schwor sich 45, daß so was niemals mehr geschieht. Nun ist es aber wieder da, ein Weltenbrand schien nie so nah: Der Kampf, zu dem uns der Imperialismus drängt, geht weiter, ungehemmt! Die Nazis in der Ukraine, gefördert von den USA und ihren Vasallen, lassen wirklich alle Hüllen fallen. Wer das nicht sieht, ist mit Verlaub, geistig etwas angestaubt. Und hierzulande geht es auch voran, schaut Euch nur die AfD-Entwicklung an.

Stefan Clauberg, Rudolstadt

Vom Zustand dieses Landes

Das Geschrei der politischen Eliten in diesem Land über die Wahl eines AfD-Politikers als Landrat in Sonneberg und die hirnlose Unterstellung, die Ostdeutschen seien alle rechtslastig, ist eigentlich nur Ausdruck des Unvermögens der Regierenden, eigene Fehler und Versagen einzugestehen. Hier in Mecklenburg-Vorpommern hatten wir mindestens vier große Werften mit ca. 50 000 Beschäftigten, von diesen ist ein Bruchteil geblieben und man ist heute froh, wenn man mit dem Rest staatliche Aufträge für den Kriegsschiffbau erhält. Wir hatten u.a. in Güstrow eine große und moderne Zuckerfabrik. Auch die wurde bis auf die Grundmauern geschleift. Dafür vergammelt jetzt ein Teil der Zuckerrüben auf dem Feld und der andere Teil wird in die Schweiz verfrachtet. Das nennt sich dann nachhaltig und umweltfreundlich produzieren.

Alle Politiker haben den Eid geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Mit der Zulassung der Sprengung von Nord Stream II hat man genau das nicht getan. Die Auswirkungen dieses Terroraktes spüren wir heute jeden Tag. Inflation, teure Energiepreise, steigende Mieten und unbezahlbare Wohnungen. Hinzu kommt, daß die Wirtschaftskraft sinkt und ein nicht unwesentlicher Teil der Industrie abwandert. Nur einer lacht sich ins Fäustchen, dessen Öl und Gas wir jetzt für teures Geld kaufen und dafür auch noch hiesige Urlaubsparadiese ruinieren.

Das Gesundheitswesen und der Pflegebereich werden immer weiter gesundgeschumpft. Betriebe, u.a. auch die Krankenhäuser, hat man drei oder mehrmals verkauft und damit Milliarden an Fördermitteln im mecklenburgischen Sand versenkt. Der Zustand des Bildungswesens ist katastrophal. Das Allheilmittel sollen jetzt die Nebeneinsteiger sein. Immer mehr Ausländer werden ins Land geholt, um den Fachkräftemangel zu überwinden. Das absolut gefährlichste in der gegenwärtigen politischen Entwicklung ist aber, daß Scholz und seine Mannschaft nicht willens sind, Deutschland aus dem Krieg in der Ukraine herauszuhalten und sich für Frieden einzusetzen.

Es ist Irrsinn zu glauben, mit immer mehr Waffen Frieden zu generieren. Das Gegenteil ist der Fall. Offensichtlich ist man froh, endlich einen Mann als Kriegsminister gefunden zu haben, der noch lauter nach immer mehr Waffen schreit als seine Vorgängerin.

Diese und andere Beispiele aus fast allen Bereichen der Gesellschaft ließen sich fortsetzen. Die eigentlichen Ursachen für das Wahlverhalten der Bevölkerung – und das nicht nur im Osten – liegt bei den Regierenden dieses Landes.

Ralf Kaestner, Bützow

Frieden gegen wen?

Ende Juli erhielt ich eine Mail mit zwei Texten, die zur Weiterverbreitung empfohlen wurden. Der erste war eine Besprechung des Buches „Dialog statt Waffen“ von Rainer Rupp. Darin wird gleich zu Beginn für einen vorbehaltlosen und breiten Dialog für Frieden, nicht nur bezogen auf den Krieg in der Ukraine, geworben. Der zweite Text: Ein ausführlicher Aufsatz von Wolfgang Effenberger zum Austritt des DGB im März 2023 aus dem Schweriner Friedensbündnis. Doch der Publizist untersucht nicht die Gründe oder die Frage, was beide Seiten falsch gemacht haben, da beide Seiten doch behaupten, daß ihnen Frieden so wichtig ist.

Wolfgang Effenberger schwingt die große Keule des Verteufelns gegen die Gewerkschaften. Er zählt auf vielen Seiten auf, wann und wo die deutschen Gewerkschaften seit der Weimarer Republik ihren Auftrag, Vertreter der Arbeitenden zu sein, verletzt haben, dafür aber die Interessen des Kapital bedienen. Das ist wahr und vielfach bekannt.

Der Autor beweist mit Zitaten, daß der DGB heute offen gegen seine eigene Satzung verstößt, nach der er eindeutig für den Erhalt des Friedens verpflichtet ist.

Ist es klug, den DGB mit seinen 5,6 Millionen Mitgliedern in dieser kritischen Zeit zu verteufeln, ihn an den Pranger zu stellen und den Kampf um Frieden ohne diese gewaltige Kraft führen zu wollen? Ist das Suchen nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner für Verbündete im Kampf um Frieden nicht wichtiger, als die Vertreter anderer weltanschaulicher Positionen „in den Sumpf zu hauen“?

Effenbergers Beitrag ist, wenn es um den Ausbau einer breiten und damit kraftvollen Friedensbewegung geht, eher kontraproduktiv.

Ich hätte mir Vorschläge und Ideen gewünscht, wie das Schweriner Friedensbündnis wieder an Breite und Bedeutung gewinnen kann, was von uns, den „linken“ Friedensaktivisten unternommen werden muß, um die Gewerkschaften wieder für eine Aktionseinheit zur Rettung des Friedens zu gewinnen. **Rainer Raddatz, Kloster Lehnin**

Vermögen in Deutschland

Leider gibt die Zahlenhuberei fleißiger sächsischer ministrabler Beamter keine Auskunft, mit welchen Tätigkeiten so exorbitant hohe Einkünfte erreichbar sind. Eltern von Schulabgängern wären für entsprechende Tipps mit Sicherheit dankbar! Gesamtwirtschaftlich gesehen sorgen diese auflaufenden Vermögen für abflauende Konjunkturdaten, da auch Millionäre in der Regel nur zwei Brötchen täglich essen können. Die in Deutschland gültigen Beitragsbemessungsgrenzen bewirken, daß Sozial- und Rentensysteme von extrem hohen Einkommen leer ausgehen. Bei deren Verdreifachung in vier (!) Jahren stellen sich doch wohl Fragen zum wachsenden Einfluß der Superreichen hierzulande.

Richard Jawurek, Markkleeberg

Immer weiter

DDR-Geschichte gleich 17. Juni 53, gleich 13. August 1963 ... Allein das soll in den Köpfen der jungen Generation hängenbleiben. So redlich sich Pädagogen auch bemühen mögen: Es war und bleibt Geschichtsklitterung, mit der Kinder und Jugendliche an den Schulen gefüttert werden. Und so geht die Abrechnung mit der DDR immer weiter. Die Medien finden immer neue Gegenstände für neue Behauptungen. Da gibt es Ausstellungen, Gedenkstätten, neue IM. Was die Justiz nicht konnte, z. B. die „Stasi-Folter“ beweisen, sollen Zeitzeugen und eilig gebaute Gefängniszellen belegen. Wehe dem, der das Dogma leugnet. Er wird aus der Gemeinschaft der Demokraten exkommuniziert, mit Acht und Bann belegt. Da hört die Meinungsfreiheit auf.

Paul Jattke, Chemnitz

Geschichtsverdrehung

In Bad Langensalza, wo ich drei Wochen zur Reha war, wurde uns im Rahmen eines Stadtrundgangs ein „Geschichtsbuss“ gezeigt. Dieser war auffallend

bunt mit vielen Slogans „verzerrt“. Die Linie: Hitler, Stalin, DDR, Honecker, Putin ...

Das paßt in den NATO-Desinformationskurs zur Implementierung ins „neue“ Geschichtsbewußtsein, welches man bei der Bevölkerung und der nachwachsenden Generation erzeugen will.

Die Stadtführerin berichtete, daß dieser Bus von einem Amerikaner, genannt Michael, und einem ansässigen Geistlichen betrieben wird.

Dort, wo der Bus parkt, haben sich die beiden ein Haus gekauft, in dem sie planen, Studenten und Schüler in Workshops zu „bilden“.

Monika Gottwald, Gera

Wie ich den 17. Juni 1953 erlebte

Ich war 14 Jahre alt. Wir wohnten damals in Berlin-Hohenschönhausen.

Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob wir an diesen Tagen Schule hatten oder ob wir schon in den Ferien waren. Jedenfalls saß ich am 17. stundenlang vor dem Radio und drehte von einem Sender auf den anderen. Die Eltern waren auf der Arbeit. Ich fieberte, in die Stadt zu fahren und etwas für die Republik zu tun. Die Pioniere waren immer die bewußtesten.

Ich war schon in der Tür. Da kam meine Mutter von der Arbeit und ließ mich nicht weg. Ich weiß jetzt schon nicht mehr genau, war es am nächsten Tag oder doch erst am 19.6. Da habe ich mich nachmittags aufs Rad geschwungen und bin ohne bestimmtes Ziel in Richtung Zentrum gefahren.

Das Wetter war wunderschön

An der Einmündung der Kniprodestraße in die Dimitroffstraße (jetzt Danziger Straße) standen hintereinander zwei T-34. Rundherum hunderte Berliner in fröhlichster Volksfeststimmung, die ich in Worten nicht wiedergeben kann.

Ein sowjetischer Soldat spielte auf der Ziehharmonika. Ein anderer tanzte dazu Gopak. Im Hosenbund hatte er einen ungewöhnlichen Trommelrevolver stecken. Das Publikum lachte, applaudierte.

Die anderen Soldaten saßen auf ihren Panzern oder radebrechten mit dem Publikum. In der Luft hing süßlicher Machorkarauch.

So erlebte ich den sogenannten Volksaufstand. Immer, wenn die gegnerische Propaganda daran erinnert und lügt, spult sich in meinem Kopf wie ein Film dieses Schlüsselerlebnis ab.

Eckard Frenzel, E-Mail

Nicht auf den Leim gehen!

Eine Revolution in unserem Verständnis bringt Neues hervor. Doch 1989 hatten wir nicht, wie das bürgerliche Lager behauptet, eine friedliche Revolution, sondern eine friedliche Konterrevolution, denn sie stellte die Besitzverhältnisse von 1945 wieder her. Friedlich war es nur durch das besonnene Verhalten von Krenz und Modrow, sowie den bewaffneten Organen der DDR. Nach den Wünschen eines Wolfgang Biermann und Co. hätte es auch Tote geben können.

Den „RotFuchs“ lese ich schon lange, und ich bin froh über die sachlichen Beiträge. Auch informiere ich mich über die Nachdenkseiten und den Antispiegel. Die Tageszeitung „Volksstimme“ als Abbild der BILD kann man vergessen, wenn man von örtlichen Informationen absieht.

Harald Grünbeck, Magdeburg

Weiter so!

Ich erhalte seit April diesen Jahres Eure Zeitschrift. Ich bin begeistert! Endlich Beiträge, die die sogenannten Öffentlich-Rechtlichen oder

privaten Medien nicht einmal ansatzweise herüberbringen. Beiträge über Chile und Nicaragua in der Juli-August Ausgabe haben mir besonders gefallen. Und der Artikel über Wertform und Zeitform hat mich an meine alte Zeit als M/L-Lehrer erinnert. Fabelhaft!

Weiter so!

Dr. Helfried Unger, E-Mail

Warum der Verlag „Das kulturelle Gedächtnis“ so wichtig ist

Die Antwort gibt der Titel des Buches: „Briefe aus der DDR 1989–1990“, herausgegeben von Ingrun Spazier aus Frankfurt an der Oder. Die Briefe – sehr persönliche Zeugnisse – sind geschrieben vom Februar 1989 bis zur Auflösung der DDR am 2. Oktober 1990. Es sind sehr „spontane, emotionsgeladene Äußerungen“. Sie hatten einen einzigen gemeinsamen Nenner: Wir bleiben hier. Es stimmt einfach nicht, daß DDR nur „SED-Herrschaft“ war. Nein. Die Autoren der Briefe sagen es so: „Es war auch viel Raum für freundschaftliche Nähe und Wärme und Solidarität, für Verinnerlichung und Sensibilität ... Und wir waren weiß Gott keine verängstigten Duckmäuser (was uns bis heute gern zugeschrieben wird).“ An dieser Stelle soll die Buchautorin Ingrun Spazier zu Wort kommen: „Als ich 2020 den Verlag „Das Kulturelle Gedächtnis“ entdeckte, kam mir sofort der Gedanke, dieser Name verheißt eine Chance für mein nie aufgegebenes Buchprojekt.“ Der Verleger Peter Graf ist das Wagnis eingegangen.

Ich, ein fast 92jähriger, finde mich an vielen Stellen mit meinen Gedanken wieder. Einer, der noch in der Weimarer Republik geboren wurde und diese DDR mit all ihren Stärken und Schwächen durchlebt und manchmal auch durchlitten hat, weil es mein Staat war, der mir als Achtklassenschüler die einmalige Chance gab, es auf dem Wege der sogenannten Knochen-Akademie bis zur Promotion zu bringen. 50 Prozent meines heutigen Wissens habe ich erst nach meiner „Doktereie“ erworben. Dieses Land war mein Leben. Es war eines von vielen ungezählten DDR-Bürgern. Es war ein knochenhartes, aber lohnenswertes Leben. Übrigens: Ich habe das Spazier-Buch schon mehrmals gelesen und immer neue Seiten darin entdeckt.

Apropos entdecken. Dieser Sinneslust haben sich vor Wochen ganze Heerscharen von Beamten und der Polizei in Berlin und Umgebung gewidmet.

Die Spur führte über eine Wiese. Löwenzahn war das Löwenähnlichste, was man in mehr als 30 Stunden in Berlin und Brandenburg gesichtet hatte. Das angeblich entlaufene Raubtier führte unter starker Sonnenstrahlung bestenfalls zur Marke „Löwenbräu“, einem Getränkefachhändler, wo gerade die „König der Löwen“-DVD abgespielt wurde. Als reine Spekulation werten andere Fachleute die Information, wonach Sebastian Krumbiegel (Die Prinzen) den ausgelobten „Löwenherz-Preis“ nicht bereit gewesen sein soll, anzunehmen. Aus der Lausitz kam dann die Nachricht, alles habe wohl im Sternzeichen des Löwen (23. Juli) gestanden. Oder gewisse Medien haben ihr tierisches Halbwissen benutzt, um das journalistische Sommerloch zu füllen. Sei es, wie es sei gewesen. SPD-Chef Lars Klingbeil hat in einem ganzseitigen Interview eingeschätzt, die Deutschen seien gegenwärtig „müde“ und „gereizt“.

Da ist wenigstens was Wahres dran. In diesem Sinne: Es lebe der Erfindungsreichtum – koste es, was es wolle.

Dr. Dieter Langer, Bernau



■ Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau

Am 23. September 2023 um 10 Uhr spricht Prof. Eike Kopf zum Thema: **Wunschfeind des Westens: China**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Dresden

Am 23. September um 10 Uhr spricht Sabine Zimmermann zum Thema:

Erfurter Parteitag und Leipziger Erklärung – Zukunftsaussichten für die Partei Die Linke

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Bernau

Am 23. September um 15 Uhr widmen wir uns dem Thema: **Kampf um die Köpfe und Herzen im politischen Geschehen – Eine Annäherung! (mit filmischer Einführung)**

Ort: „Stadtmauertreff“, An der Stadtmauer 12, 16321 Bernau bei Berlin (ehemalig AWO-Treff)

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 27. September um 18 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zu aktuell-politischen Fragen.

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Rostock

Am 30. September um 10 Uhr spricht Dr. Hans-Jürgen Joseph (früherer Generalstaatsanwalt der DDR) zum Thema: **Der Rechtsverkehr in Strafsachen zwischen der DDR und der BRD**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

Chile 1973

Illustration: Arno Mohr

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 - 238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker,
Renate Aulfes

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u.v.a.m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Gabriele Parakeninks

Postfach 520 223, 12592 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 01 51/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc